

**H.C.F. Mansilla**

# **Zur Theorie der dauerhaften Entwicklung in Lateinamerika**

**Eine neue Ideologie der Staatsbürokratie  
und der herrschenden Eliten?**

**MESA  
REDONDA**

**Neue Folge  
No. 15**



# MESA REDONDA

erschien in den Jahren 1985 bis 1994 als Arbeitshefte des Instituts für Spanien- und Lateinamerikastudien der Universität Augsburg (ISLA). Eine Liste der bisher erschienenen Titel befindet sich am Ende dieses Heftes.

Seit Januar 1995 entsteht MESA REDONDA in Zusammenarbeit der drei folgenden Institute:



Institut für Spanien- und Lateinamerikastudien (ISLA)  
Universität Augsburg  
Universitätsstraße 6  
D 86159 Augsburg



Zentralinstitut für Regionalforschung  
Sektion Lateinamerika  
Universität Erlangen-Nürnberg  
Kochstraße 4  
D 91054 Erlangen



Zentralinstitut für Lateinamerika-Studien  
Katholische Universität Eichstätt  
Ostenstraße 26-28  
D 85071 Eichstätt

Die Deutsche Bibliothek - CIP-Einheitsaufnahme

ISSN 0946-5030

Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf deshalb der vorherigen schriftlichen Einwilligung der Herausgeber.



H. C. F. Mansilla

# **Zur Theorie der dauerhaften Entwicklung in Lateinamerika**

**Eine neue Ideologie der Staatsbürokratie  
und der herrschenden Eliten?**

Eichstätt 2000



Katholische Universität Eichstätt

Zentralinstitut für Lateinamerika-Studien

Centro de Estudios Latinoamericanos

Juni 2000

Typoskript: Rita Lentner

Redaktion: Dr. Karl-Dieter Hoffmann

Diese Studie wurde durch ein Forschungsstipendium  
der Stiftung Weltgesellschaft (Zürich) gefördert

BV 0133 046 39



# Inhaltsverzeichnis

I.	Vorbemerkung	5
II.	Ökologische und soziokulturelle Aspekte	10
III.	Ethnische Fragen und ökologische Probleme	17
IV.	Kulturell-ideologische Faktoren, die in Lateinamerika das Verständnis ökologischer Fragestellungen erschweren	22
V.	Umwelt als ein Thema, das von außen kam	26
VI.	Vorbehalte gegenüber zu viel Umweltschutz	35
VII.	Neoliberale Programmatik und Privatisierung der Natur	40
VIII.	Nachhaltigkeit als bevorzugtes Konzept der Institutionen	45
IX.	Zur Kritik der Theorie der nachhaltigen Entwicklung	53
X.	Schlussbetrachtung	57
	<b>Bibliografie</b>	<b>61</b>





## Vorbemerkung

Die hier zu behandelnde Thematik berührt im lateinamerikanischen Raum das Verhältnis von normativen Modernisierungszielsetzungen und einer verzerrten Wahrnehmung der Umwelt durch ausgedehnte Bevölkerungsektoren. Die zentrale Schlussfolgerung dieser Untersuchung lautet, dass es eine symptomatische Korrelation zwischen jenen für das kollektive Bewusstsein identitätsstiftenden Modernisierungsvorstellungen (*explanatory variable*) und einer gesellschaftlich-politisch relevanten Wahrnehmung der Umwelt (*dependent variable*) gibt. Diese kleine Studie strebt eine Klärung der Frage an, ob und inwieweit die Theorie der nachhaltigen Entwicklung (*sustainable development*) und verwandte Lehren eine brauchbare Rechtfertigungsideologie der Staatsbürokratie und anderer Machteliten darstellt, eine Ideologie, die eine gelungene Verbindung zwischen den üblichen, für das kollektive Bewusstsein unverzichtbaren Modernisierungszielen und den aktuellen, meist von den internationalen Organisationen vorgegebenen Minimalprogrammen zum Umweltschutz vortäuscht. Im Mittelpunkt von Darstellung und Analyse steht deshalb der instrumentelle Gebrauch, den zur Zeit die Staats- und Wirtschaftseliten mit der Theorie der nachhaltigen Entwicklung in Lateinamerika betreiben, und nicht der innere Wert dieser Lehre, die noch über ein beträchtliches Entwicklungspotential verfügt. In den hochindustrialisierten Ländern hat diese Theorie einen unverzichtbaren Beitrag zur Klärung einer stets komplexer werdenden Sachlage, zur Entfaltung eines als zunehmend dringender empfundenen internationalen Umweltrechts und zur Gestaltung einer mannigfaltigen Praxis im lokalen Bereich geleistet; sie hat ebenfalls eine fruchtbare, wenn auch technokratisch gefärbte Diskussion über Instrumente und Maßnahmen eines effektiveren Umweltschutzes in die Wege geleitet. Durchaus positive Orientierungsleitwerte, wie Umweltentlastung durch industriellen Strukturwandel, Ökoeffizienz, nachhaltiges Wirtschaften sowie Erhöhung und Sicherung der Lebensqualität wurden von ihr thematisiert und ausführlich untersucht<sup>1</sup>.

In der Dritten Welt ist diese Theorierichtung mittels kritisch-wissenschaftlicher Originalleistungen nicht bereichert worden. Breite Gesellschaftssektoren haben sie beinahe widerstandslos akzeptiert, weil ihre praktisch-instrumentellen Aspekte sofort sichtbar wurden. In Lateinamerika erfreut sich die Theorie der nachhaltigen Entwicklung einer nicht zufälligen Beliebtheit bei den verschiedensten sozialen Akteuren, politischen Parteien und ideologischen Richtungen. Es gilt nunmehr, die tatsächlichen Gründe für diese Popularität zu erhellen und der Frage nachzugehen, ob diese Lehre eventuell zu einer verzerrten Wahrnehmung

---

1 Vgl. Thesing/Hofmeister 1997 (Sammelband mit Beiträgen deutschsprachiger Autoren).

von Umweltfragen beiträgt – unabhängig vom ursprünglichen Willen ihrer Urheber. Dies hat wahrscheinlich damit zu tun, dass diese Theorie die Möglichkeit von unbegrenztem Wirtschaftswachstum bei gleichzeitiger Schonung der Naturkreisläufe postuliert. Diese Vorstellung entspricht tiefen Sehnsüchten und Bedürfnissen der kollektiven Mentalität Lateinamerikas. Man muss deshalb erkunden, welche Prioritäten die Regierungen und Eliten der Region in bezug auf das Verhältnis von Entwicklungszielen und Umweltfragen wirklich gesetzt haben, Prioritäten, die hinter der üblichen und heute politisch notwendigen Rhetorik des Umweltschutzes stehen und von denen letztlich die Durchführung der Entwicklungsprogramme abhängig ist. Aus diesem Grund muss man die Frage untersuchen, ob und inwieweit die Theorie der nachhaltigen Entwicklung als eine Rechtfertigungs- und Entlastungsideologie zu bezeichnen ist und welche materiellen Interessen gegebenenfalls hinter der begeisterten Rezeption dieser modischen Lehre stecken könnten. Diese Thematik erfordert eine Analyse des soziokulturellen Bezugsrahmens, der doch jene breite Aufnahme und Popularität der Theorie der dauerhaften Entwicklung ermöglicht hat; ethnische, historische und mentalitätsmäßige Aspekte müssen, wenn auch cursorisch, herangezogen werden, um eine adäquate Erklärung zu leisten, warum in Lateinamerika eine von außen kommende Lehre so kritiklos und von so verschiedenartigen Gruppierungen akzeptiert worden ist. Vorwegnehmend kann man anmerken, dass sich die Theorie der nachhaltigen Entwicklung wahrscheinlich in die Reihe konventioneller Doktrinen bruchlos eingliedert, die einer beschleunigten Modernisierung das Wort reden. Oder anders formuliert: die relativ langen Abschnitte dieser Studie über politische Kultur, die Verknüpfung von ethnischen und ökologischen Aspekten, die Vorgeschichte des lateinamerikanischen Umweltschutzes und schließlich die Beziehungen zwischen neoliberaler Regierungspolitik und privater Naturaneignung weisen auf die Wahrscheinlichkeit hin, dass in Lateinamerika die Theorie der nachhaltigen Entwicklung die modisch angepasste Fortsetzung konventioneller Lehren zur beschleunigten Modernisierung bildet.

Der Verfasser verfolgt mit dieser Studie ein erkenntniskritisches Interesse im Rahmen der klassischen Tradition der Ideologiekritik, die herkömmliche Phänomene von Eigennutz, Machtverschleierung und Ausbeutung fremder Ressourcen hinter hochtönenden, scheinbar progressiven Denkrichtungen aufzudecken versucht. In vielen Fällen genügt ein Verfahren der immanenten Kritik, das die Widersprüche zwischen den allgemeinen, umweltfreundlichen Prinzipien und den praxisorientierten, wachstumsfördernden Bestimmungen innerhalb desselben Gesetzestextes oder der gleichen politischen Willensäußerung aufspürt. Man darf deshalb diese Position, die den Prinzipien einer rationalen Aufklärung

verpflichtet ist, keineswegs mit einer neomarxistischen oder anarchistischen Kritik an der Theorie der nachhaltigen Entwicklung verwechseln, die in letzter Zeit aufzublühen scheint<sup>2</sup>. Die gewiss notwendige und begrüßenswerte Analyse der Theorie der dauerhaften Entwicklung wird in vielen Fällen dazu missbraucht, neueren Versionen altbekannter marxistischer, dependenztheoretischer und imperialismuskritischer Doktrinen (wie denen eines ungleichen ökologischen Tausches, einer weltweiten ungleichen Einkommensverteilung oder einer perversen Nachhaltigkeit von Herrschaft) einen aktuellen Impuls zu verschaffen<sup>3</sup>. Es handelt sich durchweg um Entwürfe, die versuchen, von der Geschichtsevolution völlig diskreditierte Positionen marxistischer oder anti-imperialistischer Provenienz aufzupolieren und praktisch-politische Zielsetzungen (wie die Etablierung einer sozialistischen Gegenmacht) heute plausibel zu machen, denn die Stabilisierung "sozialer Herrschaftsstrukturen" sowie "die Prozesse der Einkommens- und Vermögenskonzentration im Norden wie im Süden" (vgl. Novy/Raza 1997) – und nicht die eigentliche Zerstörung der Umwelt – treten in diesen Werken als das Negative schlechthin auf. Bekanntlich haben sozialistische Regimes in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts die schwerwiegendsten Fälle von Umweltverschmutzung und –zerstörung verursacht; nun aber versuchen die noch verbleibenden Neomarxisten und Neoanarchisten eine "sozialistische Theorie der nachhaltigen Entwicklung" zu begründen, die einen völligen Mangel an Problembewusstsein hinsichtlich der Begrenztheit der Erde und der natürlichen Ressourcen sowie der Verwundbarkeit der Ökosysteme im allgemeinen und der Zerbrechlichkeit tropischer Gebiete im besonderen erkennen lässt. Denn diese "neuen" Theorieansätze haften in normativ-präskriptiver Hinsicht weiterhin an evolutionären Paradigmata und Entwicklungsmodellen, die als überholt bezeichnet werden dürfen. Das kubanische Regime und dessen Handlungen verkörpern für sie immer noch die Dimension des Positiven. So übersehen sie, dass für die kubanische Regierung die erst vor kurzem "entdeckten" ökologischen Besorgnisse ganz einfach eine zeitgemäße Strategie im Hinblick auf eigene, selbstverschuldete Engpässe bedeuten (vgl. Coyula Cowley 1997). Die kubanische Position und verwandte Theorierichtungen, die sich noch zum Sozialismus bekennen, gehen bezeichnenderweise von der Vorstellung aus, dass der Umweltschutz nur dann zulässig und begrüßenswert sei, wenn er zur Bekämpfung der sozialen Armut einen politisch-ideologisch brauchbaren Beitrag leiste (vgl. Pereira 1989; Painter 1987).

Eine ähnliche Absicht und eine konfuse Kritik dauerhafter Entwicklung können

---

2 Ein gutes Beispiel dafür ist der Sammelband Raza/Novy 1997; vgl. ferner Martínez-Alier 1995.

3 Vgl. Mármorea 1992; Ezcurra 1992; Spehr/Stickler 1997; Novy 1992.



bei Ansätzen festgestellt werden, die theoretisch aus der modischen Verbindung eines verwässerten Marxismus und eines diffusen Postmodernismus hervorgehen. Dekonstruktivistische Ansätze betreiben die Hinterfragung sämtlicher Wertorientierungen, die das menschliche Zusammenleben betreffen; auch ökologisch-konservierende Bestrebungen müssen relativiert werden. Letztere seien nur Äußerungen eines "Biozentrismus", der als solcher eine Form menschlichen Egoismus sei, der sich einen altruistischen Firnis zulege. Jeder Biozentrismus sei deshalb abzulehnen, weil er sich als absolut begreife und den zufälligen Charakter menschlichen Tuns außer acht lasse. Und obwohl diese Theorierichtung alles in Frage stellt, kommt sie symptomatisch zu der sehr konventionellen Schlussfolgerung, dass heute nur hohe Investitionen, schnellere technologische Innovationen und eine verstärkte Integration aller Gesellschaften auf der Tagesordnung stünden, um das Verhältnis von Mensch und Natur besser zu gestalten<sup>4</sup>.

Eine andere Lehre geht von einer radikaldemokratischen Dimension aus, die *in praxi* als gescheitert gelten kann. Demgemäß werden vor allem die technokratischen Aspekte der Konzeption nachhaltiger Entwicklung moniert: sowohl deren Theorie als auch deren Wirklichkeit sei zu sehr an eine herkömmliche Expertenherrschaft gebunden, die der Komplexität der Gesamtsituation nicht gerecht werde. Diese Position hält eine größere Partizipation der Bevölkerung am Prozess der Entscheidungsbildung für unerlässlich, um die tatsächliche Effektivität von Umweltschutz-Maßnahmen wesentlich zu erhöhen; ihr Hauptantrieb ist es jedoch, den marginalisierten Bevölkerungssektoren (landlosen Bauern, städtischen Arbeitslosen, ethnischen Minderheiten) zu einem angemessenen Anteil an der ökonomisch-technischen Entwicklung zu verhelfen (vgl. Leff 1996; Groenevelt 1997), ohne freilich zu berücksichtigen, dass eine ständige Besserung des Lebensniveaus ausgedehnter sozialer Gruppen – an sich eine durchaus vernünftige Zielsetzung – eine zusätzliche und wahrscheinlich verhängnisvolle Belastung aller Ökosysteme auf Weltebene mit sich bringen würde. Den gleichen Prinzipien ist die politische Ökologie verpflichtet, die die *Theologie der Befreiung* in vielen Ländern Lateinamerikas erfolgreich vertritt, und ähnlich naiv in bezug auf die realen Möglichkeiten, diese Grundsätze praktisch zu verwirklichen<sup>5</sup>. Diese Denkrichtung, die unterschwellig an anti-individualistischen Werten festhält und kollektivistische autoritäre Überlieferungen als progressive tradiert, verkennt nicht nur die seit der klassischen Antike geäußerte Kritik an Modellen radikaler

---

4 Vgl. Cerutti/Testa 1992; Pádua 1992; Painter/Durham 1995.

5 Hedström *et al.* 1989; vgl. insbesondere die darin enthaltenen Aufsätze von Peixoto und Ramos Regidor.

Demokratie und an deren demagogisch-populistischen Gefahren; sie geht auch von der völlig falschen Illusion aus, dass eine wesentlich erweiterte Teilnahme der Bevölkerung am politischen Willensbildungsprozess der ökologisch-konservierenden Vernunft förderlich sei. Diese allzu optimistische Theorierichtung rechnet nicht mit der Möglichkeit, dass sie der Diktatur einer schlecht informierten und womöglich irrational handelnden Mehrheit das Wort redet, einer Mehrheit, die erfahrungsmäßig weder willens noch fähig ist, langfristig die Tugend der Selbstbeschränkung zu üben und die analog den vielen historischen Präzedenzfällen wahrscheinlich den verhängnisvollen Verheißungen eines höheren Konsumstandards, eines unendlichen technologischen Fortschritts und eines immerwährenden Wirtschaftswachstums verfallen wird<sup>6</sup>.

All diese linksorientierten Konzeptionen sind insofern einseitig, als sie dem "Kapitalismus" und den privatwirtschaftlichen Akteuren die alleinige Verantwortung für die zunehmende weltweite Beeinträchtigung der Ökosysteme zuschreiben und dabei geflissentlich übersehen, dass zum Beispiel im Falle der tropischen Regenwälder neben den kapitalistischen Holzunternehmern auch Millionen von nichtkapitalistischen Handelnden wie Einzelbauern, Viehzüchtern und Goldsuchern als wichtige Faktoren ökologischer Zerstörung zu bezeichnen sind. Darüber hinaus vergessen die Vertreter dieser "progressiven" Theorien, dass die exponentiell verlaufende demographische Zuwachsrates der letzten Jahrzehnte – im Klartext: die gewaltige Vermehrung des "ausgebeuteten Volkes" – und die stete Erhöhung des Lebensniveaus und der Konsumansprüche breiter Bevölkerungsmassen die tieferen Ursachen für eine wachsende Beanspruchung natürlicher Ressourcen und Kreisläufe darstellen.

Die jetzige Lage im Forschungsbereich hat sich zwar radikal geändert im Vergleich zu der Periode 1960–1980, als eine ausgesprochene Entwicklungs- und Planungseuphorie vorherrschte, aber die komplexen Beziehungen zwischen kollektiven Erwartungsmustern sowie normativen Zielsetzungen einerseits und praktisch-politischen Entwicklungsanstrengungen wie *public policies* im Umwelt-Bereich andererseits harren noch immer einer befriedigenden sozialwissenschaftlichen Klärung<sup>7</sup>.

---

6 Vgl. eine interessante Kritik an diesen Positionen aus demselben linksorientierten Lager: Barreiro 1996.

7 Immer noch gültig ist das frühe Werk von Kohlhepp 1991.

## II. Ökologische und soziokulturelle Aspekte

Wie zahlreiche Regionen der Erde leidet der lateinamerikanische Subkontinent unter verschiedenartigen Formen ökologischer Beeinträchtigung. Das Ausmaß und die Intensität dieser Phänomene, die mehrheitlich anthropogen verursacht worden sind, haben in den letzten Jahrzehnten gewaltig zugenommen. Als besonders gravierend hat sich die Vernichtung des natürlichen Vegetationsmantels erwiesen, die in einer früher kaum vorstellbaren Reichweite und Schnelligkeit grenzenlose Bodendegradierung und Desertifikation mit sich gebracht hat. Zugleich sind sie aufs engste mit Problemen weltweiter Bedeutung verbunden, unter denen die Veränderung des globalen Klimas (Treibhauseffekt), die Verwüstung von Agrarböden, die Verringerung der Biodiversität und die Verunsicherung des Energiepotentials des ganzen Planeten hervorragen<sup>8</sup>.

Das Ausmaß und die Intensität der ökologischen Probleme haben auch mit vernachlässigten soziokulturellen und politischen Aspekten zu tun, welche deshalb einer eingehenderen Berücksichtigung bedürfen. Falsche oder ungenügende Umweltpolitiken können unabsehbare Umweltschäden verursachen oder verschlimmern; ferner kann eine bestimmte, weitverbreitete Mentalität die angemessene Wahrnehmung ökologischer Beeinträchtigungen schlicht verhindern. Letzteres stellt wahrscheinlich eines der grundlegenden Probleme des heutigen Lateinamerika dar. Vorwegnehmend kann man zum Beispiel die Tatsache erwähnen, dass die Veränderung des globalen Klimas oder die Verringerung des weltweiten Süßwasserpentials Probleme darstellen, die in Lateinamerika kaum Beachtung gefunden haben.

Um die soziokulturellen Aspekte der Umweltprobleme besser verstehen zu können, ist ein Blick auf einige Praktiken der Vergangenheit nützlich. In Mexiko und im Anden-Raum erfolgte in der langen spanischen Kolonialzeit die Prospektion von Erzen (vor allem Silber) durch rücksichtsloses Abbrennen des Vegetationsmantels auf allen Bergkämmen und Abhängen, wo es den leisesten Verdacht auf Silberadern gab. Die Vernichtung von Wald und Busch in den ökologisch sehr prekären Gebirgsgegenden verursachte nach wenigen Jahrzehnten das irreversible Erodieren ausgedehnter Regionen, was noch heute in Mexiko, Peru und Bolivien sichtbar ist. Der Kahlschlag bei den extrem fragilen Wäldern der Gebirgszonen wurde auch dadurch vervollständigt, dass Holz beim Bergbau großzügig als Rohmaterial für die Herstellung von Balken und Abstützungen bei den Stollen verwendet wurde. Jahrhundertlang war Holz die Hauptenergiequelle für alle mit dem Bergbau verbundenen Aktivitäten, wie

---

<sup>8</sup> Zu den aktuellen Problemen der Bodendegradierung und Desertifikation vgl. Hauchler/Mesner/Nuscheler 1997.

zum Beispiel den Betrieb der Schmelzanlagen und den Bau von Wohnungen. Jahrhundertlang basierte die Wirtschaft mehrerer lateinamerikanischer Länder auf einer "Rente", die ausschließlich aus der rücksichtslosen Ausbeutung der Naturressourcen gewonnen wurde und die nunmehr zu Ende geht. Hinzu kommt, dass die meisten Agrarböden Lateinamerikas nahrungsarm und äußerst verwundbar sind, dass eine säkulare Überausbeutung derselben festzustellen ist und dass die Produktivität der meisten Landstriche auch unter Verhältnissen einer sehr schonenden Nutzung betont niedrig ausfällt.

Für den Eisenbahnbau zwischen 1870 und 1940 wurde wiederum Holz verschwenderisch benutzt. Die Ausdehnung der Viehwirtschaft hat nach 1950 die Umwandlung riesiger Waldgebiete in Grasland erfordert. Zur Zeit bringen die neuen Formen von Erzgewinnung – vor allem im tropischen Norden Brasiliens – ebenfalls die Vernichtung von Wald und Busch mit sich, und zwar in einem Rhythmus, der in früheren Zeiten unvorstellbar war. Das heißt im Klartext: Heutzutage hält die rasch zunehmende Zersetzung des tropischen Regenwaldes trotz lokaler Umweltschutzprogramme und zahlreicher diesbezüglicher Behörden unvermindert an. Dies stellt wahrscheinlich das schwerwiegendste ökologische Problem Lateinamerikas dar<sup>9</sup>, nicht nur wegen des Verlustes eines einzigartigen, für das weltweite Klimagleichgewicht unerlässlichen Ökosystems, sondern auch deshalb, weil die Abholzung der Urwälder sehr selten dauerhaft produktives Agrarland hergibt; die "erschlossenen" Flächen verwandeln sich oft nach relativ kurzer Zeit unumkehrbar in öde Steppen oder Wüsten.

Der Druck auf die tropischen Gebiete geht in letzter Instanz auf das kontinuierliche Bevölkerungswachstum und die Inwertsetzung natürlicher Ressourcen zurück. Die sozioökonomische Notwendigkeit, ländliche Arbeitskräfte zu absorbieren, die Nahrungsmittelproduktion gewaltig zu steigern und die Holzgewinnung zu sichern sowie neue Mineral- und Erdölvorkommen zu finden, haben sämtlich zur Expansion der Agrargrenze, zum Bau von Straßen und Siedlungen und somit zur beschleunigten Waldrodung geführt. Die letzten dreißig Jahre – paradoxerweise seitdem es ein gesellschaftlich relevantes ökologisches Bewusstsein gibt – sind für die tropischen Regenwälder verhängnisvoll gewesen. Erst die massive Einwanderung in die Waldzonen, dann der schnelle Aufbau des Straßennetzes (vor allem in Brasilien) und zuletzt die Anwendung moderner technischer Mittel zum Holzfällen haben das heutige Ausmaß der Waldrodung ermöglicht. Dieses Phänomen ist deshalb so folgenreich, weil die Vernichtung tropischer Wälder die Auslöschung eines bedeutsamen Teils der Biodiversität mit sich bringt; die Stabilität des Weltklimas ist bekanntlich mit diesem Ökosystem

---

9 Früh als solches erkannt von Wöhlcke 1987, 11 f., 35; id. 1990; id. 1981, 77–81, 83 f., 328–332.



aufs engste verbunden. Man muss dabei berücksichtigen, dass unter den natürlichen Ressourcen, die von Entwicklungsländern exportiert werden, Holz im allgemeinen und Edelhölzer im besonderen zu den Produkten gehören, die – berechnet in konstanten Preisen für die Zeitspanne 1948–2000 – eine der besten finanziellen Ergebnisse erzielten, beträchtlich besser als mineralische Rohstoffe, Erdöl, Nahrungsmittel, Textilien, Kautschuk und Tabak (Angaben der Weltbank in Raza 1997, 117). Man kann deshalb das Interesse verstehen, das auf eine schnellere und systematischere Ausbeutung der tropischen Regenwälder drängt, und nachvollziehen, warum so wenige Bevölkerungssektoren auf einem effektiveren Schutz dieser Ökosysteme beharren.

Die hier skizzierten Gründe für die Vernichtung der Wälder, die hauptsächlich auf die Ausdehnung der Agrargrenze und die Ausbeutung von Holz als einer exportierbaren Ressource zurückgehen, gelten vornehmlich für Brasilien, Mittelamerika und den Anden-Raum und weniger für Länder wie Argentinien und Uruguay (vgl. González 1992). Das Ausmaß der Waldzerstörung in Brasilien und Bolivien spottet in den letzten Jahren jeder Beschreibung: nach einem Bericht des *World Resources Institute* und der Interamerikanischen Entwicklungsbank ist Brasilien jährlich für 28 % der weltweit vernichteten Regenwaldareale verantwortlich (Bolivien für 7,2 %) (*World Resources Institute* 1996). Im Weltmaßstab sind beide Länder zur Zeit die größten Waldzerstörer. Laut Angaben des amtlichen brasilianischen Bundesinstituts für Raumforschung (INPE) können (Ende 1997) 517.069 km<sup>2</sup> Waldfläche allein im brasilianischen Amazonas-Gebiet als vernichtet und abgebrannt gelten (10,34 % der Gesamtfläche des Amazonas-Regenwaldes); diese Angabe schließt die "reguläre", d.h. von staatlichen Stellen genehmigte Abholzung und die Rodung außerhalb des eigentlichen Amazonas-Beckens nicht ein (jährlich rund 11.000 km<sup>2</sup>). In einigen brasilianischen Bundesstaaten erreicht die Waldverlustrate (im Vergleich zur "natürlichen" Regenwaldfläche vor der jetzigen intensiven Besiedlung) sehr hohe Werte, wie 84 % in Tocantins und 68 % in Maranhão. Nach denselben Quellen wurden jährlich zwischen 1978 und 1988 durchschnittlich 21.130 km<sup>2</sup> Wald gerodet (ungefähr die Fläche Belgiens); ab 1995 betrifft die durchschnittliche Abholzungsfläche 29.059 km<sup>2</sup> (mit eindeutig steigender Tendenz)<sup>10</sup>. Mexiko verfügt über viel kleinere bewaldete Flächen als die südamerikanischen Länder, aber der Rhythmus der Waldzerstörung ist dort ebenfalls sehr hoch. Laut amtlichen Angaben wurden 1997 durch nicht genehmigte Rodung und Brände rund 800.000 ha Wald und Busch zerstört; allein

---

10 Vgl. INPE admite. In: *O Estado de São Paulo* (São Paulo), 26.01.1998. Ähnliche Angaben in Kohlhepp 1998. Vor vielen Jahren wurde diese Entwicklung in einem noch heute lesenswerten Artikel vorausgesagt von Gisycki 1983.

von Anfang Januar bis Ende Mai 1998 wurden 380.000 ha Wald durch "unkontrollierbare" Flächenbrände vernichtet. Die Hauptstadt Mexiko Stadt hatte tagelang unter Nebel und Staub zu leiden – ein Ereignis, das in letzter Zeit immer häufiger und bedrohlicher auftritt und niemanden zu überraschen scheint<sup>11</sup>.

In den Jahren seit dem Rio-Gipfel von 1992 hat der Privatisierungsprozess der Wälder eine spürbare Beschleunigung erfahren, wenn auch oft unter der Modalität der Konzession (Verleihung übertragbarer Nutzungsrechte). Besonders gravierende Waldbrände riesigen Ausmaßes sind seitdem in Brasilien und eigentlich in fast allen Ländern Lateinamerikas festzustellen. Es wäre gewiss töricht und unbegründet, einen obligatorischen Kausalzusammenhang zwischen Privatisierung und vermehrter Waldvernichtung herzustellen. Es wäre aber ebenso naiv, jegliche Verbindung zwischen beiden Phänomenen abzustreiten. Im August/September 1998 verbrannten beispielsweise Tausende von Quadratkilometern Wald und Busch im Bundesstaat Mato Grosso (Südwestbrasilien) gerade in der Nähe eines großen Indianerreservats (*Parque indígena Xingú*) und in einer Zone, in der die "Erschließung wilder Landstriche" jetzt erste Priorität genießt, und zwar für die Beschaffung von Grasland zwecks extensiver Viehzucht (vgl. Schübelin 1998). Zwischen Februar und April 1998 wütete das Feuer im Bundesstaat Roraima, an der Grenze zu Venezuela: 3,3 Millionen ha Wald und Buschland wurden in kurzer Zeit unwiederbringlich zerstört<sup>12</sup>. Die alljährliche extensive Verbrennung des Vegetationsmantels zwecks Bodenvorbereitung in Bolivien – eine Sitte, die vor 1975/1980 selten praktiziert wurde – erreichte 1998 einen neuen Rekord: rund 100.000 km<sup>2</sup> [sic] wurden davon in verschiedenem Ausmaß betroffen, ein guter Teil davon war bewaldetes Gebiet, das den Flammen zum Opfer fiel<sup>13</sup>. Auch wenn diese Angaben stark übertrieben sein mögen, gibt es in allen lateinamerikanischen Ländern sichere Anhaltspunkte, um anzunehmen, dass in all diesen Fällen das Feuer kaltblütig und systematisch von Menschenhand gelegt wurde.

Interessant ist in diesem Zusammenhang der bolivianische Fall, weil dort die Waldrodung relativ spät anfang, jedenfalls nach 1975, dann aber eine exponentiell zunehmende Beschleunigung durchgemacht hat. Die Jahre nach dem Rio-Gipfel (1992) sind als besonders gravierend zu bezeichnen. Laut einer halbamtlichen Berechnung wurden um 1980 durchschnittlich 90.000 ha Regenwald pro Jahr

---

11 Gemäß einem Bericht der Umwelt-Ministerin Julia Carabias in *La Jornada* (México, D.F.), 15.8.1998; México sufre desastre forestal. In: *La Jornada* (México, D.F.), 3.6.1998.

12 Kohlhepp 1998, 74 f. Nach Kohlhepp kann auch die starke, zyklisch wiederkehrende Trockenheit von 1998 einer der Gründe für das Ausmaß der Flächenbrände im Bundesstaat Roraima gewesen sein.

13 Sequía, chaqueo y altas temperaturas en Pando. In: *Presencia*, 6.9.1998, 3; Lucha contra el chaqueo de bosques, batalla casi perdida. In: *Ibid.*; vgl. auch den Bericht über die Provinz Cochabamba: Depredación acelerada de los recursos forestales: Cochabamba sin bosques. In: *La Prensa* (La Paz), 19.7.1998.

abgeholzt; 1990 waren es bereits 170.000 ha, und 1997 zwischen 525.000 und 750.000 ha<sup>14</sup>. Nach einer offiziellen Berechnung erreichte die Waldrodung 1993 nur 80.000 ha, 1994 ca. 90.000 ha und 1997 rund 168.000 ha<sup>15</sup>. Nach Angaben des Ministers für Nachhaltige Entwicklung und Umwelt, Erick Reyes Villa, befanden sich 1998 bereits 41 % der Gesamtfläche Boliviens (rund 450.000 km<sup>2</sup>!) im Prozess einer unumkehrbaren Desertifikation, hauptsächlich wegen der Zerstörung des Vegetationsmantels (Wald- und Buschbrand in allen Varianten)<sup>16</sup>. Ein immer noch gültiges Waldgesetz vom 25. März 1997 verbietet in Bolivien alle Wald- und Buschbrände, die nicht ausdrücklich und schriftlich von den zuständigen Behörden nach einem komplizierten Verfahren genehmigt worden sind; die Erlaubnis darf nur ausnahmsweise erteilt werden, wenn ein nachgewiesenes öffentliches Interesse dafür besteht. Einfache Bauern und mächtige multinationale Konzerne wenden gleichermaßen die Brandrodung seit Jahrzehnten an, ohne sich im geringsten um die völlig unbekannte gesetzliche Regelung zu kümmern. Regierungsstellen strengen sich freilich nicht übermäßig an, damit diese Bestimmung bekannter wird. Laut amtlichen Angaben ließen sich bereits 1995 in Bolivien 36.000 Waldbrände feststellen, die nicht auf "natürliche Ursachen" zurückzuführen waren<sup>17</sup>. Derselbe Minister für Nachhaltige Entwicklung und Umwelt gab zu, dass das relativ fortschrittliche bolivianische Gesetz zum Umweltschutz, das vom Parlament 1992 verabschiedet wurde, noch nicht in der alltäglichen Praxis angewandt werden könne, weil seit 1992 alle Durchführungsbestimmungen fehlten<sup>18</sup>.

Zusammenfassend kann man behaupten, dass dem Erschließungsprozess tropischer Gebiete folgende Konstanten zugrunde liegen:

1. Bescheidene, aber systematische und kontinuierliche Verbesserungen im Bereich öffentlicher Gesundheitsfürsorge, sozialer Hygiene und allgemeiner Erziehung seit rund 1940/1950 haben in ganz Lateinamerika, aber insbesondere im Anden-Raum, zu einem gewaltigen demographischen Schub geführt, so dass

---

14 *World Resources Institute* 1996; vgl. auch *Centro de Estudios para el Desarrollo Laboral y Agrario* 1998; Murillo Velásquez 1997 (gemäß Angaben des halbamtlichen "Foro Boliviano de Medio Ambiente y Desarrollo"); gemäß dem Direktor (Raúl Rico Gamboa) der amtlichen Agentur *Programa de Repoblamiento Forestal* (vgl. id. 1997) wurden 1997 rund 60 ha Urwald pro Stunde vernichtet.

15 Angaben der Forstabteilung des Landwirtschaftsministeriums Boliviens: Más de la mitad de los bosques de Santa Cruz están deforestados. In: *Presencia* (La Paz) 7.7.1993, 4; Se destruye unas 90.000 hectáreas de bosque/año para colonizaciones. In: *Presencia* (La Paz) 26.7.1994, 6.

16 El 41 % del territorio está bajo el peligro de la desertización [sic]. In: *La Razón* 26.10.1997, B 4; ähnliche Größenordnung nach einer Studie der *Liga de Defensa del Medio Ambiente* 1996; ähnliche Angaben aus der Forstbehörde Boliviens: El 40 % del territorio nacional con problemas de desertificación. In: *Presencia* (La Paz), 26.4.1997.

17 Unos 36.000 incendios en bosques de la amazonia boliviana en 1995. In: *Presencia* (La Paz), 4.8.1996.

18 Ley del Medio Ambiente se aplica a paso de tortuga. In: *Presencia* (La Paz), 21.6.1998, 2 (Beilage *Reportajes*).

man von einer wahrhaftigen Bevölkerungsexplosion in wenigen Jahrzehnten sprechen darf. Zudem weisen seit langem die Agrarböden im andinen Hochland Erschöpfungs- und Erosionserscheinungen großen Ausmaßes auf. Aber auch ohne diese allmähliche Ermüdung des hochgelegenen Agrarlandes ist die allgemeine Fähigkeit der herkömmlichen Landwirtschaft, neue Arbeitskräfte zu absorbieren, an eine unüberschreitbare Grenze gestoßen. Die immer größer werdende Landflucht erzwingt die Erschließung tropischer Gebiete, zumal sie als menschenleer und leicht nutzbar gelten. Es kommt hinzu, dass die exponentiell gewachsene städtische Bevölkerung ein kaum zu befriedigendes Bedürfnis nach Nahrungsmitteln entfaltet hat, dem die Landwirtschaft in den höher gelegenen Zonen des Anden-Raums nicht genügen kann.

2. Nach dem allmählichen Niedergang des klassischen Bergbaus ist die Holzgewinnung eine wirtschaftlich sehr lukrative Tätigkeit geworden, vor allem wegen des unstillbaren Hungers der Industrienationen nach Edelhölzern. Schließlich ist das neue Wirtschaftsmodell, das alle Regierungen der Region befolgen, stark exportorientiert, und heutzutage stellt Holz eine der wenigen in Lateinamerika gewonnenen Ressourcen dar, die gute bis ausgezeichnete Preise auf dem Weltmarkt erzielen. Wenn ein Produkt einerseits Devisen für das Land und Profit für den Unternehmer einbringt und andererseits zahlreiche Arbeitsplätze schafft, dann ist die Wahrscheinlichkeit sehr gering, dass irgendeine Regierung aus ökologisch-konservierenden Gründen die tropischen Regenwälder wirksam beschützen würde.

3. Ferner muss man in Rechnung stellen, dass der effektive politische Wille, der Zerstörung des Regenwaldes energisch Einhalt zu gebieten, kaum vorhanden sein dürfte. Mehrere Gründe – die in ganz Lateinamerika ähnlich sein dürften – sprechen dafür: das relativ niedrige kulturelle und informative Niveau der hohen Bürokratie (krasses Unverständnis ökologischer Probleme, Standpunkte und Argumentationsweisen), eine lückenhafte und widerspruchsvolle Gesetzgebung und hauptsächlich der Druck der politisch mächtig gewordenen Interessenverbände der Holz-Industriellen und der entsprechenden Gewerkschaften.

4. Man muss weitergehen und die unangenehme Tatsache ins Auge fassen, dass in weiten Teilen Lateinamerikas Brandrodung und Brandstiftung als übliches, ja als einziges Verfahren gilt, um Neuland für Landwirtschaft, Viehzucht und Erzförderung zu gewinnen. Bauern und Landarbeiter, einfache Goldsucher und wissenschaftlich ausgebildete Geologen, kleine Pächter und große Privatunternehmer, linksorientierte Gewerkschaftler und sozialdemokratische Planungsexperten, liberale Politiker und konservative Staatsbedienstete – alle befürworten, wenn auch diskret, die Brandrodung, ohne sich Gedanken über die langfristigen Konsequenzen ihres Tuns zu machen. Die Menschen, die sich um



ökologische Probleme kümmern oder gar an die Rechte der Natur denken, bilden eine kleine Minderheit (Urwald-Indianer, kritische Intellektuelle, aufgeklärte Bürokraten), die kein politisches Gewicht besitzt. Dieser Tatbestand hat eine lange Vorgeschichte. "Brandrodung ist die Technik", schrieb Jürgen Schübelin, "mit der seit dem Eindringen der Europäer in die Waldgebiete des gesamten Kontinents, von Zentralamerika bis Patagonien, versucht wird, Ackerland zu erschließen". Diese Methode genießt "trotz aller durch sie verursachten Katastrophen und Tragödien ungebrochene Popularität" (Schübelin 1998, 34). Ohne etwas zu bewirken, haben seit langer Zeit Agrarwissenschaftler darauf aufmerksam gemacht, dass dieses Verfahren alles Leben (einschließlich der natürlichen Düngemittel) zerstört und dadurch die durchschnittliche Bodenfruchtbarkeit stark einschränkt. Die physische Größe der tropischen Gebiete täuscht einen Überfluss an leerem Land vor, so dass sich die Bauern und Viehzüchter einfach das nächste Stück Wald zur Brandrodung vornehmen, ohne zu bedenken, dass nach wenigen Jahren die ausgesprochen dünne Humusschicht weggeschwemmt wird. Nach wie vor weist die brasilianische Bundesbehörde für Kolonisierung und Agrarreform (INCRA) die in tropischen Gegenden neuangesiedelten Bauern und Landarbeiter an, Wald so schnell wie möglich zu roden, um Agrarflächen zu gewinnen (vgl. *ibid.*, 34). In anderen Staaten mit tropischen Regionen dürfte die Lage ähnlich sein.

5. Schließlich muss man auf die Korruption bei denjenigen Behörden aufmerksam machen, die einerseits Waldkonzessionen zu erteilen haben und andererseits die gesetzliche Kontrolle über die Einhaltung der Umweltschutzaufgaben in Verbindung mit einer angemessenen Ausbeutung der Waldressourcen ausüben. Im relativ gut dokumentierten bolivianischen Fall kann man davon ausgehen, dass die in Frage kommenden Behörden (*Centros de Desarrollo Forestal*) zu den staatlichen Instanzen gehören, bei denen ein überdurchschnittliches Maß an Bestechlichkeit festgestellt wurde. Durch verhältnismäßig kleine Beträge und gute politische Verbindungen kann man ausgedehnte Landflächen als Konzession zur Holzgewinnung erhalten; mittels noch kleinerer Summen kann man sich jegliche unbequeme Kontrolle seitens jener Behörden ersparen (Corrupción. In: *Presencia* 1.2.1996).

### III. Ethnische Fragen und ökologische Probleme

Um die tatsächliche Bedeutung zu verstehen, die in der Praxis den legalen Statuten von Umweltschutz und Naturreservaten sowie der populär gewordenen Theorie der nachhaltigen Entwicklung zukommt, muss man, wenn auch kursorisch, das Verhältnis von ethnischen Fragen und ökologischen Problemen streifen.

1. Bei der Erschließung und Inwertsetzung des tropischen Regenwaldes stößt man auf eine ethnisch-kulturell von der Mehrheit des jeweiligen Landes unterscheidbare Bevölkerung, die, wenn auch zahlenmäßig klein, seit unvordenklichen Zeiten in diesen Gebieten lebt und sicherlich ein Anrecht besitzt, ihre Kultur gemäß eigenständigen Normen zu entfalten und ihr Habitat nach eigenem Gutdünken weiter zu nutzen. Die Erschließung und Besiedlung dieser tropischen Regionen erzeugt somit nicht nur die üblichen sozioökonomischen Probleme, sondern auch ethnische, deren Folgen noch nicht klar abzusehen sind.
2. Die Ethnien des tropischen Regenwaldes haben – im Gegensatz zu den Einwanderern, einschließlich derjenigen indianischen Ursprungs – ein existentielles und vitales Interesse an der Erhaltung ihrer angestammten Ökosysteme, da ihr bisheriger Lebensstil von der Erhaltung dieses fragilen Habitats vollkommen abhängig ist. Einige dieser Ethnien sind bereit, ihre Kultur gewaltsam zu verteidigen.
3. Eine (bei Sozialwissenschaftlern häufig anzutreffende) romantisierende Sicht tendiert dazu, die Lebens- und Arbeitsweise der Urwaldindianer zu verklären und ihnen ein vollkommen ökologiefreundliches Verhalten gegenüber ihrer Umwelt zuzuschreiben. Darüber hinaus neigt diese Einstellung dazu, die umweltangepasste Lebensweise *einiger* Urwald-Ethnien (Tiefland-Indianer) auf die gesamte indianische Bevölkerung des jeweiligen Landes auszudehnen. Die übergroße Mehrheit der indianischen Gruppen Lateinamerikas – in Mexiko, Guatemala und im Andenraum – besteht jedoch aus sog. Hochland-Bewohnern, die den ökologiefreundlichen Umgang mit der Natur, den ihre Vorfahren pflegten, längst aufgegeben haben und inzwischen Formen von Landwirtschaft und Viehzucht betreiben, die als umweltschädlich zu bezeichnen sind<sup>19</sup>.

---

19 Der Mexikaner Victor M. Toledo hat in Lateinamerika das Verhältnis von ethnischen Aspekten und ökologischen Fragen am ausführlichsten untersucht. Seine gewiss kenntnisreichen Werke sind keineswegs frei von einer verklärenden Vision der indianischen Gemeinschaften, denen er unterschiedslos eine umweltangepasste Arbeits- und Lebensweise zuschreibt. Er differenziert kaum zwischen Hoch- und Tieflandindianern und beachtet auch nicht die starken modernisierenden und somit naturzersetzenden Tendenzen, die bei den meisten indianischen Gruppen inzwischen anzutreffen sind. Seine Hauptthese lautet: "Die Verteidigung der [indianischen] Kultur ist die Verteidigung der Natur". Vgl. Toledo 1992<sup>1</sup> und 1992<sup>2</sup>. In geschichtlicher Perspektive vgl. Tudela *et al.* 1992.

In einigen Ländern wie Brasilien, Peru, Bolivien und Ecuador haben politisierte und radikalisierte Bewegungen der Tiefland-Indianer (aus dem Amazonas-Becken und anderen Regenwaldgebieten) wiederholt Proteste angemeldet, und zwar zum einen gegen die unaufhörliche Ausdehnung der Agrargrenze durch starke Binnenwanderungen bäuerlicher Herkunft und zum anderen gegen die Prospektion und Gewinnung natürlicher Ressourcen, insbesondere Holz und Mineralien. Diese Ethnien beklagen auch die Tatsache, dass die entsprechenden Regierungen (Brasiliens, Perus, Kolumbiens und Boliviens) bereits unterzeichnete Abkommen zum Schutz der indianischen Territorien und der Naturreservate nicht einhalten und vielmehr die wirtschaftliche Inwertsetzung dieser Zonen unter der Hand stark fördern<sup>20</sup>. Im Anden-Raum sind es Bauern und Landarbeiter aus den Hochland-Ethnien, die größtenteils den Einwanderungsstrom in die tropischen Zonen bilden. Die Ausdehnung der Agrargrenze und die Erzgewinnung bewirken letztlich die Rodung des Urwaldes und die Zerstörung des natürlichen Habitats der indianischen Urwald-Ethnien; sie rufen gleichzeitig Entwicklungen wie Straßenbau, Inwertsetzung anderer natürlicher Ressourcen und Erlangung zusätzlicher Agrarflächen hervor, die die überwältigende Mehrheit der jeweiligen Bevölkerung als Zeichen eines ebenso notwendigen wie unvermeidlichen Fortschritts ansieht.

In Bolivien haben Tiefland-Indianer seit dem 15. August 1990 Massenaufmärsche in der Hauptstadt La Paz veranstaltet, um ihren Forderungen einen publikumswirksamen Nachdruck zu verleihen. Sie beabsichtigten, a) die öffentliche Meinung auf das Phänomen der beschleunigten Waldrodung aufmerksam zu machen, b) die rechtliche Anerkennung ihrer Stammlände als autonome Territorien innerhalb des bolivianischen Staatsverbandes zu erlangen und c) eine angemessene Beteiligung am Profit der dort operierenden Holzkonzerne zu erzielen<sup>21</sup>. Bis heute konnten sie ihre Forderungen nur in geringem Maße durchsetzen.

Eine nüchterne Betrachtung der Praktiken der Tiefland-Indianer Brasiliens und des Anden-Raumes schützt vor deren Idealisierung. Es ist anzunehmen, dass sie ein sehr menschliches Ziel anstreben, nämlich am Modernisierungsprozess teilzunehmen und den bestmöglichen finanziellen Vorteil daraus zu ziehen. Die organisierten Bewegungen der Tiefland-Indianer Brasiliens, Boliviens und Perus scheinen in den letzten Jahren schwächer zu werden, weil die Holzkonzerne die entsprechenden Führungsgruppen am Betriebsgewinn beteiligt haben. Dieses

---

20 Indígenas: gobierno no cumple palabra. In: *Presencia* (La Paz), 16.5.1991; La naturaleza agoniza en territorio guaraní. In: *Presencia* (La Paz), 20.10.1996.

21 Vgl. das ausführlich dokumentierte Werk Libermann Cruz/Godínez 1992.

einfache Bestechungsverfahren erwies sich als recht erfolgreich. Ein Teil dieser Urwald-Indianer sind realistischerweise dazu übergegangen, stillschweigend eine Übereinkunft mit den Holzindustriellen zu schließen: sie lassen die Rodung auf ihren Territorien zu und erhalten einen finanziellen Anteil am Verkauf des Holzes, und die Privatunternehmer müssen keine Steuern und Abgaben an den Staat entrichten<sup>22</sup>.

In einigen Ländern Lateinamerikas ist der Umweltschutz waldbedeckter Gebiete angesichts des knapp gewordenen Agrarbodens auch bei anderen indianischen Ethnien unpopulär, insbesondere bei den bäuerlichen Bevölkerungssektoren hochgelegener Gebiete. Eine der ständigen Forderungen der Bauernvereinigungen gegenüber allen Regierungen zielt auf die Aufhebung des gesetzlichen Verbots, in den – wenigen vorhandenen – Nationalparks und ökologisch geschützten Zonen eine wirtschaftliche Tätigkeit (wie Waldrodung, Bestellung der Felder, Anlage von Plantagen) auszuüben. Immer wieder kommen die Bauernvertretungen und die zuständigen Behörden zu einem vorläufigen Arrangement, nach dem der legale Status der Nationalparks *pro forma* aufrechterhalten wird, die Existenz und die Arbeitsweise der bereits bestehenden Bauernsiedlungen (einschließlich Koka-Plantagen) jedoch innerhalb der Nationalparks weiterhin und auf unbestimmte Zeit geduldet werden. Dasselbe gilt für die Aktivitäten der Holzindustrie innerhalb der Naturreservate. In einigen Nationalparks haben Privatunternehmer seitens der diesbezüglichen Behörde die "legale" Erlaubnis erhalten, Holz unbegrenzt zu schlagen; an diesem Vorgang sind auch Heereseinheiten, kleinere Bürgermeisterämter und Nachbarschaftsvereinigungen nach einem friedlich vereinbarten und streng eingehaltenen Proporzsystem finanziell beteiligt. Es ist überflüssig zu erwähnen, dass aus ökologischer Perspektive dieser *modus vivendi* die denkbar schlechteste Lösung darstellt. In den meisten lateinamerikanischen Ländern gibt es Nationalparks und rechtlich geschützte Naturreservate, in denen Einwanderung, ökonomische Tätigkeit und Waldrodung verboten sind. Die meisten dieser Einrichtungen existieren jedoch nur auf dem Papier: in der Regel werden sie landwirtschaftlich genutzt; ständige menschliche Ansiedlungen sind häufig anzutreffen und das Fällen von Bäumen geschieht ohne Unterlass und ohne Kontrolle<sup>23</sup>.

Die illegale, aber von allen Regierungen ausnahmslos tolerierte Besetzung

---

22 Kritisch zur Verklärung der Urwaldethnien äußert sich Peluso 1993: "Environmentalists commonly associate the concept of 'native people' with the stereotype of the 'ecologically noble savage' who lives in perfect harmony with nature".

23 Über die prekäre Lage aller Nationalparks in Bolivien vgl. Los parques nacionales amenazados por los depredadores. In: *Presencia* (La Paz), 10.4.1996, 4; Libermann Cruz 1995. Bedeutende Ökologen aus der Dritten Welt haben sich gegen die Ausdehnung von Naturparks und Naturschutzgebieten ausgesprochen, weil sie menschlichen Bedürfnissen und legitimen Entwicklungszielen entgegenstehe. Vgl. Guha 1999.



geschützter Gebiete seitens landloser Bauern, die pausenlose Ausbreitung der Agrargrenze und die sehr hohe Auswanderungsquote – meistens Richtung USA – lassen die Unhaltbarkeit der populären Vorstellung erkennen, dass der lateinamerikanische Subkontinent und seine tropischen Regionen im wesentlichen menschenleere, ökonomisch unausgenützte Flächen seien. Sogar gelehrte Publikationen von Sympathisanten legen den Schluss nahe, dass Nationalparks und gesetzlich geschützte Naturreserve "Räume ohne Einwohner" darstellen (vgl. Amend/Amend 1992); aus ökonomischen und politischen Gründen sei es nun unerlässlich, mit diesem moralisch unhaltbaren Zustand der menschenleeren Zonen im Zeitalter des raschen Bevölkerungswachstums ein Ende zu machen.

In den meisten Ländern Lateinamerikas (mit Ausnahme einiger Staaten in Mittelamerika und im karibischen Raum) gibt es einen weiteren Aspekt dieser mit der ethnischen Frage verwandten Thematik. Indianische Gruppen, indigenistische Tendenzen und damit verbundene Intellektuelle hegen ein verständliches Misstrauen gegenüber Einwanderungsströmen jeglichen Ursprungs, da dadurch die schon arg lädierte Identität dieser Ethnien noch mehr in Gefahr geraten könnte. Bei diesen Gesellschaftssektoren taucht nur selten die Behauptung auf, dass Lateinamerika ein beinahe leerer Kontinent sei und dass die tropischen Zonen energisch besiedelt werden müssten. Die relativ niedrige Bevölkerungsdichte tropischer Gebiete wird als eine kulturell-historische Besonderheit der Tiefland-Indianer betrachtet, die als solche respektiert werden muss.

Die sogenannte populäre öffentliche Meinung von Weißen und Mestizen, die sich nie von kritisch-wissenschaftlichen Standpunkten beeinflussen oder gar irritieren lässt, hält hingegen an der klischeehaften Vorstellung fest, dass die lateinamerikanische Bevölkerung viel zu klein sei, um die angeblich unermesslichen Naturreichtümer des leeren Subkontinents angemessen zu erschließen und zu nutzen. Die Ureinwohner der Regenwälder werden nicht als vollwertige Menschen angesehen, weil sie unfähig seien, ihre Regionen nach westlichen Standards zu modernisieren. Sie werden als ein Hemmnis zur Prospektion und Inwertsetzung der natürlichen Ressourcen angesehen und *in praxi* als ein Störfaktor der angestrebten Entwicklung behandelt. Diese Vorstellung dünnbesiedelter Räume resultiert aus dem mechanistischen Vergleich zwischen Peru und Israel oder Brasilien und Holland, wobei unausgesprochen der Bevölkerungsdichte Israels und der Niederlande eine normative und deshalb nachahmenswerte Gültigkeit zugeschrieben wird. Diese Meinung übersieht die Tatsache, dass ein erheblicher Teil Lateinamerikas aus Wüsten, Steppen, Bergland und Urwald besteht, d.h. aus Regionen, die kaum zu bewohnen oder agrarisch zu nutzen sind, oder nur um den Preis einer ausgedehnten,

unumkehrbaren ökologischen Beeinträchtigung. Die Flächen, die sich sowohl für städtische Besiedlung als auch für intensive Landwirtschaft eignen, sind in Lateinamerika ziemlich knapp, und fast alle bereits dicht bevölkert und agrarisch stark beansprucht. Paradoxaerweise ist die agrarisch nutzbare Fläche in den meisten Ländern des Subkontinents eindeutig kleiner als beispielsweise in den Vereinigten Staaten oder Kanada, wenn man das tatsächlich landwirtschaftlich nutzbare Land je Kopf der Bevölkerung in Betracht zieht. Einen besonders krassen Fall in dieser Hinsicht stellt Bolivien dar: seine allgemeine Bevölkerungsdichte – die niedrigste in der Neuen Welt, die deshalb die bolivianischen (weißen) Intellektuellen immer beunruhigt und betrübt hat – beträgt zur Zeit (2000) 7,2 Einwohner pro Quadratkilometer, aber die tatsächliche Dichte Boliviens in bezug auf bewohnbares oder agrarisch nutzbares Land beträgt rund 100 Einwohner pro Quadratkilometer<sup>24</sup>.

Die Bevölkerung wird auch aus einem anderen Grund als zu klein angesehen: viele Gesellschaftssektoren gehen noch heute davon aus, dass nur bevölkerungsreiche Länder auf internationaler Ebene ernstgenommen würden, und dass eine bedeutende Bevölkerungsgröße die erste Voraussetzung sei, um die eigene Identität und Kultur erfolgreich behaupten zu können. Bis vor wenigen Jahren stießen deshalb Bestrebungen zur Eindämmung der demographischen Wachstumsrate und Programme der Familienplanung auf einen allgemeinen und zähen Widerstand. Sie galten als imperialistisch oder zumindest als landes- und sittenfremd; wohlwollendere Meinungen hielten sie für überflüssig aufgrund der angeblich unermesslichen Größe des Subkontinents und der Fülle der noch nicht ausgewerteten Naturressourcen. Obwohl es keine auf empirischem Material beruhende Studie gibt, die ganz Lateinamerika umfasst und vergleichenden Charakter besitzt, kann man die Hypothese wagen, dass diese populäre öffentliche Position (außer in Mittelamerika und dem karibischen Raum) kein Entwicklungsproblem und vor allem kein Entwicklungshemmnis wahrnimmt, das mit demographischen Aspekten zu tun hätte.

---

24 La densidad poblacional en Bolivia. Hay 100 habitantes por km cuadrado de área cultivable. In: *Presencia* (La Paz), 17.7.1997 (nach Berechnungen des *Population Fund* der Vereinten Nationen). Diese Sachlage wurde 1998 von der Regierung zugegeben: El suelo en Bolivia está terriblemente utilizado. In: *Presencia* (La Paz), 23.10.1998, b 5.

#### **IV. Kulturell–ideologische Faktoren, die in Lateinamerika das Verständnis ökologischer Fragestellungen erschweren**

Der Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus (1989/1991), das weltweite Phänomen der Globalisierung und die Einführung neoliberaler Wirtschaftsmodelle in fast allen lateinamerikanischen Staaten haben eine eindeutige Schwächung nationalistischer und sozialistischer Paradigmata mit sich gebracht. Die Industrialisierung um jeden Preis, die Errichtung eines starken, auch auf wirtschaftlichem Gebiet aktiven Staates und die Förderung einer autochthonen, meist anti–imperialistisch gefärbten Kultur bilden nicht mehr die normativen und allgemein akzeptierten Zielsetzungen gesellschaftlicher Evolution, die dem Desiderat einer weitgehenden, obwohl nie klar definierten nationalen Authentizität verpflichtet war. Bekanntlich erfreuten sich diese Leitbilder in der Periode 1930/1945–1980 einer außerordentlichen Beliebtheit, die quer durch alle sozialen Schichten und politischen Parteien ging. Heute ist die Nachahmung der metropolitanischen Zivilisation in ihrer nordamerikanischen Ausprägung an der Tagesordnung, und sowohl die nationalistischen Bestrebungen nach kulturell–historischer Authentizität als auch die sozialistisch–marxistischen Modelle einer eigenständigen Entwicklung befinden sich zur Zeit auf dem Rückzug. Im Zeitalter von Neoliberalismus und Globalisierung werden Entwicklungsziele, wie beschleunigte Verstädterung, Vereinheitlichung von Verhaltens– und Konsummustern, exportorientierte Wirtschaftsverfassung und nordamerikanisch beeinflusste Freizeitgestaltung mit dem gleichen unkritischen Eifer zu eigen gemacht wie früher die Ziele der Vollindustrialisierung und Staatsausdehnung.

Auch wenn der Aufbau einer Schwerindustrie nach klassischem Muster nicht mehr auf der Tagesordnung steht, behält das Postulat einer raschen und ausführlichen Modernisierung eine entscheidende identitätsstiftende Funktion in allen lateinamerikanischen Gesellschaften bei. Diese durch nichts relativierte positive Auffassung von materiellem Fortschritt und stetem ökonomischem Wachstum prägt nicht nur die Orientierungswerte von Bürokratie und Eliten, sondern auch diejenigen von linken Parteien, Gewerkschaften und Intellektuellen. Tiefere Ursachen für das weitgehende kollektive Unverständnis ökologischer Begrenzungen sind deshalb in diesem weitverbreiteten Mangel am Problembewusstsein zu erblicken: man stellt selten gerade das in Frage, was identitätsbildend ist. Diese allgemein geteilte Haltung ist andererseits in eine Kulturtradition eingebettet, die in Lateinamerika seit Jahrhunderten dem kritisch–wissenschaftlichen Geist kaum eine Basis bietet. Die erstaunlich rasche Verbreitung der Theorie nachhaltiger Entwicklung hat mit Motiven und Tiefenschichten der herkömmlichen lateinamerikanischen Mentalität zu tun.

Zur noch vorherrschenden Mentalität Lateinamerikas gehören sozial einflußstarke Illusionen über eine anscheinend glänzende Ausstattung mit natürlichen Ressourcen, unerschlossene Räume riesigen Ausmaßes und eine angeblich sehr niedrige Bevölkerungsdichte. Diese Einstellung verhindert eine realistische Wahrnehmung der tatsächlichen Umweltbedingungen und –probleme des Subkontinents. Zentrale Züge dieser Mentalität tradieren ältere Mythen (wie die Legende des *El Dorado*), die in den letzten Jahrzehnten eine durch wissenschaftliche Verbrämung sehr erfolgreiche Wiederbelebung erfahren haben, wie beispielsweise in allen Versionen der lateinamerikanischen Dependenztheorie (im akademischen Bereich verlor inzwischen diese Theorierichtung jegliche Bedeutsamkeit, hat aber dafür die Gunst der Massen gewinnen können).

Diese Mythen üben eine wichtige soziale Funktion aus: indem sie das kollektive Bewusstsein stärken und ausländischen Akteuren die Hauptverantwortung für alle Ausprägungen von Unter- und Fehlentwicklung zuschreiben, wirken sie in hohem Grade kohäsions- und identitätsstiftend. Eine gesellschaftlich relevante Aufklärung stößt schnell an enge Grenzen, weil die Wahrnehmung natürlicher Ressourcen und ökologischer Phänomene durch einen Filter geschieht, den die Bedürfnisse der nationalen Identität vorschieben. Und eine oft lädierte nationale Identität bedarf einer kompensatorischen Ideologie, welcher die Aufgabe zufällt, den relativen Rückschritt Lateinamerikas auf ungerechte, asymmetrische Beziehungen zwischen dem Subkontinent und jenen reichen Nationen des Nordens zurückzuführen und somit befriedigend zu "erklären". Die Zeugnisse dieser Ideologie tragen die Züge einer sich selbst entlastenden Rechtfertigungslehre, die alle sozialen und historischen Erscheinungen negativer Prägung ursächlich mit einer Intervention des imperialistischen Auslandes verknüpft, so dass die Evolution der lateinamerikanischen Länder fast immer als das passive Ergebnis fremder Verfügungen und Machenschaften erscheint. Diese Ideologie schließt in der Regel eine Missbilligung der machtpolitisch überlegenen metropolitanen Zivilisation des Nordens ein, eine historisch-kulturelle Missbilligung nämlich, die gleichzeitig und paradoxerweise die Imitation technisch-ökonomischer Standards enthält.

Im bolivianischen Fall machte als erster der Philosoph Guillermo Francovich darauf aufmerksam, dass die nationale Identität eng mit dem Mythos des ungeheuren Reichtums des Landes verbunden sei; dieser Reichtum bilde zugleich das riesige Entwicklungspotential Boliviens, das wegen des ausländischen Drucks unausgenützt bleibe (Francovich 1987, 15, 80–89). In weiten Regionen Lateinamerikas ist diese Legende vom Bettler auf dem goldenen Thron noch heute wirksam. Das angeblich riesige Entwicklungspotential lässt Umweltschutzmaßnahmen als unnötig oder als kleinlich erscheinen angesichts der

Größe der Länder und der Fülle natürlicher Ressourcen. Das Ergebnis ist eine Bagatellisierung ressourcenmäßiger Entwicklungshemmnisse und zugleich eine Verharmlosung ökologischer Gefährdungen.

Eine 1996 durchgeführte landesweite, repräsentative Umfrage im Auftrag der bolivianischen Regierung und internationaler Entwicklungshilfeorganisationen legt den Schluss nahe, dass die Umweltschutzthematik keine relevante Priorität unter den Alltagsorgen der bolivianischen Gesellschaft einnimmt. Ökologisch-konservierende Überlegungen sind in der Regel eine Angelegenheit der städtischen Bevölkerung, die einen höheren Bildungsstand besitzt und einen direkteren Zugang zu den Massenmedien hat. Nur 20,5 % der ländlichen Bevölkerung nehmen Schäden an natürlichen Ökosystemen durch Menschenhand wahr; zwischen 69,1 und 76,6 % der ländlichen Bevölkerung zeigen Gleichgültigkeit gegenüber Fragen zum Umweltschutz und zur ökologischer Degradation<sup>25</sup>. Wenn überhaupt "Bedrohungen für die Umwelt" perzipiert werden, dann vor allem als Luft- und Wasserverschmutzung im urbanen Bereich, die von Industrie und Verkehr verursacht werden (56 % der Befragten). Die Brandrodung (10 % der Antworten) und die Abholzung (9 %) spielen bei der Wahrnehmung ökologischer Probleme eine untergeordnete Rolle (vgl. *ibid.*, 114f.). Rund 50 % aller Befragten sind der Meinung, dass die Hauptverantwortung für die Umweltverschmutzung bei den hochindustrialisierten Ländern liegt, welche dann die erforderlichen Maßnahmen zur Bewahrung der Ökosysteme ergreifen sollten (vgl. *ibid.*, 115). Die Studie kommt zu dem Schluss, dass das ökologische Hauptproblem Boliviens, die Desertifikation, das kollektive Bewusstsein des Landes nur sehr schwach berührt (vgl. *ibid.*, 115, 138). Außer in Argentinien, Chile und Uruguay dürfte in den anderen lateinamerikanischen Ländern die Haltung der Gesellschaft zu diesen Fragen ähnlich sein.

In Mexiko hat diese Problematik mit einer bestimmten kulturellen Überlieferung und einer tradierten Mentalität zu tun, die sich gegenüber technisch-ökonomischen Umwandlungen als ziemlich resistent erwiesen hat. Eine auf Umfragen und anderen empirischen Daten basierende anthropologische Arbeit kommt zu dem Schluss, dass a) die meisten Mexikaner naiverweise glauben, in Harmonie mit einer weitgehend unberührten Natur zu leben, b) dass Wälder und Bäume Hemmnisse für die rasche Modernisierung darstellen und c) dass der Zentralstaat für die Lösung aller Probleme – wenn es solche in

---

25 Calderón/Toranzo Roca 1996, 200; vgl. auch 113–120 (Die Untersuchung wurde von den Vereinten Nationen und der Friedrich-Ebert-Stiftung unterstützt).

ökologischer Hinsicht geben sollte – zuständig ist<sup>26</sup>. Dies hat gewiss mit der heute noch wirksamen traditionellen politischen Kultur zu tun, die paternalistisch und zugleich streng zentralistisch ausgerichtet ist.

Eine andere allgemeine Einstellung besteht darin, die Verantwortung für ökologische Schäden immer bei anderen Akteuren zu erblicken; die eigene Verantwortung gegenüber der Umwelt wird entweder minimisiert oder gänzlich negiert. So erklärte zum Beispiel der Interessenverband der Holzindustriellen Boliviens, dass die endlich eingestandene Zerstörung der tropischen Regenwälder ausschließlich auf das Tun bäuerlicher Einzelsiedler zurückzuführen sei; insbesondere die Bauern, die Koka anpflanzen, trügen die größte Verantwortung für Waldbrand und –rodung<sup>27</sup>.

---

26 Vgl. Gates, 1998 (mit bezeichnenden Zeugnissen der interviewten Personen über deren prinzipiell verachtende Haltung in bezug auf Wälder und Bäume).

27 Colonización e informalidad están destruyendo los bosques del país [Interview mit Juan Abuawad Chahuan, dem Vorsitzenden der Cámara Nacional Forestal]. In: *La Razón Forestal* (La Paz), 21.7.1995, Jg. 1, Nr. 27: 3. Nach Kohlhepp (Kohlhepp 1998, 53) sind an der jetzigen Waldvernichtung die Agrarkolonisation zu etwa 50 %, die Rinderweidewirtschaft (samt Agrobusiness) zu 40 % sowie die Industrie, das städtische Wachstum und die Holzwirtschaft zu 10 % beteiligt.



## V. Umwelt als ein Thema, das von außen kam

Das ökologische Bewusstsein Lateinamerikas<sup>28</sup> hat mehrere Phasen durchlaufen. Diese Entwicklung lässt sich am zweckmäßigsten an den drei Hauptetappen des brasilianischen Falles darstellen, dessen Bedeutsamkeit auf folgenden Gründen beruht<sup>29</sup>.

- Die Größe der dortigen Umweltprobleme weist eine über die Landesgrenzen hinausreichende Relevanz auf;
- die brasilianische Gesetzgebung in Sachen Umweltschutz gilt als die detaillierteste und fortschrittlichste in ganz Lateinamerika und wird oft in anderen Staaten nachgeahmt;
- die Vernichtung wichtigster Ökosysteme geht paradoxerweise trotz aller ökologisch-konservierenden und gesetzlichen Verfügungen rapide weiter;
- die modernen Funktionsebenen (samt dem Gros der Bevölkerung) hegen eine weitgehende Gleichgültigkeit gegenüber ökologischen Problemen, an der sich im Laufe der Jahrzehnte wenig geändert hat.

1. Man kann ohne weiteres behaupten, dass in Brasilien – und eigentlich in ganz Lateinamerika – bis etwa 1972 (Stockholmer Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung und Veröffentlichung des folgenreichen Werkes von Meadows *et al.*: *The Limits to Growth*) kein sozial relevantes Bewusstsein über Umweltprobleme existiert hat. Fortschritt, Entwicklung und Wachstum waren die nie in Frage gestellten Leitwerte, die von allen gesellschaftlichen Schichten und allen politisch-ideologischen Richtungen gleichermassen geteilt wurden. Die Thematik und die lauen Anregungen der Stockholmer Konferenz wurden in Brasilien als imperialistische Kniffe oder zumindest als imperialismusfreundliche Theorien aufgefasst, die eine akzelerierte Entwicklung des Landes zur Schwerindustrie und zur Vollmodernisierung erschweren sollten. Die von den Vertretern der metropolitanen Regierungen geforderten oder auch nur empfohlenen Umweltschutzaufgaben für das ökonomische Leben wurden durchweg als politische – und deshalb als unerträgliche – Einmischungen in den nationalen Entwicklungsplan angesehen. Die ehrgeizigen Entwicklungsziele des damaligen rechtsgerichteten Militärregimes (1964–1985), das in bester lateinamerikanischer Überlieferung Privateigentum an den Produktionsmitteln mit staatlicher Wirtschaftsregulierung und populistischer Kultur verband, umfassten Großprojekte (Schwerindustrie, Petrochemie, Erschließung neuer Agrarflächen,

---

28 Über die Vorgeschichte, die heutige Komplexität und die unvermeidliche Widersprüchlichkeit der ökologiefreundlichen Bewegungen Lateinamerikas vgl. die informativen Aufsätze des bekannten uruguayischen Sozialökologen Gudynas 1995 und 1992.

29 Vgl. dazu: Cardoso/Müller 1977; Redclift 1984; und das sehr aufschlussreiche Werk von Mahar 1989.

Eisenerzförderung und Bau von Staudämmen), die sich als besonders ökologiefreundlich erwiesen. Wegen der Dringlichkeit, die alle Bevölkerungssektoren diesen Großprojekten zuschrieben, konnten in diesem Zusammenhang Umweltauflagen nur als perverse und von außen kommende ("imperialistische") Beeinträchtigungen einer allgemein gutgeheißenen Entwicklungsstrategie wahrgenommen werden (Viola/Leis 1992<sup>1</sup>).

Bei der Stockholmer Konferenz und bei vielen anschließenden internationalen Zusammenkünften zeichneten sich die brasilianischen Vertreter als besonders eifrige und geschickte Gegner von jeglichem Umweltschutz aus; die konservative brasilianische Position wurde damals vorbehaltlos von der Volksrepublik China, mehreren Ländern des damaligen Ostblocks, der Militärregierung Argentiniens, dem reformistischen Regime Perus sowie von zahlreichen arabischen und schwarzafrikanischen Staaten unterstützt. Sie schloss einige Grundprinzipien ein, denen nicht nur rechtsgerichtete Regierungen bis heute huldigen:

- Wachstum hat Vorrang vor Naturerhaltung;
- Nationale Souveränität erlaubt keine Einmischung von außen, auch nicht unter dem Vorwand ökologischer Sorge;
- das angebliche "Interesse der Menschheit" an der Erhaltung des tropischen Regenwaldes ist eine neue Form wirtschaftlicher Ausbeutung und politischer Bevormundung;
- die eigentlichen Triebkräfte der Umweltzerstörung auf Weltebene sind die großen Industrienationen des Westens, die deshalb für alle Kosten des Umweltschutzes aufzukommen haben<sup>30</sup>.

Es war jene glückliche Zeit, in der optimistische Meinungen zur künftigen Entwicklung stark verbreitet waren und oft einen *quasi*-obligatorischen Charakter annahmen<sup>31</sup>. Heutzutage hat Lateinamerika mehrere ökologische Katastrophen und einige Nachteile des ungestümen Bevölkerungswachstums erfahren, aber die Faszination dieser Entwicklungsziele ist immer noch lebendig. Trotz aller Fortschritte des kritischen Bewusstseins im allgemeinen und des ökologiefreundlichen Denkens im besonderen sind bis heute diese Grundsätze in Lateinamerika ziemlich beliebt, obwohl sie im akademischen Bereich auf wachsenden

---

30 Vgl. zwei gleichlautende brasilianische Zeugnisse aus entgegengesetzten Positionen des politisch-ideologischen Spektrums: Ozorio de Almeida 1973 und Castro 1973. Zur Darstellung und Kritik dieser frühen brasilianischen Position (und der ökologisch-demographischen Diskussion in der Dritten Welt 1950-1973) vgl. Laulan 1974.

31 In ganz Lateinamerika stark verbreitete Losungen lauteten etwa so: "Die Zukunft Lateinamerikas ist glänzend"; "Natürliche Ressourcen sind so gut wie unerschöpflich"; "Die menschliche Fähigkeit, Lösungen auszudenken, ist unbegrenzt"; "Die Geschichte stellt uns nur vor Probleme, die wir immer lösen können"; "Ein schneller Bevölkerungszuwachs ist ein Segen für jede Nation"; "Nur die müden Völker des Nordens sind gegen den weltweiten Fortschritt"; usw. usf.

Widerstand stoßen.

2. Trotz dieser anhaltenden Ablehnung ökologisch-konservierender Prinzipien lässt sich ab 1972 in Brasilien (und später in anderen lateinamerikanischen Ländern) ein beginnendes Bewusstsein hinsichtlich Umweltfragen feststellen, das zunächst auf das intellektuelle und universitäre Milieu beschränkt blieb. 1973 wurde beim brasilianischen Innenministerium ein kleines Staatssekretariat für Umweltfragen eingerichtet; nach und nach entstanden private Institutionen zur Erforschung größerer Umweltschäden und staatliche Ämter zur Kontrolle besonders gravierender Fälle von Umweltverschmutzung. 1975 nahm eine Kampagne gegen den Bau von Atomkraftwerken Gestalt an, die zwar bis heute nur sehr bescheidene praktische Ergebnisse erzielen konnte, aber zweifellos zur Bildung eines breiteren Umweltbewusstseins beitrug. Das Gleiche kann man von der Bewegung gegen die Rodung des tropischen Regenwaldes behaupten, die um 1978 ihren Anfang nahm. Ab 1980 sind unzählige Nichtregierungs-Organisationen (NGOs) gegründet worden, die, meist mit ausländischer Finanzierung versehen, die Analyse der schlimmsten Umweltschäden in Angriff nahmen und mehrere Kampagnen zur Aufklärung der Bevölkerung über ökologische Fragen initiierten. Zugleich wurden an den Universitäten zahlreiche Lehrstühle eingerichtet, die sich auf die eine oder andere Weise auch mit ökologischen Fragen auseinandersetzten<sup>32</sup>. Schließlich sind ab 1990 auf Bundesebene und in einigen südlichen Bundesstaaten politische Parteien entstanden, deren Programmatik die Durchführung eines energischen Umweltschutzes und insbesondere die Sicherung des noch verbleibenden Regenwaldes vorsieht. Im Bundesparlament gibt es seit 1988 eine lose Abgeordnetengruppe, deren Mitglieder aus diversen Parteien stammen, die sich der "Verteidigung gefährdeter Ökosysteme" angenommen hat<sup>33</sup>. Rückblickend kann man sagen, dass die sehr moderne brasilianische Umweltgesetzgebung (vgl. Cunha/Siqueira Bertucci 1996<sup>1</sup>) teilweise auf das Wirken dieser Gruppe zurückgeht. Es ist bemerkenswert, dass fast alle Organisationen und Parteien, die sich dem Umweltschutz verschrieben haben, im Süden Brasiliens ihren Sitz haben, wo sich Umweltschäden in Grenzen halten; ihre Mitglieder und Sympathisanten sind in der Regel Menschen mit universitärer Ausbildung und überdurchschnittlichem Einkommen. Diesen Institutionen und Parteien ist es bis heute nicht gelungen, größere Bevölkerungssektoren für ihre Zielsetzungen zu mobilisieren, vor allem nicht in den Staaten des Nordens und des Amazonas-Beckens, wo die schlimmsten Umweltschäden zu verzeichnen sind.

---

32 Über die NGOs vgl. Ros Filho 1994; über die Universitätsforschung vgl. Guimarães 1989; Costa 1979.

33 Ausführlich dazu und über die Beziehungen zwischen den neuen sozialen Bewegungen und dem Umweltschutz: Viola 1992<sup>2</sup>.

"In der Praxis hatten diese Organisationen wenig Erfolg beim Verhindern der Umweltzerstörung" (Jacobi/Demajorovic 1997, 59).

3. Die Abhaltung des von den Vereinten Nationen veranstalteten *Earth Summit* in Rio de Janeiro 1992 gab diesen Institutionen und Bestrebungen einen gewissen Auftrieb, vor allem in den Monaten vor dem Gipfeltreffen<sup>34</sup>. Mit dem Ende der Konferenz ging bei den Massenmedien die Beschäftigung mit ökologischen Problemen stark zurück; damit verschwand auch die Möglichkeit, breitere soziale Schichten für diese Thematik dauerhaft zu gewinnen. Seit dem Rio-Gipfel lässt sich bei Berufsverbänden, Kulturvereinen, politischen Parteien und Gewerkschaften sowie bei der hohen Staatsbürokratie ein abnehmendes Interesse an ökologischen Fragestellungen konstatieren. Die Regierung von Staatspräsident Fernando Henrique Cardoso (seit 1994 im Amt, wiedergewählt im Oktober 1998) hat von Anfang an – trotz einer glänzenden ökologiefreundlichen Rhetorik – einen fehlenden politischen Willen gezeigt, den Umweltschutz ernst zu nehmen; sie vermeidet zum Beispiel systematisch jegliche Entscheidung, die einen effektiven Schutz der tropischen Regenwälder bewirken würde. Sie weicht vor jeder Maßnahme zurück, die kurzfristig als unpopulär gelten könnte, unter anderem weil sie ein ehrgeiziges und relativ erfolgreiches Reformprogramm auf ökonomischem Gebiet verfolgt (Privatisierung der Staatsbetriebe, Eindämmung der chronisch hohen Inflationsrate, Einführung einer liberalen Gesamtkonzeption in verwaltungsrechtlicher und wirtschaftlicher Hinsicht), ein Programm, das nicht durch nebensächliche Probleme (wie eben Umweltfragen zu sein pflegen) belastet bzw. beeinträchtigt werden soll. Deshalb hat die Regierung die Tätigkeit des 1992 ins Leben gerufenen "Interministeriellen Ausschusses für nachhaltige Entwicklung" (*Comissão Interministerial para o desenvolvimento sustentável = CIDES*)<sup>35</sup> weitgehend eingefroren, zumal das umstrittene Amazonas-Becken gleichzeitig den Schauplatz des künftigen großen Geschäfts in Sachen Bergbau, Erdöl, Viehzucht und Papierherstellung darstellt, der schnell erschlossen und nicht gerade geschützt werden sollte<sup>36</sup>. Im Grunde praktiziert die brasilianische Regierung ein zwiespältiges, aber in ganz Lateinamerika verbreitetes Verhalten: einerseits leistet sie ein stetes und bisweilen lautes Bekenntnis zum Umweltschutz, andererseits unternimmt sie *in praxi* nichts Entscheidendes gegen die wichtigsten Akteure der ökologischen Zerstörung, wie die großen Unternehmer von Viehzucht, Erzförderung und Holzindustrie und die gewaltigen

---

34 Vgl. den ausführlichen und kenntnisreichen Aufsatz über diese Thematik: Viola 1998.

35 Vgl. dazu: Cordani/Marcovitch/Salati 1997; Ferreira/Viola 1996; und vor allem den kritischen und gut dokumentierten Band: Leroy/Drager Maia/Guimarães 1997.

36 Über die komplexen Tatbestände, die mit dieser Thematik verbunden sind ("Machtkampf" um das Amazonas-Becken, divergierende Interessen der Großmächte, finanzielle Aspekte, Streitereien unter den zahlreichen NGOs), vgl. D'Incao/Silveira 1994; Fatheuer 1994; Lins Ribeiro/Little 1998.

Massen landloser Bauern. Demgemäß drücken die zuständigen Behörden beide Augen zu, wenn Industriebetriebe die bestehenden Normen überschreiten und Ökosysteme beschädigen oder wenn die strikte Einhaltung der vorhandenen Gesetze die Ausdehnung der Agrargrenze und die Inwertsetzung natürlicher Ressourcen einschränken könnte (vgl. Jacobi/Demajorovic 1997, 57). Der Staat finanziert zwar – und recht großzügig – zahlreiche private und halbamtliche Institutionen, die sich mit ökologischen Problemen beschäftigen, hält aber zugleich diese Organisationen für naiv in bezug auf das komplexe Verhältnis von Industrie und Umwelt und ignoriert deren Expertisen und Empfehlungen.

Laut einer brasilianischen Umfrage vom Januar 1997 ist die Bevölkerung im allgemeinen sehr schlecht informiert über die größten Umweltschäden; die übergroße Mehrheit der Brasilianer hat nie etwas über die Verwüstung tropischer Böden, den Treibhauseffekt, den Verlust der Biodiversität und noch weniger über die Agenda 21 und die Themata des Rio-Gipfels von 1992 erfahren. Aber dieselbe Umfrage lässt ebenfalls eine erstaunliche kollektive Meinung hervortreten: zwei Drittel der Befragten sind nicht bereit, Wirtschaftswachstum und Arbeitsplatzbeschaffung um jeden Preis anzunehmen, vor allem nicht im Austausch gegen die totale Zerstörung der Natur. Die Bereitschaft, natürliche Ökosysteme auch auf Kosten des eigenen Arbeitsplatzes zu bewahren, erhöht sich jedoch signifikant mit einem besseren Niveau von Erziehung und Einkommen (Zitiert in: *ibid.*, 66). Es ist natürlich denkbar, dass diese ökologiefreundliche Stellungnahme einen mehr rhetorischen Charakter besitzt, insofern sie geäußert wurde, um dem vermuteten Grundkonzept des Befragers und einer modischen Tendenz zu genügen; sie deutet aber zugleich darauf hin, dass eine gut informierte Bevölkerung zu einem vernünftigen Verständnis ökologischer Probleme gelangen kann.

In Mexiko (und in anderen Ländern) lässt sich ein ähnliches Schema von a) anfänglicher Missachtung, b) anschließendem Interesse und c) letztendlicher Ernüchterung bei der Bildung des kollektiven Ökologiebewusstseins konstatieren. Im Gegensatz zu Brasilien fehlt in Mexiko das eine große Thema, das eine Bevölkerungsgruppe unmittelbar berührt, wie etwa die Vernichtung des Regenwaldes in Brasilien die dortigen Tiefland-Indianer existentiell bedroht. Dafür steht Mexiko vielen gravierenden Problemen gegenüber, unter denen chronische Fälle schwerster Luft- und Wasserverschmutzung durch Industrieabfälle, Versteppung und Erodieren von Agrarböden, ausgedehnte Landschaftsdegradierung durch die Erdölförderung und massive Verminderung der Lebensqualität im urbanen Bereich hervorzuheben sind. Mexiko-Stadt ist bekanntlich die größte urbane Siedlung der Welt (25–30 Millionen Einwohner?), und gleichzeitig die Stadt, wo vermutlich die Luft am giftigsten, der Lärm am

lautesten, die Müllberge am höchsten und die Verkehrsstauungen am schlimmsten sind (vgl. Ezcurra 1990).

Diese problematischen Aspekte sind gewiss nicht neu; einige davon lassen sich, zumindest teilweise, auf den ersten Industrialisierungsschub von 1930–1940 zurückführen, der auch mit einem beachtlichen Verstärkerprozess einherging<sup>37</sup>. Die gewaltige industrielle Entfaltung des Landes (1950–1970), beachtliche Erfolge bei Erziehung, Bildung, Wohnungsbau und Gesundheitsfürsorge sowie das Aufblühen der Erdölindustrie (ab 1978) ließen ökologische und verwandte Sorgen in den Hintergrund treten; die Folgen des enormen Bevölkerungswachstums und der chaotischen Verstärker sind erst viel später Gegenstand öffentlicher Diskussion geworden. 1982 begann die Schuldenkrise, und die mit ihr verbundene Schrumpfung der Wirtschaftsleistung samt Arbeitslosigkeit ließ andere Probleme in den Vordergrund treten. Schließlich muss man darauf hinweisen, dass bis mindestens 1980 das intellektuelle Klima des Landes von marxistischen, anti-imperialistischen und dependenztheoretischen Denkbildern stark beeinflusst wurde; die daraus resultierenden positiv besetzten Vorstellungen im Hinblick auf alles, was mit Technik, Industrie, Urbanisierungsprozess und Naturerschließung zusammenhing, erklären zum Teil das relativ späte Interesse der mexikanischen Gesellschaft an ökologischen Fragestellungen<sup>38</sup>.

Ab 1982 lassen sich Anzeichen dafür erkennen, dass sowohl die Staatsbürokratie als auch die Zivilgesellschaft den Umweltphänomenen mehr Aufmerksamkeit schenkten. In diesem Jahr wurde das Ministerium für Stadtentwicklung und Ökologie (*Secretaría de Desarrollo Urbano y Ecología*) gegründet, das allerdings in den nächsten Jahren wiederholt und heftig beschuldigt wurde, die ökologisch unhaltbare Lage von Mexiko Stadt nicht einmal richtig zu verstehen, das große Erdbeben von 1985 nicht vorausgesagt zu haben (!) und in großem Maße Ämterpatronage – wie jede beliebige Behörde – zu betreiben. Das Ministerium, das ohnehin mehr mit konventioneller Stadtplanung denn mit Umwelt zu tun hatte, wurde 1992 in das Ministerium für Sozialentwicklung (*Secretaría de Desarrollo Social*) umgewandelt, das sich noch weniger mit ökologischen Fragestellungen beschäftigt und dafür mehr mit den immer bedrohlicher werdenden sozialen Problemen des Landes (vgl. Mumme 1992). Demgegenüber muss man darauf aufmerksam machen, dass 1988 das "Gesetz des ökologischen Gleichgewichts und des Umweltschutzes" (*Ley General de Equilibrio Ecológico y Protección al Medio Ambiente*) verabschiedet wurde.

---

37 Für die ersten Etappen des ökologischen Bewusstseins in Mexiko vgl. das Standardwerk: López Portillo y Ramos 1982; einige interessante Angaben in: Simonian 1995.

38 Einige weiterführende Angaben in: Barkin 1990; Mumme/Bath/Assetto 1990.



Das Gesetzeswerk spiegelt getreu die Vorstellung von Regierung und Wirtschaft in bezug auf Entwicklung und Umwelt wider. Eingangs findet man ein rhetorisches Bekenntnis zur "Bewahrung, Wiederherstellung und Besserung" natürlicher Ökosysteme; es wird explizit anerkannt, dass die ökonomische Modernisierung und der zunehmende Bevölkerungsdruck zur Umweltbeeinträchtigung führen können (vgl. *Secretaría de Gobernación* 1988, 33). Andererseits – und das ist bei weitem der längere und wichtigere Teil des Textes – geht das Gesetz ausdrücklich davon aus, dass Industrialisierung und Verstädterung wesentlich zur Erhöhung der Lebensqualität beitragen und dass kontinuierliches Wirtschaftswachstum unerlässlich sei, um Nahrung, Beschäftigung und Wohnung für die Bevölkerungsmehrheit zu sichern. Umweltschutz sei zwar geboten, er dürfe jedoch keine Produktionsprozesse unterbrechen oder übermäßig einschränken (vgl. *ibid.*, 15). Kommentare dazu sind überflüssig, zumal sich die tägliche Praxis des mexikanischen Umweltschutzes durch extreme Bescheidenheit auszeichnet.

Der Beitritt zum *North American Free Trade Agreement* (Nordamerikanische Freihandelszone = NAFTA) [1994] und die damit einhergehende Illusion, endlich der Ersten Welt anzugehören, brachten einen erneuten Modernisierungsschub hervor, diesmal neoliberalen Zuschnitts. Wegen des nordamerikanischen Drucks kümmerte sich die Regierung eine Zeitlang darum, die schlimmsten Fälle von Wasser- und Luftverschmutzung im urbanen Bereich zu beheben. Neue Naturreservate wurden eingerichtet. Es gibt Anzeichen dafür, dass diese Maßnahmen nur dem Zweck dienten, dem Land ein modernes ökologisches Image zu verleihen und so Auslandsinvestitionen zu erleichtern (Mumme 1994; Goldrich/Carruthers 1992). Seit etwa 1988 hat das Land zweifellos Fortschritte in Sachen Umweltschutz erzielt, vor allem bei der Gesetzgebung, der Einrichtung entsprechender Behörden und der wissenschaftlichen Erforschung dieser Probleme. Aber die sozioökonomische Entwicklung seit der Schuldenkrise hat einfach andere Akzente gesetzt: die immer noch sehr hohe demographische Zuwachsrates, die zunehmende Arbeitslosigkeit, das Ausbleiben erwarteter Auslandsinvestitionen, das Erstarken der Oppositionsparteien, die immer lauter werdenden Forderungen der unterprivilegierten Schichten, der Ausbruch des gewaltsamen Guerilla-Krieges (in den Bundesstaaten Chiapas und Guerrero) und die steigende Kriminalität stellen sämtlich Faktoren soziopolitischer Dringlichkeit dar, die ökologisch-konservierende Sorgen in den Hintergrund drängen. 1992 zeigte die Regierung zum Beispiel keine vernehmbare Begeisterung beim Rio-Gipfel und ließ auch danach keine schöpferische Initiative erkennen. Ein wacheres öffentliches Bewusstsein bezüglich ökologischer Angelegenheiten ist zwar vorhanden (vor allem bei

Intellektuellen und Akademikern), geht aber zugleich mit einer skeptischen und illusionslosen Grundhaltung einher<sup>39</sup>. Damit war die Phase der Ernüchterung eingeleitet.

Die mexikanische Realität schließt immer noch die tägliche Schädigung wichtiger Ökosysteme, die Verunreinigung von Luft und Wasser, das Erodieren der Böden und die Zerstörung der Wälder (in den südöstlichen Bundesstaaten) ein. Die Umweltgesetze bleiben weiterhin in Kraft, werden aber unvollständig befolgt. Die größten Umweltschäden der mexikanischen Geschichte finden jetzt sozusagen vor den Augen einer wachen, aber ohnmächtigen Öffentlichkeit statt. Die pessimistische Einstellung von Gates (1998, 156) beschreibt diesen Sachverhalt genau:

However, the gap between environmental policy and practice remains vast. An incompatibility with cultural mores, social structural conditions, fiscal austerity, and other contradictions in the political economic context militate against enforcement of and compliance with regulations and enduring changes in attitudes to natural resources exploitation.

Argentinien und Uruguay<sup>40</sup> – Chile könnte man ebenfalls dazuzählen – bringen andere Voraussetzungen sowohl für den Umgang mit der Umwelt als auch für die Bildung des ökologischen Bewusstseins ein, obwohl in bezug auf letzteres das Endergebnis ähnlich ausfällt wie das von Brasilien und Mexiko. Alle drei Länder befinden sich in der eher gemäßigten Klimazone; nur die nordöstlichen Provinzen Argentiniens verfügen über besonders fragile und gefährdete tropische Regenwälder. Die ausgesprochen erosionsanfällige und extrem dünne Humusschicht tropischer Böden ist in diesen Ländern relativ selten anzutreffen. Die große uruguayische Ebene, die argentinischen *pampas* und Mittelchile können ausgezeichnete, widerstandsfähige und fruchtbare Agrarböden vorweisen, deren Humusschicht sehr tief reicht. In diesen Regionen begann schon in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ein beachtlicher Modernisierungs- und Verstärkerungsprozess, nicht zuletzt wegen der starken Einwanderungsströme europäischer Herkunft. Historisch-kulturelle Faktoren haben dazu beigetragen, dass sich die demographische Wachstumsrate niedriger gestaltete, dass die Integration unterer Gesellschaftsschichten früher und besser gelang und dass das Erziehungsniveau höher lag als in den anderen Ländern des Subkontinents. Die allmähliche Entstehung einer bemerkenswerten Industriestruktur und ein nur

---

39 Über die Schwierigkeiten, eine angemessene Umwelterziehung bei Schülern und Studenten zu verbreiten, vgl. den Aufsatz des bekannten mexikanischen Biologen Meza Aguilar 1992.

40 Für Argentinien vgl. Morán 1997; für Uruguay vgl. Gudynas 1996<sup>1</sup>.

gemäßigter Zuwachs der ländlichen Bevölkerung haben in diesen Ländern die Notwendigkeit einer steten Ausdehnung der Agrargrenze merklich gedämpft; dadurch wurden auch die riesigen, in anderen lateinamerikanischen Nationen beobachtbaren Binnenwanderungen beträchtlich abgeschwächt. Die ältere und langsamere Urbanisierung vermied die Entstehung riesiger, chaotischer und umweltfeindlicher Agglomerationen in einer sehr kurzen Zeitspanne (wie beispielsweise in Mexiko und Brasilien), so dass extreme Umweltbeeinträchtigungen – außer der *smog*-Bildung in Santiago de Chile – in Vergleich etwa zu Mexiko-Stadt, São Paulo, Lima oder Santafé de Bogotá verhältnismäßig selten auftreten und die durchschnittliche Lebensqualität eindeutig höher ist als in vergleichbaren lateinamerikanischen Großstädten.

Aus diesen Gründen entstand in diesen Ländern relativ früh ein wacheres Interesse für Umweltfragen und eine regere akademische Diskussion, die freilich das tatsächliche Verhalten der Wirtschaftseliten und die Orientierungsnormen der Staatsbürokratie kaum berührt haben dürften. Aber diese Atmosphäre vermochte, etwa im Gegensatz zu Brasilien, das angeführte Drei-Etappen-Schema abschwächend zu gestalten. Im Klartext: die Abneigung gegenüber ökologischen Fragestellungen war am Anfang nicht so virulent, in der Zwischenzeit schien die entsprechende Begeisterung gemäßigter zu sein, und die Desillusionierung nach 1992 hält sich in Grenzen. Eine distanzierte, aber nicht feindselige Einstellung im Hinblick auf das gesamte Phänomen Umwelt stellt vielleicht die grundlegende gesellschaftliche Haltung in Argentinien und Uruguay dar. Oder anders gesagt: eingangs nahmen der Staat und die Wirtschaft keineswegs ein so militantes anti-ökologisches Verhalten an wie in Brasilien, um 1992 gab es amtlicherseits keine so begeisterte Übernahme der Theorie der nachhaltigen Entwicklung wie etwa in Bolivien, und in der Gegenwart diskutiert man immer noch mit einem behutsamen Interesse die schlimmsten Umweltschäden samt verwandten Begleiterscheinungen (wie beispielsweise Korruption der zuständigen Behörden), wobei man *in praxi* bescheidene, aber solide Erfolge verzeichnen kann.

## VI. Vorbehalte gegenüber zu viel Umweltschutz

Lateinamerikanische Staatsbürokratien und Regierungseliten befinden sich in dem ständigen Dilemma, den zeitgenössischen Bestrebungen um Bewahrung der Ökosysteme zu genügen und gleichzeitig Strategien zu entwerfen, die dem akzelerierten Wirtschaftswachstum förderlich sind. Ein gutes Beispiel dafür ist der sog. Amazonas-Pakt (*Tratado de Cooperación Amazónica* = Kooperationsvertrag für das amazonische Gebiet), der im Juli 1978 von Bolivien, Brasilien, Ekuador, Guyana, Kolumbien, Peru, Surinam und Venezuela gebildet wurde. Diese Organisation verfügt seit 1991 über eine "Amazonische Kommission für Entwicklung und Umwelt", die sehr klar die Position der meisten Regierungen und übernationalen Institutionen zu ökologischen Fragestellungen wiedergibt und zugleich eine der bekanntesten Versionen der Theorie der nachhaltigen Entwicklung hervorgebracht hat<sup>41</sup>.

Die Kommission, die von der Interamerikanischen Entwicklungsbank und den Vereinten Nationen fachkundig unterstützt wurde, gibt zunächst all die negativen Phänomene zu, die im Amazonas-Becken von Menschenhand verursacht wurden. Als besonders krasse Beispiele führt sie die Verwüstung ausgedehnter Regionen, die Vernichtung der Urwaldethnien und die Zerstörung des Regenwaldes (800.000 km<sup>2</sup>) an<sup>42</sup>. Nach dieser heute unerlässlichen Pflichtübung geht sie sofort dazu über, die Erfordernisse der Gegenwart und der Zukunft ausführlich darzulegen, die sich erwartungsgemäß als eine robuste, allseitige und dauerhafte Entwicklung beschreiben lassen. Um sie zu erreichen, müssen zuerst – glaubt die Kommission – die angeblichen Mythen und Legenden über Amazonien entlarvt werden. Zusammenfassend lautet die diesbezügliche Argumentation wie folgt: Das Amazonas-Becken ist keineswegs ein menschenleeres Gebiet, wo sich natürliche Kreisläufe ohne menschliches Tun entfalten können; seit unvordenklichen Zeiten stellt diese Region das Habitat mehrerer indianischer Kulturen dar, die selbstredend die Natur alltäglich ausbeuten, weil sie *qua* Menschen ein Recht dazu haben. Das Amazonas-Becken ist weder eine isolierte Naturinsel, die als solche unberührt zu erhalten sei, noch die Lunge des Planeten, die für die Regeneration des atmosphärischen Sauerstoffes als unentbehrlich erscheine (vgl. *ibid.*, 26f., 38f., 45f., 96f.).

Die Kommission benennt eine lange Reihe von Behörden und Gesetzen, die sich in den Mitgliedstaaten mit dem Umweltschutz beschäftigen. Nach bester

---

41 Der Kommission gehörten namhafte Persönlichkeiten des südamerikanischen öffentlichen Lebens an, darunter mehrere ehemalige Staatspräsidenten, ein früherer Generalsekretär der Vereinten Nationen, ein Literatur-Nobelpreisträger und ein ehemaliger Generalsekretär des *British Commonwealth*.

42 Vgl. *Comisión Amazónica de Desarrollo y Medio Ambiente; Banco Interamericano de Desarrollo; PNUD* 1994, 40, 83ff., 141ff.

bürokratischer Manier unterstellt sie, dass die schiere Existenz von Institutionen und Regelungen eine gelungene und langfristig vernünftige Protektion bedrohter Ökosysteme bedeutet (vgl. *ibid.*, 224–235). Und ebenfalls gemäß der üblichen administrativ-bürokratischen Logik fordert sie "eine neue Wirtschaftsstrategie", um die Ressourcen besser zu nutzen. Dazu gehören symptomatischerweise Faktoren wie mehr Planung, eine effektivere Raumerschließung, eine modernere Verwaltung, eine größere Bevölkerung und eine intensivere Anwendung modernster Technologien (vgl. *ibid.*, 171–178, 183–208). Die Kommission spricht sich ausdrücklich für eine "nachhaltige Entwicklung nach amazonischen Maßstäben" (*ibid.*, 160) aus; diese soll darin bestehen, Holzressourcen stärker zu beanspruchen, das Tier- und Pflanzenreich ökonomisch zu verwerten, die Biodiversität für den Aufbau einer eigenen Nahrungs- und Pharmaindustrie zu nutzen und das Straßennetz energisch auszubauen (vgl. *ibid.*, 171–186). Für die Kommission ist nachhaltige Entwicklung eine langfristig rationale – d.h.: keine kurzfristige und traditionell räuberische – Inanspruchnahme tropischer Ressourcen und Gebiete. Zur ökonomischen Potenzierung der Paktstaaten soll das Amazonas-Becken endlich den von ihm erwarteten Beitrag leisten.

Die Vorbehalte im Hinblick auf ein angebliches "Zuviel" am Umweltschutz lassen sich leicht am bolivianischen Beispiel erläutern. Aufschlussreich ist in diesem Kontext ein Leitartikel einer unternehmerfreundlichen Tageszeitung in Bolivien: es sei zwar vernünftig, sich um die Bewahrung von Naturkreisläufen zu kümmern und sogar Naturreservate zu errichten, aber diese Sorge um die Ökosysteme dürfe weder das wirtschaftliche Wachstum beeinträchtigen noch die Erschließung neuer Ressourcen behindern noch den Bau neuer Straßen verzögern. Ökonomie habe letztendlich einen klaren Vorrang vor Ökologie<sup>43</sup>. In bolivianischen Regierungskreisen gab es 1992 erhebliche Vorbehalte gegen den Rio-Gipfel. Der Direktor der Forstbehörde gab die bei den Eliten vorhandene Stimmung wieder, als er erläuterte, dass sich die Umweltschäden in Bolivien in engen Grenzen hielten, die Holzindustrie sich erst in ihren Anfängen befinde und die Erschließung tropischer Regionen sehr zu wünschen übrig lasse. Ohnehin trügen die nördlichen Industrieländer die alleinige Verantwortung für alle größeren ökologischen Ungleichgewichte auf Weltebene; sie müssten deswegen für alle Kosten aufkommen, die der Umweltschutz mit sich bringe. In der jetzigen Wirtschaftskonjunktur seien die Entwicklungsländer dazu gezwungen, auf alle exportierbaren Ressourcen zurückzugreifen, darunter Edelhölzer und Holzprodukte. Die grundsätzliche Verhaltensregel sei eindeutig und unumstritten:

---

43 Vgl. *Ecología sí, ecolatría no*. In: *La Razón* (La Paz), 24.3.1996, A 5.

die Wirtschaftsentfaltung habe einen klaren Vorrang vor ökologischen Sorgen<sup>44</sup>. Bezeichnend und geradezu typisch für die Position der hohen Staatsbürokratie in ganz Lateinamerika sind die Worte des ehemaligen uruguayischen Ministers für Raumordnung und Umwelt (1993), der dafür eintrat, einen Kompromiss zwischen den "Interessen der Produktion" und der Erhaltung mancher Ökosysteme auszuarbeiten; die immer möglichst "harmonische Lösung dieses Konflikts" dürfe natürlich die Erfordernisse des wirtschaftlichen Fortschritts nicht beeinträchtigen<sup>45</sup>.

In den letzten zehn Jahren ist in Lateinamerika eine hohe Anzahl staatlicher und privater Institutionen gegründet worden, die sich mit ökologischen Phänomenen beschäftigen und Forschungsprojekte über Umweltprobleme betreiben<sup>46</sup>. In Bolivien gibt es zum Beispiel seit dem 27. April 1992 (Gesetz 1333) in jedem Departement (Provinz) der Republik einen Rat für Umweltfragen (*Consejo Departamental del Medio Ambiente*), dem von Amts wegen folgende Persönlichkeiten angehören: der Präfekt des jeweiligen Departements, der Rektor der staatlichen Universität, der Vorsitzende der jeweiligen Provinzfiliale der Vereinigung der Privatunternehmer, der Direktor der staatlichen Betriebe und ein Vertreter der Gewerkschaften. Von Anfang an war solch eine Zusammensetzung hinsichtlich ökologisch-konservierenden Gesichtspunkten nicht gerade günstig; aber das Kuriose liegt darin, dass diese Räte buchstäblich nur auf dem Papier existieren: diese Räte hielten bis heute keine einzige Sitzung ab, nicht einmal eine erste konstituierende Feierstunde.

Eine ähnliche nur theoretische Existenz führen zahlreiche Institutionen und Maßnahmen in ganz Lateinamerika. Die bolivianische Regierung ordnete beispielsweise am 11. Januar 1990 eine sogenannte "historische ökologische Pause" (*pausa ecológica histórica*) für fünf Jahre an. Während dieser Periode waren Ökosysteme "schonend" zu behandeln; das entsprechende Gesetz war ausgesprochen vage, unverbindlich und konfus. Der damalige Landwirtschaftsminister beeilte sich zu erklären, dass die "Pause" keineswegs gegen die Holzindustriellen gerichtet sei: sie erlaube vielmehr eine längere und rationellere Ausbeutung der Waldressourcen<sup>47</sup>. Keine spätere Regierung hat je einen Bericht

---

44 "Cumbre de la Tierra": Bolivia asiste, pero tiene sus dudas [Interview mit Jaime Cardozo, Direktor des Zentrums für Forstentwicklung]. In: *Presencia* (La Paz), 31.5.1992 (Beilage Reportajes), 7.

45 Erklärung von Manuel Romay, Minister für Wohnungsbau, Raumordnung und Umwelt, zitiert in: *Tierra Amiga* (Montevideo) 12, Jg. 1993, 17; kritisch dazu: Gudynas 1994.

46 Vgl. Galopin 1995; über die Situation der Umwelt im Andenraum vgl. Martínez 1997.

47 Pausa ecológica permitirá mejor uso de recursos naturales. In: *Presencia*, 22.4.1990.



über Ergebnisse oder sogar Übertretungen in bezug auf dieses Gesetz vorgelegt<sup>48</sup>. Das Thema der ökologischen Pause ist nie wieder von Politikern oder der öffentlichen Meinung aufgegriffen worden. Der Interessenverband der Holzindustrie, der sich immer strikt gegen die ökologische Pause ausgesprochen hatte, gestand amtlich ein, dass während der Pause die Waldrodung und das unsachgemäße Holzfällen energisch weitergingen. Als Lösung verlangte der Interessenverband die Aufhebung aller gesetzlichen Einschränkungen zur Nutzung der Wälder und die sofortige Privatisierung derselben<sup>49</sup>. Dieses weitgehende Desinteresse an ökologisch-konservierenden Problemen samt einem völligen Unverständnis der Thematik kam bei der einzigen bis jetzt abgehaltenen Debatte über Umweltfragen im bolivianischen Parlament klar zum Vorschein<sup>50</sup>.

Die Behandlung eines "modernen" Gesetzes zur "rationellen" Waldausbeutung durch die verschiedenen Gesellschaftssektoren Boliviens kann uns einen Einblick in die komplexe Praxis des Umweltschutzes gewähren. Jahrelang wurde im bolivianischen Parlament – wo unternehmerfreundliche Parteien über eine sichere Mehrheit verfügen – über das neue Gesetzeswerk debattiert, das schließlich alle Gruppen enttäuschte. Das Gesetz setzt eine alte Tradition fort: umfangreiche Waldareale werden vom Staat zur Nutzung längerfristig an private Personen oder Unternehmen vergeben, wobei sich der Staat letztlich das Eigentum am Grund und Boden vorbehält. Die Konzession selbst kann wie ein privates Gut weiterverkauft, vererbt oder verpfändet werden. Das Neue am Gesetz beschränkt sich darauf, bessere Kontrollen einzusetzen, höhere Steuern vorzuschreiben und Wiederaufforstung zu verordnen. Das Gesetz sieht ferner die Gründung einer regulativen Behörde vor, welche dem Parlament verantwortlich ist, und die Möglichkeit, die Konzession einzuziehen, wenn ihre Inhaber den Auflagen nicht genügen. Die neue Modalität besteht darin, dass der Konzessionsinhaber einen

---

48 Es ist bezeichnend, dass bei der Vorstellung dieses Gesetzes vor dem Parlament der damalige Landwirtschaftsminister in seiner langen Rede kein einziges Mal darlegte, worin denn die historische ökologische Pause konkret bestünde; er dankte mehrmals den Holzindustriellen für das schwere Opfer, das diese Interessengruppe dem Lande bereits dargebracht habe und versicherte emphatisch, dass die ökologische Pause absolut keine Beeinträchtigung der Wirtschaftsentfaltung mit sich bringen werde. Auf die Frage hin, welche spezifischen Maßnahmen die Regierung ergreifen werde, um diesem Gesetz wirksame praktische Geltung zu verschaffen, erklärte der Minister, dass im liberalen Bolivien der Staat keine polizeiliche Rolle mehr spielen dürfe; das beste Kontrollverfahren für den Umweltschutz sei eine erhöhte Besteuerung derjenigen Akteure, die nachweislich, beständig und absichtlich die Ökosysteme beschädigen würden. Vgl. Bertero 1991. Der erste Minister Boliviens für nachhaltige Entwicklung und Umwelt, José Guillermo Justiniano, erläuterte aufwendig, dass das neue Ministerium keine Politik verfolgen werde, die die Produktion beeinträchtigen könnte; Umweltschutz und Wirtschaftsentwicklung seien durchaus vereinbar. Er unterstrich die Vorstellung, dass das Ministerium keine polizeiliche Funktion gegenüber den Privatunternehmern ausüben dürfe. Vgl. Gutiérrez Aldayuz 1993 [Interview mit J.G. Justiniano].

49 Con la veda, nada cambió en Cochabamba. In: *La Razón Forestal* (La Paz) 27, Jg. 1, 21.7.1995, 7.

50 H. Cámara de Diputados; Comisión del Medio Ambiente y Recursos Naturales 1991, 111–194.

festen Steuersatz entsprechend der Größe der gewährten Waldfläche bezahlen muss (1 US-Dollar pro Hektar und Jahr<sup>51</sup>); gemäß der Vorstellung der Regierung soll diese Maßnahme dazu führen, dass die Waldrodung durch die Holzindustriellen sich auf kleinere Flächen beschränkt, welche dann – wie echtes Privateigentum – schonend und konservierend behandelt werden. Die Wiederaufforstung sei durch den neuen Besteuerungsmodus und die bessere Kontrolle durch eine unabhängige, der Korruption nicht anfällige Behörde so gut wie gesichert. Die Regierung hofft zugleich, dass die Konzessionsinhaber alle Waldflächen, die sie nicht unmittelbar "bearbeiten", an den Staat zurückgeben werden<sup>52</sup>. Die Holzindustriellen und der Bolivianische Verband der Privatunternehmer (*CEPB* = *Confederación de Empresarios Privados de Bolivia*) lehnten zunächst den Gesetzentwurf strikt ab, und zwar mit dem Argument, die "unerträglich hohe Besteuerung" und die "überflüssigen Kontrollen" würden die gesamte Holzindustrie binnen kürzester Zeit total ruinieren; sie drohten damit, ihre gesamte Tätigkeit einzustellen, wenn das neue Gesetz Wirklichkeit werden sollte<sup>53</sup> (was selbstverständlich nicht geschah, als der Gesetzentwurf 1996 vom Parlament verabschiedet und von der Regierung in Kraft gesetzt wurde).

Das Gesetz änderte so gut wie nichts an der täglichen Wirklichkeit der bolivianischen Wälder: die Wiederaufforstung ist völlig ausgeblieben, die Waldrodung vernichtet von Jahr zu Jahr immer ausgedehntere Flächen, und die zuständigen Kontrollbehörden sind so korrupt wie eh und je. Aber die breite Debatte um das Waldgesetz zwang die Regierung und die unternehmerfreundlichen Parteien dazu, einige unangenehme Tatsachen zuzugeben, die bisher nur vereinzelte Stimmen zu behaupten wagten: a) Die in Bolivien praktizierte Ausbeutung des Waldes bedeutet in der Regel die Vernichtung des gesamten Tier- und Pflanzenreiches, da die "Waldnutzung" außer dem Fällen aller Bäume (nicht nur der wirtschaftlich nutzbaren) das anschließende Abbrennen des Vegetationsmantels mit sich bringt; b) die Wiederaufforstung ist eine Tätigkeit, die fast ausschließlich auf dem Papier existiert; und c) die Bestechlichkeit der Behörden, die nicht unterbunden werden konnte, spottet noch immer jeder Beschreibung<sup>54</sup>.

---

51 *Cámara Nacional Forestal* 1996<sup>1</sup> (amtliche Erklärung der Interessenvertretung der Holzindustrie). Die Holzindustriellen behaupteten, ein Steuersatz von USD 0,20 pro Hektar und Jahr sei die höchste annehmbare Grenze; vgl. auch: *Cámara Nacional Forestal* 1996<sup>2</sup>, B 9.

52 Ministro Jarmusz denuncia: "Una corrupción feroz permite la depredación de los bosques". In: *Presencia* 23.6.1996, 1; Gobierno rechaza críticas de madereros y defiende el proyecto de ley forestal. In: *Presencia* 20.6.1996, B 6f.

53 Empresarios advierten graves peligros si el Congreso aprueba la propuesta oficial. In: *Presencia* 20.6.1996, B 6f.

54 Vgl. Terrazas Cardona 1995, 1996<sup>1</sup>, 1996<sup>2</sup>; Torres Peñaloza 1996.

## VII. Neoliberale Programmatik und Privatisierung der Natur

Obwohl die ersten Zeugnisse der Theorie von der dauerhaften Entwicklung – weltweit und in Lateinamerika – auf sozialdemokratische Ansätze (*Brundtland-Bericht*) zurückgehen, wurde diese Lehre rasch und ohne bedeutende Vorbehalte von liberalen Strömungen und den Interessenvertretungen der Privatwirtschaft übernommen. Das wurde dadurch ermöglicht, dass diese Theorie a) *prima facie* keine ideologischen Prinzipien vorweist, b) recht technokratisch orientiert ist und c) letztendlich mit den Zielsetzungen privater Wirtschaftsakteure übereinstimmt. Konservative und liberale Tendenzen machten sich gern die Ansicht zu eigen, dass unbegrenztes ökonomisches Wachstum und schonende Behandlung der Ökosysteme durchaus miteinander vereinbar seien, zumal diese Vorstellung den neuen modischen Grundannahmen der meisten politischen Parteien entsprach. Die Liberalen unterstrichen die Notwendigkeit des freien Marktes und die Einschränkung der wirtschaftlichen Rolle des Staates sowie das Postulat der Privatisierung der Natur, Orientierungswerte, die auch die Sozialdemokratie längst akzeptiert hatte. Dies kann, zumindest partiell, die erstaunliche Popularität dieser Doktrin in der Gegenwart erklären.

Die Verbreitung der Theorie von der nachhaltigen Entwicklung geht zeitlich mit der Vorherrschaft neoliberaler Regierungsprogramme und der Privatisierung staatlichen Eigentums einher. In ganz Lateinamerika vertreten die Interessenverbände der Privatwirtschaft und bekannte neoliberale Publizisten seit rund 1990 energisch die Vorstellung<sup>55</sup>, dass nur das Privateigentum an den wichtigsten Ökosystemen – an Land, Wiesen und Wäldern – die längerfristige Erhaltung dieser Naturräume gewährleisten könne. Sie erblicken im Staatsapparat, in der staatlichen Planung und der "übertriebenen" gesetzlichen Regulierung von Umweltaspekten den größten und gefährlichsten Faktor für die Erzeugung neuer und resistenter Umweltschäden. Die diesbezügliche Argumentation verfährt *ex negativo*: weil unter sozialistischen und etatistischen Regimes die schlimmsten Beeinträchtigungen der Ökosysteme zu verzeichnen waren, nimmt diese Theorie als erwiesen an, dass die kapitalistische Marktwirtschaft und das Privateigentum die besten Garanten einer langfristigen umweltfreundlichen Politik sind. Das freie Spiel der Marktkräfte und die restlose Privatisierung aller natürlichen Ressourcen, insbesondere der Wälder, seien die beste Voraussetzung für diesen Zweck; der durch keinerlei Einschränkungen optimal operierende Markt werde in allen Fällen die adäquate Lösung für Umweltprobleme hervorbringen, da der Markt die knapp gewordenen Güter wie saubere Luft, reines Wasser und intakte

---

55 Vgl. La conservación de los bosques tropicales a través de su explotación sostenible. In: *Perfiles Liberales* (Bogotá) Sept./Okt. 1990, Jg. 4, Nr. 20: 87f.; Lava Pérez 1995.

Landschaft am rationalsten zu bewerten wisse<sup>56</sup>. Einige neoliberale Publizisten lehnen in Lateinamerika jegliche Besteuerung für die Benutzung natürlicher Ressourcen bzw. als Ausgleich für die Beeinträchtigung geschützter Ökosysteme ab, weil eine solche Maßnahme nicht marktkonform sei und der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des betroffenen Landes Abbruch tue (Ortega 1998). Die Anhänger dieser Tendenz halten die Sorgen um den anthropogenen Treibhauseffekt im Rahmen einer Veränderung des globalen Klimas für gegenstandslos; aber auch im Falle, dass eine Erwärmung des Weltklimas festzustellen sei, müsse man jede Strategie zum Klimaschutz fallen lassen. Die Klimarahmenkonvention von 1992 und die Vereinbarungen der Dritten Vertragsstaatenkonferenz dieser Konvention (Kyoto, 1997) seien strikt abzulehnen. Dieser Meinung gemäß erweist sich die Besorgnis um die Zerbrechlichkeit tropischer Ökosysteme als exorbitant: die dortigen Schäden seien doch umkehrbar, die Regenwälder sowie die Böden regenerationsfähig (Moore 1998; Lugo/Brown 1998).

In Chile ist die Privatisierung natürlicher Ressourcen relativ weit gegangen, so dass man das Verhältnis von fast uneingeschränktem Privateigentum an der Natur und tatsächlicher Evolution der betreffenden Ökosysteme ungefähr erkennen kann. Gerechtigkeitshalber muss man erwähnen, dass die staatliche Behörde für Umweltschutz (*Comisión Nacional del Medio Ambiente = CONAMA*) vor allem auf dem Gebiet der Erziehung ziemlich aktiv ist. Es gibt mehrere Gesetze und Regierungsverordnungen, die dem Schutz bedrohter Ökosysteme gelten, so seit 1992/1994 ein ausführliches Umweltgesetz *Ley de Bases del Medio Ambiente* (vgl. *República de Chile* 1994). Es lässt sich gewiss ein eindeutiger Fortschritt beim effektiven Schutz einiger Landschaften konstatieren, die wegen ihrer Schönheit oder ihrer Bedeutung für die Freizeitgestaltung sehr bekannt sind.

Die rauhe Alltagspraxis in Chile ist freilich nicht so rosig. Die tatsächlichen Kontrollen gelten als ungenügend und schlaff; die damit betrauten Behörden als lahm und bestechlich. Sehr selten sind Umweltverschmutzer vor Gericht gebracht worden; Geldbussen für Übertretungen bestehender Regelungen sind leicht zu umgehen. Die Wiederaufforstungspflicht wird faktisch nicht kontrolliert; die Wiederaufforstungsrate ist erheblich geringer als der Rhythmus der Waldvernichtung. Ur- und Mischwälder werden allmählich in Nutzplantagen der Holz- und Papierindustrie umgewandelt, was langfristig in ökologischer Hinsicht nicht das Vernünftigste ist. Die natürliche Waldfläche hat sich seit rund 1980 auf die Hälfte

---

56 Vgl. einige Beispiele eines neoliberalen Fundamentalismus in bezug auf Umweltfragen: Anderson/Leal 1991, 1990; und alle Aufsätze von *Perfiles Liberales* (México, D.F.) 62, Sept. 1998. Kritisch hierzu: Calcagno/Calcagno 1995.

reduziert; die verbleibende Hälfte ist dabei, in eine ökologisch bedenkliche Monokultur umgewandelt zu werden (in den letzten Jahren ist Chile weltweit einer der wichtigsten Exporteure von Papier und Pappe geworden). Wasser- und Luftverschmutzung in den Großstädten sind an der Tagesordnung; die Entsorgung der Industrieabfälle lässt viel zu wünschen übrig (Altieri/Rojas 1999; Silva 1997).

Einige Angaben über die alltägliche Praxis moderner Unternehmer in einigen lateinamerikanischen Ländern sind hier notwendig. In Brasilien erzielt gerodeter oder abgebrannter Wald zehnmal so hohe Preise wie eine gleichgroße Fläche intakten Regenwaldes (vgl. Schübelin 1998, 34). Aus diesem Grund, und weil einige der Zonen, in denen es Großbrände gab, potentiell reich an Mineralien, Edelsteinen und Erdöl sind, verhalten sich alle in Frage kommenden Regierungen und Interessenverbände sehr ähnlich: sie lassen die Wälder und Buschlandschaften wochen- oder monatelang erst einmal brennen, bevor sie sich zu einer halbherzigen Löschkaktion aufraffen, welche dann durch bürokratische Kompetenzstreitigkeiten noch eine Zeitlang aufgeschoben wird. Eine abgebrannte Waldfläche bietet noch weitere Vorteile, denn es entfallen lästige rechtliche Einschränkungen (Nationalpark, geschützte Naturzone, Indianerreservat), die einer ökonomischen Nutzung des Bodens im Wege stehen können; in der Regel wandern die dort ansässigen Ureinwohner mehr oder minder friedlich aus.

Die Privatunternehmer Boliviens behaupten allen Ernstes, dass die Privatisierung der Wälder zu einer beinahe spontanen Regeneration der gefährdeten Edelholzarten beitragen könne<sup>57</sup>. Ein sehr eindeutiger und an Zynismus grenzender Ausdruck dieser Haltung ist bei dem damaligen Vorsitzenden der Interessenvertretung der Holzverarbeitenden Betriebe auszumachen, der 1994 erklärte, dass die Holzgewinnung in Bolivien einen ausgesprochen langsamen und schonenden Rhythmus aufweise; wenn dieser Rhythmus beibehalten werde, gäbe es genügend Holz für 18.750 Jahre [sic]. Die Vereinigung der Privatunternehmer Boliviens beklagt sich ihrerseits seit 1993, dass die Unternehmer vom Staat zu wenig Konzessionen erhielten, um Wälder wirklich roden zu können; in vielen Gegenden begnügten sich die Holzindustriellen damit, von Dritten gefällte Bäume aufzukaufen, d.h. Bäume, die sonst auf dem Boden verrotten würden<sup>58</sup>. Einer der wichtigsten Holzindustriellen Boliviens (Guillermo Roig Pacheco), der 80 % seiner Produktion nach Europa und in die USA ausführt, erklärte, dass sein Unternehmen überhaupt keine Schäden bei den Wäldern verursache, denn er lasse nur sehr alte oder kranke Bäume fällen, die ohnehin bald sterben würden<sup>59</sup>.

---

57 Primer estudio sobre la regeneración natural de maza. In: *La Razón Forestal* 45, 4f.

58 Vgl. Hauser 1994; mit dem gleichen Tenor: id. 1993.

59 Madera boliviana para el mundo: bosque de ilusiones. In: *Presencia*, 31.5.1998, c 6.

Man muss bedenken, dass in Bolivien bereits 1996 rund 220.000 km<sup>2</sup> in der tropischen Waldzone als Privateigentum zu bezeichnen waren; damit befindet sich die Mehrheit der Regenwälder schon im Privatbesitz. Dieser Tatbestand hat weder die rasch voranschreitende Waldvernichtung noch die zunehmende Desertifikation tropischer Böden verhindern können. Nach allen verfügbaren Informationen kann von einer Wiederaufforstung der von Privatunternehmern gerodeten Flächen keine Rede sein<sup>60</sup>. Wiederaufforstung in tropischen Gebieten ist technisch außergewöhnlich schwierig und unergiebig. Der Bau von Straßen und Pfaden geschieht gewohnheitsmäßig durch Waldbrand, und auch das Fällen einzelner Bäume bringt die Zersetzung des sie umgebenden Vegetationsmantels mit sich. Beide Vorgänge tragen dazu bei, die außergewöhnlich dünne Humusschicht tropischer Böden und den auf der Oberfläche liegenden Vorrat an Nahrungselementen unwiederbringlich zu vernichten. Außerdem: Holzunternehmer senken ihre Betriebskosten, indem sie die kostspielige und ungewisse Aufforstung *in praxi* beiseite lassen und sich das nächste Stück Forst zum Bäumefällen vornehmen, in einer Region, wo die Baumbestände unendlich zu sein scheinen und wo die Kontrollen durch die zuständigen Behörden gleich Null sind. Unter diesen Umständen ist nachhaltige Entwicklung eine leere Floskel.

Abschließend muss man auf die Kritik aufmerksam machen, die der Uruguayer Eduardo Gudynas und andere Sozialökologen an einigen Aspekten der Theorie der Nachhaltigkeit geübt haben, die die lateinamerikanische Privatinitiative inzwischen vorgelegt hat. Der "Rat privater Unternehmer für die dauerhafte Entwicklung" (*Consejo Empresarial para el Desarrollo Sustentable*), dem Unternehmerverbände aus allen Ländern des Subkontinents angehören, hat in einer Reihe von Zeitungsanzeigen, Vorträgen und Broschüren die bekannte These verbreitet, dass das ungebundene Spiel wirtschaftlicher Kräfte auf dem freien Markt den besten Schutz für die Ökosysteme darstelle und dass herrenlose, d.h. kollektive oder staatliche Güter diejenigen seien, die von niemandem richtig und nachhaltig gepflegt würden. Die vollständige Privatisierung aller natürlichen Ressourcen sei der angemessene Mechanismus, um die Naturkreisläufe effektiv und langfristig zu schonen<sup>61</sup>.

Gudynas gibt zunächst zu, dass in einigen spezifischen Fällen das Privateigentum an natürlichen Ressourcen deren vernünftige längerfristige Bewahrung und Pflege bedeutet hat<sup>62</sup>. In der Tat ist dies der Fall bei Agrarböden

---

60 Vgl. *Liga de Defensa del Medio Ambiente* 1996<sup>1</sup>; Vargas Arias 1996.

61 Vgl. *Consejo Empresarial para el Desarrollo Sostenible* 1992, und folgende darin enthaltene Beiträge grundsätzlichen Charakters: Brugger/Lizano 1992; Romero 1992; vgl. auch Soto/Schmidheiny 1992; Larraín et al. 1995; *Instituto de Estudos Empresariais do Brasil* 1992.

62 Vgl. Gudynas 1996<sup>2</sup>. Über das komplexe Verhältnis von Außenhandel und Ökologie vgl. Gudynas 1998.



und Grasland in dichtbesiedelten Gebieten. Aber sofort taucht die Frage auf: Kann man allen natürlichen Ressourcen einen Preis zuschreiben? Hat etwa das Leben einen quantitativen Wert? Kann man für Naturgüter wie Landschaften, Naturparks und Urwälder sinnvolle Preise feststellen? Kann der Markt schon heute rationelle Kurswerte für Naturgüter angeben, die erst in der Zukunft von Bedeutung sein werden? Können sehr komplexe Vorgänge, die erst viel später ihre Relevanz aufweisen – wie eben Umweltverschmutzung und Forstvernichtung –, bereits jetzt auf quantitative Größen reduziert werden? Die Marktmechanismen funktionieren recht gut bezüglich quantitativer Werte, versagen jedoch im Hinblick auf qualitative Phänomene. Und dazu gehören sehr bedeutsame Elemente des menschlichen Lebens, wie ethische und ästhetische Aspekte, die zukünftige Gestaltung der Gesellschaftsordnung und die Sorge für die kommenden Generationen<sup>63</sup>.

Diese Fragen können im Rahmen der neoliberalen Theorieansätze, die die lateinamerikanische Privatinitiative vorgelegt hat, nicht befriedigend beantwortet werden. Das Leben – als Maschine oder als zerlegbarer Mechanismus begriffen – wird nur als fragmentiertes und verkäufliches Einzelstück wahrgenommen. Ohnehin geht die zugrundeliegende Gesamtkonzeption unkritisch von Prinzipien aus, die in der Sozialwissenschaft als überholt gelten. Der geschichtliche Fortschritt gestalte sich als linear, sicher und erfolgversprechend; die Natur sei nur da, um vom Menschen dominiert und ausgebeutet zu werden; die Zukunft stelle eigentlich nur eine Erweiterung der Gegenwart dar; kollektive Zielsetzungen, wie das Gemeinwohl, hätten keine empirisch feststellbare Objektivität, weil solche Wertsetzungen in das Reich subjektiver und notwendig subjektivistisch bleibender Willkür gehören.

---

63 Vgl. Gudynas 1996<sup>3</sup>, 32ff., 39f., 49f., 63ff.; Gudynas 1996<sup>4</sup>, 171–189. Auch sehr kritisch zu dieser Thematik: Assmann/Hinkelammert 1989.

### VIII. Nachhaltigkeit als bevorzugtes Konzept der Institutionen

Das neuere Interesse der *Weltbank* und der *Interamerikanischen Entwicklungsbank* für ökologische Begleitphänomene von Entwicklungsprojekten<sup>64</sup>, der Druck der internationalen Öffentlichkeit sowie der reichliche Fluss finanzieller Ressourcen zur Förderung umweltschützender Maßnahmen und Institutionen haben in ganz Lateinamerika vor allem nach dem Rio-Gipfel von 1992 a) eine wahre Flut von Publikationen über die *nachhaltige Entwicklung* und darüber hinaus b) die Gründung zahlreicher staatlicher oder privater Agenturen zum Umweltschutz ausgelöst. Diese Agenturen (Ministerien, autonome Behörden, Forschungsinstitute, Stiftungen) bekennen sich nunmehr fast einstimmig zur Doktrin des *sustainable development* als der gegenwärtig allein gültigen Theorie zur Explikation des Verhältnisses von Entwicklung und Umweltschutz<sup>65</sup>. Man darf unterstellen, dass diese Institutionen *auch* die eminent wichtige Funktion ausüben, gut dotierte Arbeitsstellen für akademische Absolventen aus den Mittelschichten zu beschaffen (diese Institutionen verhalten sich rational-instrumentell in tadelloser Form, indem sie die reichlich fließenden Gelder aus dem westlichen Ausland geschickt ausnützen).

Diese Behörden und Organisationen bekennen sich zur Theorie der nachhaltigen Entwicklung mit einer Begeisterung, die seltsam anmutet bei Gruppen und Personen, die bis vor kurzem ökologische Fragestellungen bewusst vernachlässigten, eine forcierte Industrialisierung befürworteten und etatistische Positionen vertraten<sup>66</sup>. Vertreter der bolivianischen Privatwirtschaft, die unter neoliberalen Regierungen hohe Posten bei der Staatsbürokratie bekleiden, haben unmissverständlich ausgesprochen, was unter nachhaltiger Entwicklung eigentlich zu verstehen ist. Zu viel Umweltschutz könne man unmöglich mit den Entwicklungsbedürfnissen Lateinamerikas vereinbaren; die Nationen des Südens müssten vor allem die volle Souveränität über ihre natürlichen Ressourcen behalten und ihre Entwicklungszielsetzungen selbständig bestimmen; ökologische Rücksichten sollten sich jenen Bedürfnissen unterordnen<sup>67</sup>.

Dennoch haben die weltweit geführte Diskussion um Umweltschutz und die von außen induzierte Berücksichtigung ökologisch flankierender Maßnahmen (bei

---

64 *The World Bank 1992–1997; Banco Interamericano de Desarrollo 1991; Banco Interamericano de Desarrollo 1996*. Vgl. auch eine neuere Publikation der Weltbank, die wahrscheinlich einen Rückzug von ökologischen Thematika und eine stärkere Zuwendung zu sozialen Problemen signalisiert: Burki/Perry 1997.

65 Für eine gute Einführungsskizze in die Theorie des *sustainable development* aus lateinamerikanischer Sicht vgl. Díaz Osorio/Solis Welzel 1997.

66 Eine kuriose Parallele ließe sich bei Menschen feststellen, die bis vor kurzem marxistischen oder indigenistischen Positionen nachgingen und jetzt begeisterte Neoliberale sind und kulturell-philosophisch dem Postmodernismus huldigen.

67 Vgl. Gómez Mallea 1996; Mendoza/Peñaranda 1993.

größeren Entwicklungsprojekten) einen unzweifelhaften positiven Beitrag geleistet: sie haben nämlich die Staatsbürokratie und die Wirtschaftseliten zu einer ernsthafteren Auseinandersetzung mit ökologischen Problemen gezwungen. Der jetzt stattfindende finanzielle Ressourcenfluss von Nord nach Süd hat eine verständliche ökologiefreundliche Position hervorgerufen, welche freilich verschwommen und unverbindlich bleibt, wenn es darum geht, die langfristige Güte von Modernisierungsleistungen und großangelegten Entwicklungsprojekten gegenüber effektiven Umweltschutzmaßnahmen abzuwägen. Dafür ist die Diskussion über Nachhaltigkeit im Rahmen der *Mercosur*-Freihandelszone (*Mercado Común del Cono Sur*), der zur Zeit Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay angehören, ein beredtes Beispiel. Die Debatte ging bloß um technische und juristische Aspekte der Theorie der dauerhaften Entwicklung, deren Geltung als selbstverständlich vorausgesetzt wird<sup>68</sup>. Die in diesem Kontext als technokratisch und kritiklos zu bezeichnende Übernahme dieser Lehre ist wahrscheinlich darauf zurückzuführen, dass für die *Mercosur*-Führung das Bestreben, Handel und Entwicklung voranzutreiben, alle anderen Interessen entschieden zurückdrängt. Umweltschutzaufgaben sind in diesem Zusammenhang nur von Bedeutung, wenn sie Zollsätze und Zollpräferenzen berühren.

Dabei muss man im Auge behalten, dass die Weltbank und andere internationale Geldgeber ein ambivalentes Verhältnis hinsichtlich eines tatsächlich wirksamen Umweltschutzes hegen. Einerseits befürworten sie eine mehr oder minder strenge Überprüfung der ökologischen Verträglichkeit von Entwicklungsprojekten, die gefördert werden sollen; andererseits befürchten sie stets, dass dies zu Lasten des Wirtschaftswachstums gehen könnte. Auch kurzfristige, positive Wachstumsraten sind all diesen Organisationen erheblich wichtiger als eine langfristig konzipierte Umweltschutzpolitik, die selbstverständlich rigorose Einschränkungen vieler ökonomischer Aktivitäten mit sich bringen würde. Vermutlich findet die Berücksichtigung ökologisch-konservierender Gesichtspunkte durch die Weltbank (und anderer Institutionen) hauptsächlich auf rhetorisch-theoretischem Gebiet statt; in der rauhen Alltagswirklichkeit ist man großzügiger mit der ökologischen Bewertung von Großprojekten. Oder anders gesagt: diese Institutionen machen sich Sorgen um die Umweltverträglichkeit der von ihnen geförderten Vorhaben, begnügen sich aber in der Regel mit diesbezüglichen (manchmal sehr detailreichen) Expertisen, deren praktische Implementation außerhalb ihrer Kompetenz und oft ihres Interesses liegt. Eine längerfristige Überprüfung der Auswirkungen früherer und schon laufender

---

68 Cunha 1996<sup>2</sup>. Vgl. auch das vorzügliche Resumé von Gudynas 1993; Buxedas 1999; Novara 1994; Rodríguez 1994; Devia 1996; Coria/Devia/Gaudino 1997.

Großprojekte gemäß ökologisch-konservierenden Kriterien wird selten durchgeführt<sup>69</sup>. Diese Organisationen operieren insofern mit einem eingeschränkten Problembewusstsein, als für sie effektiver Umweltschutz und wirtschaftliches Wachstum niemals einen Widerspruch bilden können.

Der Verweis auf die Weltbank und andere internationale Geldgeber ist deshalb nicht fehl am Platze, weil die Anerkennung der Umweltprobleme durch Regierungen und Eliten und die anschließende Errichtung entsprechender Institutionen innerhalb einer "Nachhaltigkeits-Konjunktur" erfolgen, die nach *Werner G. Raza* die "Aussicht auf großzügige finanzielle Zuwendungen und politischen Prestigegewinn" (Raza 1998, 264) für die jeweiligen Staatsbürokratien und Machtgruppen eröffnet. Das gilt hauptsächlich für die kleineren Länder (wie Bolivien), die von ausländischen finanziellen Zuwendungen stark abhängig sind (auch für die Besoldung höherer Beamten); die Beschäftigung mit Ökologie verleiht jenen Regierungen für einige Jahre den Nimbus der Fortschrittlichkeit oder gar der Originalität.

In dieser Atmosphäre, in der heute bestimmte supranationale Themata – wie eben der Umweltschutz – annehmbar und sogar wichtig werden, und in der gleichzeitig das neoliberale Modell vom steten Wirtschaftswachstum seinen weltweiten Sieg feiert, wurde der von den Vereinten Nationen veranstaltete Rio-Gipfel (*Earth Summit*) vom 3.-14. Juni 1992 abgehalten<sup>70</sup>. Der unter großem propagandistischem Aufwand inszenierte Rio-Gipfel erhob das Konzept der nachhaltigen Entwicklung faktisch zur amtlichen Lehre der internationalen Staatengemeinschaft, gerade deswegen, weil sie die Möglichkeit von unbegrenztem Wirtschaftswachstum bei gleichzeitiger Schonung der Naturkreisläufe postuliert. Der Brundtland-Bericht und die Vorarbeiten der *CEPAL* (*Comisión Económica de las Naciones Unidas para América Latina y el Caribe* = UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika und Karibik) lieferten dafür die theoretischen Grundannahmen<sup>71</sup>. Bekanntlich wurde der Inhalt der erreichten Abkommen durch die kurzfristigen Interessen der Vereinigten Staaten und anderer Mächte stark verwässert. Von den dort unterzeichneten Konventionen – zum Beispiel über Weltklima, Biodiversität und Wälder – ist entwicklungstheoretisch nur die sogenannte *Agenda 21* (40 Abschnitte, 115 Bereiche für das sofortige Handeln!) von Bedeutung. Außer den üblichen Bekenntnissen zum schonenden Umgang mit der Natur enthält die *Agenda 21* sehr klar die Einbettung eines möglichen und recht begrenzten Umweltschutzes

---

69 Vgl. Schuler 1998; Gudynas 1997.

70 Zur Vorgeschichte der Konferenz vgl. Guimarães 1990<sup>1</sup>.

71 Vgl. die für Lateinamerika massgeblichen Dokumente: *World Commission on Environment and Development* 1987; *Internacional Socialista* 1989 und 1990; CEPAL 1990.

in die Bedürfnisse der wirtschaftlichen Entwicklung und des sozioökonomischen Fortschritts; die anderen Grundsätze, denen sich der Umweltschutz unterzuordnen hat, sind das souveräne Verfügungsrecht eines jeden Staates über seine natürlichen Ressourcen, die zu konsolidierende Regierbarkeit und die zu verwirklichende soziale Gerechtigkeit<sup>72</sup>. Die Agenda 21 und ihre unzähligen Interpretationen stellen eigentlich Varianten eines einzigen Themas dar: das notwendige Wirtschaftswachstum und der unerlässliche ökonomisch-technische Fortschritt sollen heute auf solche Weise vorangetrieben werden, dass künftige Generationen zu ihrer eigenen Entwicklung immer noch eine adäquate Ausstattung mit natürlichen Ressourcen vorfinden können<sup>73</sup>. Diese Grundvorstellung ist selbstredend vernünftig; sie wird bedauerlicherweise durch kurzfristige, aktuelle Wirtschaftsimperative verwässert und eingeschränkt. Gerd Kohlhepp (1998, 52, 58f.) wies darauf hin, dass der Schutz aller Waldflächen ohne jegliche Nutzung unrealistisch und politisch undurchsetzbar ist; darauf gründet tatsächlich die reale Möglichkeit dieser Konzeption<sup>74</sup>.

Der Anschluss-Gipfel, das Amerikanische Gipfeltreffen für dauerhafte Entwicklung (*Cumbre de las Américas sobre Desarrollo Sostenible oder Cumbre Hemisférica sobre Desarrollo Sostenible*), wurde in der bolivianischen Stadt Santa Cruz de la Sierra im Dezember 1996 veranstaltet; dort wurde die Theorie der nachhaltigen Entwicklung quasi-amtlich zur nunmehr einzigen und verbindlichen Leitlinie der ökonomischen und sozialen Entwicklung erhoben. Die kürzere "Erklärung von Santa Cruz de la Sierra" (*Declaración de Santa Cruz de la Sierra*) und der längere "Aktionsplan für die nachhaltige Entwicklung amerikanischer Staaten" (*Plan de Acción para el Desarrollo Sostenible de las Américas*)<sup>75</sup> beschäftigen sich relativ wenig mit dem eigentlich Umweltschutz; ihr Hauptaugenmerk richtet sich vielmehr auf die bekannten Postulate des Wirtschaftswachstums, der sozialen Gerechtigkeit, der politischen Partizipation, des Technologietransfers, der politischen Regierbarkeit sowie der Besserung von Gesundheit, Erziehung und Wohnungsbau – Entwicklungsfaktoren, die nun

---

72 *Earth Summit. Agenda 21. The United Nations Programme of Action from Rio*. New York: UN Publications 1992; *Em busca do Brasil sustentável: os novos rumos da política nacional de meio ambiente*. Brasília: Ministério do Meio Ambiente (MMA) 1997; *Política nacional integrada para a Amazonia legal*. Brasília: MMA 1995. Zum Verlauf der Konferenz vgl. den ausgezeichneten Aufsatz von Guimarães 1992.

73 Ein gutes Beispiel dafür sind die Stimmen bolivianischer hoher Beamter: Calamita 1997 und Ortega Landa 1997. Das Erscheinen der Zeitschrift wurde nach wenigen Heften eingestellt.

74 Dieser Ansatz tendiert leider auch dazu, Institutionen und Gesetze zum Umweltschutz in der Dritten Welt für bare Münze zu nehmen, den (durchaus möglichen) instrumentellen Gebrauch der Theorie der nachhaltigen Entwicklung zu übersehen und die korrupten Praktiken von Politikern und Regierungen zu ignorieren.

75 Beide Dokumente abgedruckt in: *Nueva Sociedad* 147, Jan./Feb. 1997, 168–178; vgl. auch *Fünf Jahre nach Rio. Tropenwalderhaltung und Entwicklungszusammenarbeit. Erfahrungen, Leistungen, Perspektiven*. Bonn: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung 1997.

selbstverständlich unter Schonung der Naturkreisläufe und im Rahmen einer "gesunden Umwelt" entfaltet werden sollten. Die Debatten während des Gipfels und die Schlussdokumente enthalten allerdings kein einziges Wort darüber, wie alle diese Ziele gleichzeitig in der rauen Wirklichkeit erreicht werden können. Entsprechend einer altehrwürdigen Tradition der bolivianischen Bürokratie halten hohe Regierungsbeamte die Veranstaltung des Gipfels in Bolivien und die Verkündigung von Gesetzen und Regelungen zugunsten bedrohter Ökosysteme für tatsächliche und bereits erfolgte Leistungen im Bereich des materiell-praktischen Umweltschutzes, die das Ausland natürlich honorieren sollte<sup>76</sup>.

Kurz davor, im April 1996, hatte in Cochabamba (Bolivien) das 6. Ministertreffen der Rio-Gruppe und der Europäischen Union (*VI Reunión Ministerial Institucionalizada del Grupo de Río y la Unión Europea*) stattgefunden, deren Schlusserklärung (*Declaración de Cochabamba = Cochabamba-Erklärung vom 16.4.1996*) erwartungsgemäß ein Loblied auf die nachhaltige Entwicklung enthielt. Es lohnt sich, einen Blick auf diese Schlusserklärung zu werfen, denn der instrumentelle Gebrauch der Theorie der nachhaltigen Entwicklung durch supranationale Organisationen kommt hier klar zum Vorschein. Angeblich wurde dieses Ministertreffen für die Behandlung von Umweltschäden und deren Lösungen einberufen. Der übergroße Teil des Dokuments bezieht sich jedoch auf die konventionellen Probleme von Handel, Wirtschaftswachstum, Auslandsinvestitionen und Drogenproduktion. Von den 40 Punkten der Erklärung gelten nur zwei (13 und 16) der Thematik der dauerhaften Entwicklung und des Umweltschutzes. Mit unmissverständlicher Klarheit besagt Punkt 16, dass die Industrialisierung die Voraussetzung dauerhafter Entwicklung sei. Der programmatisch ausgerichtete Punkt 13 erläutert in Eile, dass nachhaltige Entwicklung identisch sei mit folgenden Faktoren: der "sozioökonomischen Entfaltung der Völker", dem "Kampf gegen die Armut", der "Besserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit", der "Achtung der kulturellen Vielfalt" sowie der Förderung der indigenen Völker und deren Kultur. Unter diesen zahlreichen Aspekten wird *en passant*, zusammenhanglos und völlig unverbindlich auch der Umweltschutz erwähnt<sup>77</sup>. Diesem Vorverständnis gesellschaftlicher Evolution ist wenig hinzuzufügen.

In diesem Kontext scheint der bolivianische Fall besonders interessant, weil die Regierungspolitik in diesem Land während der Periode 1993–1997 einen extremen – und deshalb besonders klaren und aufschlussreiche – Versuch

---

76 Vgl. zwei amtliche und stark verbreitete Publikationen, die bar eines jeden Problembewusstseins sind: Mercado 1997; Alem Rojo 1997.

77 Vgl. Documento final: la Declaración de Cochabamba. In: *La Razón* (17.4.1996), A 6.



darstellt, die internationale Öffentlichkeit durch den Anspruch auf institutionell-administrative und intellektuell-kreative Originalität auf sich aufmerksam zu machen und dadurch erhöhte finanzielle Zuwendungen zu erhalten. In Bolivien, wo seit 1985 ein neoliberales Wirtschaftsmodell erfolgreich erprobt wird, wurde im August 1993 ein ganzes Ministerium ins Leben gerufen, das seitdem bezeichnenderweise *Ministerio de Desarrollo Sostenible y Medio Ambiente* (Ministerium für nachhaltige Entwicklung und Umwelt) heißt, dessen Leitlinie die Theorie der dauerhaften Entwicklung sein soll, und zwar in der Version der Agenda 21<sup>78</sup>. Das Bedenkliche und Verdächtige am bolivianischen Fall ist nunmehr in der Tatsache zu sehen, dass a) *volens volens* eine Theorie unter mehreren zur allein richtigen Doktrin über das Verhältnis von Umwelt und Entwicklung erhoben worden ist; dass b) die verschiedensten politisch-ideologischen Strömungen damit einverstanden sind, und dass c) in der Öffentlichkeit ein kritisches Problembewusstsein über den Inhalt dieser Theorierichtung und sogar über die Notwendigkeit des erwähnten Ministeriums vollständig fehlt<sup>79</sup>. In seiner bisher einzigen programmatischen Erklärung legte der Minister für nachhaltige Entwicklung und Umwelt, Moisés Jarmusz, dar, dass nachhaltige Entwicklung aus folgenden Elementen bestehe: Wirtschaftswachstum, Regierbarkeit, sozialer Gleichheit und rationalem Gebrauch natürlicher Ressourcen. Ferner bedeute Nachhaltigkeit "die Mobilisierung gesellschaftlicher Energien", um den Herausforderungen von Gegenwart und Zukunft gewachsen zu sein (Jarmusz 1997).

Das Ministerium für nachhaltige Entwicklung und Umwelt ist eigentlich das alte Planungsministerium, das um eine Abteilung für Umweltfragen ergänzt wurde. Fast alle Funktionäre des Planungsministeriums hatten bis 1993 nicht das geringste Interesse für ökologische Themen erkennen lassen; alle Finanzminister seit 1993 haben sich ähnlich verhalten. Es gibt empirisch untermauerte Anzeichen dafür, dass der Name des neuen Ministeriums und dessen Programmatik auf die internationale Meinung und die Chance, ausländische Finanzmittel zu erhalten, zielen<sup>80</sup>. Die kleine Behörde für Umweltprobleme hatte sich vor 1993 dadurch ausgezeichnet, dass sie viele Broschüren über nachhaltige Entwicklung und den

---

78 *Declaración de principios sobre población y desarrollo sostenible*. La Paz: Ministerio de Desarrollo Humano/PROSEPO/UNFPA 1994.

79 In Bolivien ist beispielsweise erst im Juni 1997 ein Zeitungsartikel erschienen, der zum ersten Mal in diesem Land a) das Fehlen eines wahrhaftigen politischen Willens zum effektiven Umweltschutz moniert, b) die Doktrin des *sustainable development* – leise – kritisiert, und c) das Vorhandensein des Ministeriums für dauerhafte Entwicklung und Umwelt und ähnlicher Agenturen in Frage stellt. Vgl. Hinojosa 1997. Sehr ähnlich: Mirtenbaum 1999.

80 Raza 1998, 336ff., 343. Man verdankt diesem Autor die ausführlichste und zuverlässigste, auf empirischen Daten basierende Rekonstruktion der Evolution der bolivianischen Umwelt-Institutionen und eine kenntnisreiche Analyse der Hintergründe ihres Funktionierens.

Rio-Gipfel (*Earth Summit*) veröffentlichte, aber relativ wenig in der Praxis ausrichten konnte (oder wollte). Die neoliberale Regierung, die im August 1993 an die Macht kam, führte zwar mittels einer Privatisierung staatlicher Betriebe eine einschneidende Veränderung des Wirtschaftssektors und mittels Dezentralisierung eine beachtliche Reform der Verwaltungsstrukturen durch, zeigte aber auch ein kaum zu überbietbares Talent für (außen-)politische Opportunität und für Öffentlichkeitsarbeit (*public relations*) auf: zahlreiche ihrer Leistungen haben – vor allem im Ausland – einen Glanz erhalten, der ihrer tatsächlichen Bedeutsamkeit keineswegs entspricht. Ein Beispiel dafür ist eben das Ministerium für nachhaltige Entwicklung und Umwelt, das höchstwahrscheinlich aus rein opportunistisch-instrumentellen Gründen eingerichtet wurde. Die Besetzung seiner Spitzenpositionen darf laut Werner G. Raza als "ein bewusstes Kalkül des agrar-industriellen Sektors" bezeichnet werden, welcher somit "die Wahrung seiner wirtschaftlichen Interessen im neuen Ministerium sicherzustellen" versuchte (Raza 1998, 269). In der goldenen Zeit dieses Ministeriums (1993–1995) entstammten der Minister und die beiden Staatssekretäre direkt der Holzindustrie und der kommerziellen Landwirtschaft; auch später unterhielten die nachfolgenden Spitzenfunktionäre engste Bindungen zu den Wirtschaftsgruppierungen, die sich energisch für die Ausdehnung der Agrargrenze und die Inwertsetzung der tropischen Regenwälder aussprachen. Bis zur jeweiligen Amtsübernahme hatte keiner von ihnen das geringste Verständnis für den Umweltschutz erkennen lassen (vgl. *ibid.*, 346ff.).

Das Schicksal des Ministeriums war von Anfang an vorauszusehen. Die Konzentration auf *public relations* und Außenbeziehungen drängte die bescheidene, aber halbwegs ernsthafte Arbeit des alten Staatssekretariats für Umweltfragen zurück. Seit 1994 musste das Ministerium Kompetenzen und Abteilungen an andere Behörden abtreten, wodurch es an politischem Gewicht eindeutig verlor. Im politischen Spiel wechselnder parlamentarischer Bündnisse wurde das Ministerium seitdem an die kleineren Regierungspartner (d.h. an populistische Parteien) übergeben, die ihrerseits diese Gelegenheit benützten, um ihre Gefolgschaft mit Posten zu besorgen. Bei dieser Klientel, die mit Karriere und Geld schnell befriedigt werden musste, wäre es eine vergebliche Mühe, eine genuine Neigung zur seriösen Beschäftigung mit Umweltproblemen finden zu wollen. Impulse für ökologische Fragestellungen kamen seit 1994 nicht mehr aus dem immer noch bestehenden Ministerium.

Ein selbstkritischer Bericht des Ministeriums gestand sogar ein, a) dass die verwaltungsmäßige Effizienz der Ämter zum Umweltschutz viel zu wünschen übrig lasse, b) dass die Beschlüsse des Rio-Gipfels und der Agenda 21 eine sehr beschränkte Anwendung hätten und c) dass die erhoffte Verbreitung und

Vertiefung des kollektiven ökologischen Bewusstseins in der Praxis sehr wenig bewirke<sup>81</sup>. Im Anschluss an diese nüchterne Tatsachenfeststellung kommt dieser Bericht jedoch zu völlig konventionellen Schlussfolgerungen für die künftige Gestaltung der Wirtschaftssphäre. An der Tagesordnung stünden folgende Notwendigkeiten: Ausdehnung der Gesamtproduktion (vorzüglich der Exportprodukte, die auf Ausbeutung der Naturressourcen basieren), Verbesserung der allgemeinen Wettbewerbsfähigkeit der bolivianischen Produktionsstruktur und ständige Erhöhung der ökonomischen Wachstumsraten. Den Teufelskreis von Armut, Naturzerstörung und noch größerer Armut müsse man durch einen Tugendkreis von erhöhter Wettbewerbsfähigkeit, nachhaltigem Umgang hinsichtlich der Naturressourcen und schnellem Wirtschaftswachstum zurückdrängen<sup>82</sup>. Diese Stellungnahme verliert allerdings kein einziges Wort darüber, wie diese an ein Wunder grenzende Evolution *in praxi* tatsächlich zu bewerkstelligen ist.

Man kann zu dem Schluss kommen, dass in Bolivien und anderen lateinamerikanischen Ländern Umweltschutzpolitik und amtliche Beschäftigung mit ökologischen Fragen nur dann willkommen sind, wenn das betreffende Land dadurch zusätzliche Finanzmittel aus dem Ausland erhalten und einen Prestigegewinn erzielen kann. Wenn aber ein ernstgenommener Umweltschutz eine kostengünstige Ausbeutung der Ressourcen zu gefährden scheint, kommt das Interesse des Staates zu einem abrupten Ende. "Sobald allerdings ernste Konflikte zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und Ressourcennutzung bzw. Umweltschutz auftraten", schreibt Werner G. Raza, "wurde dieser zu Lasten des letzteren gelöst" (Raza 1998, 307).

---

81 Vgl. *Ministerio de Desarrollo Sostenible y Medio Ambiente* 1998.

82 *Ibid.*, 11. Vgl. folgende Publikationen, die diese Stellungnahme begeistert rezipieren und darüber hinaus die Theorie der nachhaltigen Entwicklung an die bolivianische Realität anpassen: Flores Bedegral 1995; Libermann Cruz 1991; *Liga de Defensa del Medio Ambiente* (LIDEMA) 1992.

## IX. Zur Kritik der Theorie der nachhaltigen Entwicklung

Die Kritik des instrumentellen Gebrauchs der Theorie nachhaltiger Entwicklung seitens der Regierungen und Eliten der Dritten Welt übersieht keineswegs die rechtliche, finanzielle und geschichtliche Verantwortung der reichen Länder des Nordens. Letztere sind an einem historisch einmaligen Zerstörungswerk aktiv beteiligt, zu dem die multinationalen Konzerne und das heutige Konsumniveau breiter Bevölkerungsschichten ihren Beitrag liefern. Der begrenzte Zweck der vorliegenden Arbeit besteht nur darin, die heutige Verknüpfung von normativen Entwicklungszielen und modischem ökologiefreundlichem Diskurs aufzuzeigen und in Frage zu stellen. Der lateinamerikanischen Version der nachhaltigen Entwicklung haftet der Charakter einer klassischen Rechtfertigungsideologie an, weil sie um der Erfüllung bestimmter Wertorientierungen willen, auf einer Wahrnehmung der Wirklichkeit beruht, die wahrscheinlich falsch ist, und weil sie langfristige Konsequenzen ihrer Hauptannahmen bewusst vernachlässigt.

Im westeuropäischen und insbesondere im deutschsprachigen Raum sind inzwischen hochinteressante Analysen dieser Theorie erschienen, die auf ihre immanenten Widersprüche, die dahinterstehenden materiellen Interessen und die Folgen ihrer Anwendung aufmerksam machen<sup>83</sup>. Im lateinamerikanischen Raum gibt es ebenfalls beachtliche Ansätze zu einer solchen Theorie- und Kritikbildung. Aber nur wenige von ihnen gehen auf die Rolle dieser Theorie als Entlastungs-ideologie der höheren Staatsbürokratie und der Wirtschaftseliten ein. Diese Publikationen können sich außerdem mit der Auflagenhöhe und dem Verbreitungsgrad der apologetischen Texte der Theorie zur dauerhaften Entwicklung keineswegs messen. Aber der Beginn einer ernstzunehmenden Kritik der Theorie nachhaltiger Entwicklung lässt sich jetzt im intellektuellen Milieu Lateinamerikas vernehmen. Vom 17. bis zum 21. August 1998 fand in Guatemala die Erste Regionale Tagung über Umwelt und nachhaltige Entwicklung (*Primer Congreso Regional de Medio Ambiente y Desarrollo Sostenible*) statt, an der über fünfhundert Akademiker teilnahmen. Unter den Schlussfolgerungen der Tagung befinden sich folgende Überlegungen:

- Die derzeit propagierte Variante der "Theorie der dauerhaften Entwicklung" ist weder menschen- noch naturfreundlich, da sie sich vorwiegend um die Erzeugung finanziell verwertbarer Ressourcen kümmert;
- die angeblich durch diese Doktrin geleitete Politik fördert indirekt die Unbeständigkeit natürlicher Kreisläufe, da sie deren schnelle Ausbeutung und somit die Zersetzung prekärer tropischer Ökosysteme begünstigt;

---

83 Vgl. Naredo 1990; Redclift 1987; Markandya/Richardson 1992; Simonis 1990<sup>1</sup> und 1990<sup>2</sup>; Brand 1997; Gerken 1996; immer noch interessant: Harborth 1986; Gudynas 1990; Crocker 1991.

– die vorgeblich auf diese Lehre bezogene Praxis kann als die Realisierung der Theorie der natürlichen Unhaltbarkeit und Labilität bezeichnet werden, denn nur die Nachhaltigkeit menschlicher Interessen bildet ihren Hauptantrieb<sup>84</sup>. Ein ähnlich strukturiertes Dilemma lässt sich in einem anderen, ebenfalls seit etwa 1995/1996 von der Weltbank geförderten Projekt für die Länder der Dritten Welt erblicken, nämlich in der Bekämpfung der Korruption. Die Begeisterung, mit der sich die lateinamerikanischen Regierungseliten dieser neuen Thematik angenommen haben, deutet darauf hin, dass Geld und Prestige winken. Eine an sich vernünftige Zielsetzung löst sich in laut verkündete Maßnahmen auf, die letztlich die täglichen Gepflogenheiten und die lange erprobten Verfahrensweisen der Bürokratie nicht wesentlich beeinträchtigen. In beiden Fällen nimmt man beispielsweise an, dass die Verabschiedung neuer Gesetze, die Stärkung amtlicher Institutionen, die Schaffung neuer Ämter und die Abhaltung zahlloser Konferenzen, Workshops und Fachtagungen die besten Mittel seien, um einerseits der Bestechlichkeit von Beamten und Behörden Einhalt zu gebieten und andererseits die Umwelt zu schützen. Diese Exerzitien sind gewiss als Initialzündung unerlässlich, die Korruption aber wird weiterblühen und die Zerstörung der Ökosysteme weitergehen, wenn die Mentalität von Eliten und Bevölkerung die gleiche bleibt und die historischen und sozialen Rahmenbedingungen ohne relevante Veränderungen beibehalten werden.

Ein weiterer bedenklicher Punkt betrifft die demographische Dimension. Beim Entwurf staatlicher Umweltpolitiken hat man in der Regel die Eigendynamik des schnellen Bevölkerungswachstums in Verbindung mit bedeutenden Binnenwanderungen und änderungsresistenten Mustern von Lebensführung nicht genügend berücksichtigt; alle Umwelt-Gipfel seit 1992 haben diese Thematik sorgfältig ausgeklammert (der Brundtland-Bericht ist auch ein symptomatischer Fall für die Ausblendung der demographischen Aspekte nachhaltiger Entwicklung). Man kann weitergehen und die Behauptung aufstellen, dass die Staatsbürokratien und die Wirtschaftseliten Lateinamerikas ohne Problematisierung von der Hypothese ausgehen, dass nachhaltige Entwicklung und Bevölkerungswachstum durchaus vereinbar seien.

Ohne auf die philosophische Problematik der *deep ecology* und der möglichen Naturrechte<sup>85</sup> einzugehen, müssen wir dennoch eine rein instrumentell-strategische Sicht von natürlichen Ressourcen und Ökosystemen überwinden. Denn der Mensch ist etwas mehr als ein bloßer Konsument, der zu anderen Konsumenten

---

84 El desarrollo sustentable. In: *La Jornada* (México, D.F.), 24.8.1998 (Leitartikel). Die Tagung wurde von der *Facultad Latinoamericana de Ciencias Sociales (FLACSO)* veranstaltet.

85 Zu dieser Thematik vgl. das Schwerpunktheft ("Rechte der Natur") von *Universitas* (Stuttgart), 49. Jg., Nr. 2 (= 572), Febr. 1994. Vgl. auch die entgegengesetzte Richtung: Evernden 1992.

nur Signale mittels der Marktmechanismen entsendet; er stellt vielmehr einen wichtigen Knoten innerhalb eines ausgedehnten Netzes biosphärischer Beziehungen dar, welche der ständigen Pflege bedürfen. Diese Position, die auf die Philosophie der klassischen Antike zurückgeht, hilft uns zu verstehen, dass der Markt qualitative Aspekte nicht zu erfassen vermag. Ökologische Fragestellungen, die langfristig angelegt sind und Wertentscheidungen erfordern, weisen auf eine Dimension hin, die auf einer humanistischen Kritik beruht (vgl. O'Neill 1993).

Die Kritik der logischen und philosophischen Fundamente der Theorie der dauerhaften Entwicklung würde den Rahmen dieser Studie bei weitem sprengen<sup>86</sup>. Es genügt hier, einige grundlegende Schwächen dieser Theorie in Erinnerung zu rufen. Der Brundtland-Bericht geht *explizit* davon aus, dass das Wirtschaftswachstum keine bestimmten und bestimmaren Grenzen haben könne<sup>87</sup>, was in einer endlichen Welt ebenso unlogisch wie unmöglich ist. Andere Werke derselben Richtung setzen implizit das Gleiche voraus. Die ökonomische Entfaltung der hochindustrialisierten Länder soll demnach als Motor einer anhaltenden, weltweiten Wirtschaftsentwicklung fungieren, damit langfristig die Segnungen des materiellen Fortschritts alle Völker der Erde erreichen können. Dies stellt zwar ein wohlgemeintes Postulat dar, berücksichtigt aber nicht, dass diese Absicht eine im wörtlichen Sinne unerträgliche Belastung für alle Ökosysteme mit sich bringen würde. Diese Doktrin bekennt sich zu recht konkreten Vorstellungen hinsichtlich des ökonomischen Wachstums, zeichnet sich aber gleichzeitig durch sehr vage Strategien aus in bezug auf das, was tatsächlich erhalten werden soll. Entsprechend einer *anthropozentrischen* Weltanschauung sollen die endlichen, unelastischen und knappen Faktoren – wie die natürlichen Ressourcen und letztlich die Erde selbst – den elastischen, unendlich verlaufenden und im Hinblick auf Energie unersättlichen Prozessen (wie dem Wirtschaftswachstum, der demographischen Entwicklung und der Erhöhung des Lebensstandards) unterworfen sein. Ein kritisch geleiteter *common sense* führt jedoch zur entgegengesetzten Meinung. Allerdings ist diese Bemerkung insofern vergebens und verfehlt, als die Hauptannahme der Theorie der dauerhaften Entwicklung – die gleichzeitige Möglichkeit von unbegrenztem Wachstum und schonender Behandlung der Natur und somit die Aussicht auf Nachhaltigkeit schlechthin bei menschlichem Tun – mit den tiefsten Sehnsüchten aller Völker der Welt übereinstimmt. Dieses Konzept scheint deshalb jeder Kritik unzugänglich zu sein. Die Theorie der dauerhaften Entwicklung gehört zu den

---

86 Vgl. die frühen und richtunggebenden Studien von Harborth 1991<sup>1</sup> und 1991<sup>2</sup>. Aus lateinamerikanischer Sicht vgl. Mires 1997.

87 *Nuestro futuro común*. Madrid: Alianza 1988, 69.



*syntropischen* Tendenzen menschlicher Tätigkeit, welche sich der Aufrechterhaltung bestehender Ordnungsmodelle oder dem Aufbau neuer Organisationsstrukturen widmet. Daneben gibt es immer den Drang zur *Entropie*, d.h. zum Chaos und Verfall, der im sozialen Bereich zur Anomie und Desintegration führt. Wie *Manfred Wöhlcke* (1996, 15, 222ff.) schreibt, sind hochkomplexe Gesellschaften – wie es inzwischen fast alle lateinamerikanischen Nationen geworden sind – entropieanfällig, wozu Phänomene wie Umweltzerstörung und Überbevölkerung stark beitragen. Die Praxis einer Doktrin, die das stete Wachstum und deshalb die Vernichtung zahlreicher Ökosysteme impliziert sowie das immerwährende Komplexerwerden der betreffenden Gesellschaften fördert, kann paradoxerweise den entropischen Zerfallstrend beschleunigen.

Eine vernünftige nachhaltige Entwicklung lässt sich weder planen noch verordnen, sondern nur ungefähr skizzieren. Sie ist auf jeden Fall der nackten räuberischen Naturaneignung ("aufholender Entwicklung") vorzuziehen, die bis heute in der ganzen Dritten Welt vorherrscht. Als durchaus positiv ist die Tatsache zu bewerten, dass mehrere Regierungen und zahlreiche Wirtschaftseliten dazu übergegangen sind, die forcierte Industrialisierung ohne jegliche Rücksicht auf die Umwelt zugunsten eines Wirtschaftsstils aufzugeben, der zumindest die größten Aspekte des bisherigen Umgangs mit der Natur hinter sich lässt.

## X. Schlussbetrachtung

Der aktuelle internationale Kontext setzt unkritisch die immerwährende Ausdehnung menschlicher Tätigkeit und somit ein stetes Wirtschaftswachstum und eine unablässige Entfaltung der Technologie voraus. Eine kontinuierliche Erhöhung des Lebensstandards und eine intensivere Nutzung natürlicher Ressourcen sowie vernehmbare Fortschritte im sozialen Bereich (Wohnungsbau, Erziehung und Gesundheitsfürsorge) sind normative Zielsetzungen, die heutzutage alle Gesellschaften des Planeten gleichermaßen anstreben. In fast allen Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas haben diese Leitwerte inzwischen eine unverzichtbare identitätsstiftende Funktion angenommen. Nullwachstum oder Einfrierung der ökonomischen Aktivitäten auf das heutige Niveau ist ein höchst unbeliebtes Postulat, nicht zuletzt wegen eines möglichen Beschäftigungsabbaus in kurz- und mittelfristiger Perspektive, ein Postulat, das nicht nur in der gesamten Dritten Welt strikt abgelehnt wird. Dementsprechend ist das intellektuelle Weltklima immer noch technologie- und fortschrittsgläubig; die allgemein skeptische Haltung gegenüber Wissenschaft und Technologie, die vor knapp einer Generation üblich war, ist erneut einer Götzenverehrung in bezug auf Technik und Wirtschaft gewichen, wie sie im 19. Jahrhundert üblich war. Auch wenn nicht alle mit dem Ende der Geschichte unter liberalen Vorzeichen einverstanden sind, ist die Vorstellung von den "Grenzen des Wachstums" recht populär geworden<sup>88</sup>.

In der vollindustrialisierten Welt gibt es wieder viele und politisch relevante Stimmen, die den Idealen des zeitlich unbegrenzten Wachstums, der Vollbeschäftigung und der steten Verbesserung des Lebensstandards, kurzum: einer "nachhaltigen Entwicklung der Weltwirtschaft"<sup>89</sup> das Wort reden. Eine programmatische Schrift der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) verkündet zum Beispiel: "Wohlstand, Vollbeschäftigung und Stabilität sind die Ziele. Der Weg dorthin heißt: Wachstum"<sup>90</sup>. In einer Zeit, in der humanistische Zielsetzungen von technokratischen "Zwängen" zurückgedrängt werden, nehmen "wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, sozialer Zusammenhalt und ökologische Nachhaltigkeit"<sup>91</sup> den Platz höchster und verbindlicher Orientierungswerte ein,

---

88 Sogar die Verfasser des gleichnamigen - und zweifellos stark heuristischen - Werkes haben nunmehr die Vorteile der Nachhaltigkeit entdeckt. Vgl. Meadows *et al.* 1992.

89 Lafontaine/Müller 1998, 21, 79: "Kein Land, auch nicht Deutschland, kann an einer Entwicklung ein Interesse haben, die das Wachstum bremst und einen Beschäftigungsabbau mit sich bringt". Es ist bemerkenswert, obwohl nicht mehr erstaunlich, dass die heutigen Leitwerte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) einen sozial gemilderten Neoliberalismus darstellen, in dem originelle Positionen durch ihre Abwesenheit glänzen (vgl. *ibid.*, 100f.).

90 Vgl. Lafontaine/Müller 1998, 275. Kritisch zu dieser Position das frühe Zeugnis von Biedenkopf (1991).

91 *Zukunftskommission der Friedrich-Ebert-Stiftung* 1998.

welche sich anscheinend durch ideologische Neutralität, parteipolitische Vertauschbarkeit und eine halbwegs autoritäre Gesinnung auszeichnen. Kein Wunder, dass diese Position in Lateinamerika ernstgenommen wurde und dass man sich der Theorie der nachhaltigen Entwicklung für ähnliche profane Zielsetzungen bedient.

Man muss nüchtern die Tatsache ins Auge fassen, dass in der gesamten Dritten Welt das Verhältnis von Umwelt und Gesellschaft bzw. von Ökologie und Politik von allen sozialpolitisch relevanten Strömungen stark vernachlässigt wird. Das heißt: ökologische Fragestellungen spielen eine untergeordnete Rolle und werden oft als ein Luxus angesehen, den sich Entwicklungsländer angesichts "dringenderer" Bedürfnisse und Probleme eigentlich nicht leisten dürften. Die öffentliche Meinung, die politischen Parteien und die meisten Intellektuellen besitzen kein Problembewusstsein hinsichtlich der Verbindung von hoher demographischer Wachstumsrate, exponentiell zunehmender Verstädterung, Verringerung der verfügbaren Agrarfläche (aufgrund von Erodierungsprozessen großen Ausmaßes) und der Rodung des tropischen Regenwaldes. Im allgemeinen haben die neoliberale Welle und der Zusammenbruch sozialistischer wie populistischer Tendenzen an einem grundsätzlich sorgenfreien Umgang mit den Ökosystemen und den natürlichen Ressourcen wenig ändern können. Neoliberale Regime zeichnen sich bekanntlich durch die Bestrebungen aus, die jeweilige Nation gemäß metropolitanen Normativen zu modernisieren, den durchschnittlichen Lebensstandard zu erhöhen, die Gesamtgesellschaft laut städtisch-industriellen Leitbildern zu vereinheitlichen und das Alltagsleben entsprechend nordamerikanischen Mustern umzugestalten –und das alles muss in einer ausgesprochen kurzen Zeitspanne, unter dem wachsenden Druck und den steigenden Erwartungen aller sozialen Gruppen verwirklicht werden. Für ökologische Sorgen bleibt da wenig Raum übrig.

Neoliberal orientierte Interessenverbände, sozialdemokratisch geprägte Parteien, populistisch inspirierte Tendenzen, nationalistisch beeinflusste Massenbewegungen und die konservative Staatsbürokratie gehen gleichermaßen von der nie hinterfragten Modernisierung der Gesamtgesellschaft *qua* normativer Zielsetzung aus, wobei der Reichtum an natürlichen Ressourcen und eine hohe Belastbarkeit der Ökosysteme naiv unterstellt werden. Um der Nachahmung metropolitaner Entwicklungsparadigmata willen sind alle diese Sektoren bereit, die Rodung der tropischen Regenwälder, die Verschmutzung von Luft und Wasser, die Erschöpfung nicht-regenerierbarer Ressourcen und schließlich die langfristige Verminderung der Lebensqualität in Kauf zu nehmen.

Als Beispiel für diese Situation lässt sich der Fall Brasilien kurz rekapitulieren. Der Ökonom Roberto P. Guimarães hat die These aufgestellt, dass die gemäß

allen Indikatoren bemerkenswerte wirtschaftliche Entfaltung seines Landes in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts auf der unerbittlichen und kurzfristig konzipierten Ausbeutung menschlicher *und* natürlicher Ressourcen basiere: a) die Industrialisierung der südlichen Bundesstaaten habe eine nach internationalen Maßstäben überdurchschnittliche Verschmutzung von Wasser und Luft mit sich gebracht; b) die Erschließung des Amazonasbeckens – mit Hilfe gewaltiger Steuererleichterungen und nicht rückzahlbarer staatlicher Zuschüsse – erfolge ohne jegliche Rücksicht der Regenerationsfähigkeit der Regenwälder; und c) effektive Umweltschutzmaßnahmen stellten eine von außen aufgezwungene Strategie dar, deren Legitimität in Brasilien selbst fraglich sei<sup>92</sup>.

Die breite Rezeption der Theorie nachhaltiger Entwicklung bei den verschiedensten politischen Parteien und ideologischen Strömungen legt den Schluss nahe, dass sie die in Lateinamerika bloß modisch gebliebene Sorge um ökologische Probleme mit der alten und immer noch als äußerst begehrenswert zu bezeichnenden Bestrebung nach rascher Modernisierung glänzend verbindet<sup>93</sup>. Diese Theorie ist somit eine heute international akzeptable Ideologie von Staatsbürokratie und Eliten geworden. Ernst-Ulrich Frhr. von Weizsäcker schreibt dazu:

Die Formel 'erst Entwicklung, dann Umweltschutz' beherrscht weiterhin das Denken in den Hauptstädten der Dritten Welt. Die 'dauerhafte' Entwicklung (*sustainable development*) des Brundtland-Berichts ist ein Formelkompromiss, der nach Auffassung der Entwicklungsländer keine nennenswerte Einschränkungswirkung bezüglich heutiger Entwicklungsprogramme hat. Und wir im Norden bestätigen diese Auffassung auch indirekt, indem wir behaupten, wir brauchten Wirtschaftswachstum, um uns den Umweltschutz (und zusätzliches Geld für eine ökologische Entwicklungshilfe) leisten zu können<sup>94</sup>.

Die Umweltschutzpolitik und die entsprechenden Zielsetzungen supranationaler Organisationen haben sicherlich in einigen Fällen zu der notwendigen Gesetzgebung und den praktisch adäquaten Maßnahmen ihren Beitrag geleistet,

---

92 Guimarães 1990<sup>2</sup>. In bezug auf seine Gesamtfläche verfügt Brasilien über die flächenmässig kleinsten Naturreserve der Welt (vgl. *ibid.*, 18).

93 Vgl. den interessanten Aufsatz von Pusch (1997). Gemäß dieser Autorin spiegelt die türkische Übersetzung des Begriffs *nachhaltige Entwicklung* "den zentralen Wunsch fast aller gesellschaftlichen Gruppen wider, Industrialisierung und Modernisierung nach westlichem Vorbild zu forcieren" (*ibid.*, 45). "Das Konzept 'nachhaltige Entwicklung' ist vielmehr ein neuer Begriff, mit dem alte Ideen zeitgemäß bezeichnet werden" (*ibid.*, 49).

94 Weizsäcker 1992, 203. Vgl. auch Quiroga Martínez/van Hauwermeiren 1996.

aber leider nicht das Bewusstsein der Staatsbürokratie und der privatwirtschaftlichen Eliten für ein genuines Verständnis der komplexen Folgen ökonomischen Tuns geschärft. "Die führenden Eliten der Entwicklungsländer lassen sich daher", konstatierte Elmar Römpczyk schon 1983,

von der Devise des Internationalen Währungsfonds leiten, dass vor allen Dingen ihre aktuelle Außenhandelsbilanz verbessert werden muss – auch wenn dies langfristig zu irreparablen ökologischen Schäden führt und damit langfristig die eigene Existenzbasis nachhaltig schwächt. Die brasilianische Umwelt- und Entwicklungspolitik ist wahrscheinlich das eklatanteste Beispiel, das sich hier als Beleg anführen lässt (Römpczyk 1983, 4).

Daran hat sich bis heute wenig geändert.

Was wir jetzt dagegen brauchen, ist eine *Ethik der Verantwortung* (im Sinne Hans Jonas') in langfristiger Dimension und speziell in bezug auf die Gestaltung von Wirtschaft und Technologie in der Dritten Welt. Angesichts der Knappheit an natürlichen Ressourcen und der raschen Vernichtung wichtigster Ökosysteme bedürfen wir einer nüchternen und illusionslosen Vision, die uns zeigt, dass die edelsten Zielsetzungen politischen und ideologischen Charakters – wie zum Beispiel Fortschritt für alle Menschen und Völker – auf einer falschen Interpretation der Möglichkeiten unseres endlichen Planeten beruhen können. Die Möglichkeit des immerwährenden Wachstums impliziert schließlich die Gewissheit immerwährender Zerstörung<sup>95</sup>. Obwohl das Postulat der Unbegrenztheit menschlicher Entwürfe unseren tiefsten und teuersten Absichten und Wünschen entstammt, müssen wir zumindest auf intellektuellem Gebiet energisch Einhalt gebieten.

---

95 Der Gedanke geht auf Lévi-Strauss (1978, 411) zurück.

## Bibliografie

- Alem Rojo, Alfonso. 1997. *La Cumbre de Santa Cruz de la Sierra. Enseñanzas y esperanzas*. La Paz: Ministerio de Desarrollo Sostenible y Medio Ambiente.
- Altieri, Miguel; Alejandro Rojas. 1999. La tragedia ecológica del "milagro" neoliberal chileno. In: *Persona y Sociedad* (Santiago) XIII, Apr., Nr. 1: 127-141.
- Amend, Stephan; Thora Amend (Hrsg.). 1992. *¿Espacios sin habitantes? Parques nacionales de América del Sud*. Caracas: Nueva Sociedad/UICN.
- Anderson, T. L.; D. R. Leal. 1990. *Regulación, mercado y medio ambiente*. Santiago: Libertas.
- . 1991. *Free Market Environmentalism*. Boulder/London: Westview.
- Assmann, H.; Franz J. Hinkelammert. 1989. *A idolatria do mercado*. Petrópolis: Vozes.
- Banco Interamericano de Desarrollo. 1991. *Nuestra propia agenda*. Washington: BID.
- . 1996. *Progreso económico y social en América Latina*. Washington: BID.
- Barkin, David. 1990. *Distorted Development: Mexico in the World Economy*. Boulder/London: Westview.
- Barreiro, Jorge. 1996. La izquierda y el descubrimiento de la ecología. In: Jorge Barreiro *et al.* *Democracia y ecología. La política de la gestión ambiental*. Montevideo: Vintén/CLAES/FESUR, 94-104.
- Bertero, Mauro. 1991. El Fondo Nacional del Medio Ambiente y el desarrollo económico. Conceptos y estrategias. In: *H. Cámara de Diputados/Comisión del Medio Ambiente y Recursos Naturales. Medio ambiente y desarrollo*. La Paz: Huellas, 87-102, 107.
- Biedenkopf, Kurt. 1991. Wachstum bis zur Katastrophe? In: *Die Zeit* (Hamburg), 26.09.1991, 40.
- Brand, Karl-Werner (Hrsg.). 1997. *Nachhaltige Entwicklung. Eine Herausforderung an die Soziologie*. Opladen: Leske + Budrich.
- Brugger, E.; E. Lizano. 1992. Desarrollo sostenible en América Latina: hacia la utopía necesaria. In: *Eco-eficiencia*. Santafé de Bogotá: Oveja Negra, 21-42.
- Burki, Shahid Javed; Guillermo E. Perry. 1997. *La larga marcha. Un programa de reforma para América Latina y el Caribe*. Washington: The World Bank.



- Buxedas, Martín. 1999. El desarrollo sustentable en las negociaciones del Mercosur. In: *Nueva Sociedad* (Caracas) 162, Juli/Aug.: 68-78.
- Calamita, Roberto D. 1997. El paradigma del desarrollo sostenible. Hacia una visión centrada en el ser humano. In: *Bolivia 21. Revista boliviana sobre desarrollo sostenible auspiciada por el programa capacidad 21 del PNUD* (La Paz) 1, Apr., Nr. 1: 3-6.
- Calcagno, Alfredo E.; Alfredo F. Calcagno. 1995. *El universo neoliberal: recuento de sus lugares comunes*. Buenos Aires: Alianza.
- Calderón, Fernando; Carlos F. Toranzo Roca. 1996. *La seguridad humana en Bolivia. Percepciones políticas, sociales y económicas de los bolivianos de hoy*. La Paz: Pronagob/Pnud/Ildis.
- Cámara Nacional Forestal. 1996<sup>1</sup>. Ley Forestal: a los responsables del error histórico. In: *La Razón* (La Paz), 7.7.1996.
- . 1996<sup>2</sup>. Las razones de los madereros. In: *La Razón* (La Paz), 30.6.1996, B 9.
- Cardoso, Fernando Henrique; Geraldo Müller. 1977. *Amazônia: expansão do capitalismo brasileiro*. São Paulo: Brasiliense.
- Castro, Josué de. 1973. El subdesarrollo, primera causa de la contaminación. In: *El Correo de la Unesco XXVI*, Jan.: 22-28.
- Centro de Estudios para el Desarrollo Laboral y Agrario. 1998. Deforestación y degradación de bosques en tierras bajas de Bolivia. In: *Presencia* (La Paz), 28.6.1998, B 3.
- CEPAL. 1990. Transformación productiva con equidad. In: *Nueva Sociedad* (Caracas) 108, Juli/Aug.: 38-45.
- Cerutti, Mario; Chicco Testa. 1992. Los ocho pecados mortales de la cultura verde. In: *Nueva Sociedad* (Caracas) 122, Nov./Dez.: 211-218.
- Comisión Amazónica de Desarrollo y Medio Ambiente; Banco Interamericano de Desarrollo; PNUD. 1994. *Amazonia sin mitos*. Santafé de Bogotá: Oveja Negra.
- Consejo Empresarial para el Desarrollo Sostenible (Hrsg.). 1992. *Eco-eficiencia*. Santafé de Bogotá: Oveja Negra.
- Cordani, Humberto; Jacques Marcovitch; Enéas Salati (Hrsg.). 1997. *Rio '92 cinco años depois*. São Paulo: IEA/USP.
- Coria, Silvia; Leila Devia; Erica Gaudino. 1997. *Integración, desarrollo sustentable y medio ambiente*. Buenos Aires: Ciudad Argentina.

- Costa, José M. da (Hrsg.). 1979. *Amazônia: desenvolvimento e ocupação*. Rio de Janeiro: IPEA/INPES.
- Coyula Cowley, Mario. 1997. Ambiente urbano y participación en la búsqueda de un socialismo sustentable. In: *Nueva Sociedad* (Caracas) 152, Nov./Dez.: 23f.
- Crocker, David A. 1991. Toward Development Ethics. In: *World Development* 19, Nr. 5: 457-483.
- Cunha, Eldis Camargo Neves da; Rosana Siqueira Bertucci. 1996<sup>1</sup>. Legislação ambiental no Brasil. In: Rosana Siqueira Bertucci *et al.* *MERCOSUR y medio ambiente*. Buenos Aires: Ciudad Argentina, 45ff.
- . 1996<sup>2</sup>. O meio ambiente no Tratado. In: Rosana Siqueira Bertucci *et al.* *MERCOSUR y medio ambiente*. Buenos Aires: Ciudad Argentina, 35-44.
- D'Incao, M.A.; I.M. da Silveira (Hrsg.). 1994. *A Amazônia e a crise da modernização*. Belém: Museu E. Goeldi.
- Devia, Leila. 1996. La política ambiental en el marco del Tratado de Asunción. In: Rosana Siqueira Bertucci *et al.* *MERCOSUR y medio ambiente*. Buenos Aires: Ciudad Argentina, 27-33.
- Díaz Osorio, José; Daniel Solís Welzel. 1997. La globalización y la sustentabilidad: nuevos paradigmas en el proceso de modernización económica. In: *Universum. Revista de la Universidad de Talca* (Talca/Chile), Nr. 12: 57-78.
- Evernden, Neil. 1992. *The Social Creation of Nature*. Baltimore/London: Johns Hopkins U.P.
- Ezcurra, Exequiel. 1990. *De las chinampas a la megalópolis. El medio ambiente en la cuenca de México*. México, D.F.: FCE.
- . 1992. El ambiente en los tiempos del cólera. Ecología y desarrollo en América Latina. In: *Nueva Sociedad* (Caracas) 122, Nov./Dez.: 128-137.
- Fatheuer, Thomas W. 1994. *Novos caminhos para a Amazônia? O programa piloto do G-7: Amazônia no contexto internacional*. Rio de Janeiro: FASE/SACTES.
- Ferreira, Lúcia; Eduardo Viola (Hrsg.). 1996. *Incertezas de sustentabilidade na globalização*. São Paulo: Unicamp.
- Flores Bedegral, Teresa. 1995. *Forests Degradation and Population in Bolivia*. La Paz: s.e.
- Francovich, Guillermo. 1987. *Los mitos profundos de Bolivia* [1980]. La Paz:

Amigos del Libro.

- Galopín, G.C. (Hrsg.). 1995. *El futuro ecológico de un continente. Visión prospectiva de América Latina*. México, D.F.: FCE.
- Gates, Marilyn. 1998. Eco-Imperialism? Environmental Policy versus Everyday Practice in Mexico. In: Lynne Phillips (Hrsg.). *The Third Wave of Modernization in Latin America. Cultural Perspectives on Neoliberalism*. Wilmington: Scholarly Resources, 156, 168 f.
- Gerken, Lüder (Hrsg.). 1996. *Ordnungspolitische Grundfragen einer Politik der Nachhaltigkeit*. Baden-Baden: Nomos.
- Gisycki, Peter von. 1983. Keine Chancen mehr für die Wälder der Dritten Welt? In: *Öko-Mitteilungen* (Institut für angewandte Ökologie, Freiburg/Br.), Dez., Nr. 5: 18-22.
- Goldrich, Daniel; David V. Carruthers. 1992. Sustainable Development in Mexico? The International Politics of Opportunity. In: *Latin American Perspectives* 19, Nr. 1: 97-122.
- Gómez Mallea, Antonio. 1996. Desarrollo sostenido es corazón y mercado. In: *La Razón* (La Paz), 27.10.1996, Beilage *Ventana*, 7.
- González, Marino. 1992. Formas tradicionales de intervención de los bosques. In: *Bosques y Desarrollo* (Lima) 3, Mai, Nr. 5: 8-12.
- Groenevelt, Sigmar. 1997. Unterhalt statt Nachhaltigkeit. In: Werner G. Raza/Andreas Novy (Hrsg.), *Nachhaltig reich – nachhaltig arm?* Frankfurt: Brandes & Apsel, 25-40.
- Gudynas, Eduardo. 1990. The Search of an Ethic of Sustainable Development in Latin America. In: J. R. Engel/J. B. Engel (Hrsg.). *Ethics of Environment and Development*. London: Belhaven.
- . 1992. Los múltiples verdes del ambientalismo latinoamericano. In: *Nueva Sociedad* (Caracas) 122, Nov./Dez.: 104-115.
- . 1993. La amnesia ecológica del MERCOSUR. In: *Tierra Amiga* (Montevideo) 11, 26-32.
- . 1994. Los malentendidos del desarrollo sustentable. In: *Tierra Amiga* (Montevideo) 22, 50-53.
- . 1995. Paradigmas del desarrollo latinoamericano y sus visiones de la naturaleza. In: *Multiversidad* (Montevideo) 5, 31-61.
- . 1996<sup>1</sup>. Políticas ambientales en Uruguay. Una mirada desde el ambientalismo. In: Jorge Barreiro *et al.* *Democracia y ecología. La política de la gestión*

- ambiental*. Montevideo: Vintén/Claes/Fesur, 36–65.
- 1996<sup>2</sup>. Los límites del mercado en la gestión ambiental. Cuánto vale la naturaleza? In: *Formación Ambiental* (Publikation der Vereinten Nationen) 7, Jan./Apr., Nr. 15: 17.
  - 1996<sup>3</sup>. *Ecología, mercado y desarrollo. Políticas ambientales, libre mercado y alternativas*. Montevideo: Vintén.
  - 1996<sup>4</sup>. *Vendiendo la naturaleza. Impactos ambientales del comercio internacional en América Latina*. La Paz: CLAES/GTZ/Instituto de Ecología, 171–189.
  - 1997. FMI y Banco Mundial en América Latina. Mercantilización del desarrollo. In: *Tercer Mundo Económico* (Montevideo) 101, 15–19.
  - 1998. Conservación, sustentabilidad ecológica y la articulación entre comercio y ambiente. In: *Ciencias Ambientales* (San José de Costa Rica) 14, 48–57.
- Guha, Ramachandra. 1999. Ambientalismo radical estadounidense y la preservación de áreas naturales. Una crítica desde el Tercer Mundo. In: *Persona y Sociedad* (Santiago) XIII, Apr., Nr. 1: 53–63.
- Guimarães, Roberto P. 1989. La ecopolítica en el desarrollo del Brasil. In: *Revista de la Cepal* 38, Aug., 89–104.
- 1990<sup>1</sup>. La ecopolítica del "desarrollo sustentable": una visión latinoamericana de la Agenda Global sobre el medio ambiente. In: Roberto Russell (Hrsg.). *El sistema internacional y América Latina: la agenda internacional en los años 90*. Buenos Aires: Grupo Editor Latinoamericano, 59–95.
  - 1990<sup>2</sup>. Brasil vuelve al banquillo: la ecopolítica de la destrucción en la Amazonia. In: *Nueva Sociedad* (Caracas) 109, Sept./Okt.: 14–22.
  - 1992. El discreto encanto de la Cumbre de la Tierra. In: *Nueva Sociedad* (Caracas) 122, Nov./Dez.: 86–103.
- Gutiérrez Aldayuz, Nadya. 1993. Desarrollo sostenible: seguir produciendo, pero sin destruir. In: *Presencia*, 22.8.1993, *Beilage Reportajes*, 4 [Interview mit J.G. Justiniano].
- H. Cámara de Diputados; *Comisión del Medio Ambiente y Recursos Naturales*. 1991. *Medio ambiente y desarrollo*. La Paz: Huellas.
- Harborth, Hans-Jürgen. 1986. Ökologiedebatte und Entwicklungstheorie. In: Udo Ernst Simonis (Hrsg.). *Entwicklungstheorie – Entwicklungspraxis. Eine kritische Bilanzierung*. Berlin: Duncker & Humblot.

- 1991<sup>1</sup>. Die Diskussion um dauerhafte Entwicklung (sustainable development): Basis für eine umweltorientierte Weltentwicklungspolitik? In: Wolfgang Hein (Hrsg.). *Umweltorientierte Entwicklungspolitik*. Hamburg: Deutsches Übersee-Institut, 39–51.
- 1991<sup>2</sup>. *Dauerhafte Entwicklung statt globaler Selbstzerstörung. Einführung in das Konzept des "Sustainable Development"*. Berlin: Sigma.
- Hauchler, Ingomar; Dirk Mesner; Franz Nuscheler (Hrsg.). 1997. *Globale Trends 1998. Fakten, Analysen, Prognosen*. In: *Stiftung Entwicklung und Frieden*. Frankfurt: Fischer, 243–282ff.
- Hedström, Ingemar *et al.* 1989. *Cultura, ética y religión frente al desafío ecológico*. Montevideo: CIPFE.
- Hauser, Mauricio. 1994. Los indígenas marcharon con engaños. In: *Presencia* 21.8.1994, Beilage *Reportajes*, 5.
- 1993. En Cochabamba no existen concesiones forestales. In: *Iniciativa. Publicación quincenal de la Confederación de Empresarios Privados de Bolivia* (La Paz) 1.7.1993, Nr. 6: 6.
- Hinojosa, Zulema. 1997. Falta de voluntad política impide proteger los recursos naturales. In *Presencia*, 8.6.1997, Beilage *Reportajes*, 11.
- Instituto de Estudos Empresariais do Brasil. 1992. *Economia e meio ambiente: a reconciliação*. Porto Alegre: Ortiz/IEE.
- Internacional Socialista. 1989. Nueva misión para el movimiento socialista. [= Anruf der Sozialistischen Internationale, die Umweltzerstörung zu stoppen]. In: *Nueva Sociedad* (Caracas) 104, Nov./Dez.: 62–73.
- 1990. Seguridad para el medio ambiente; supervivencia a largo plazo. [= Anruf der Sozialistischen Internationale, die Umweltzerstörung zu stoppen]. In: *Nueva Sociedad* (Caracas) 105, Jan./Feb.: 64–79.
- Jacobi, Pedro; Jacques Demajorovic. 1997. Metamorphosen der brasilianischen Umweltbewegung: eine analytische Synthese der beiden letzten Jahrzehnte. In: Werner G. Raza/Andreas Novy (Hrsg.) *Nachhaltig reich – nachhaltig arm?* Frankfurt: Brandes & Apsel, 57–59.
- Jarmusz, Moisés. 1997. La propuesta del gobierno para un desarrollo sostenible. In: *Temas en la Crisis* (La Paz) XII, Jan., Nr. 49: 7f.
- Kohlhepp, Gerd (Hrsg.). 1991. *Lateinamerika. Umwelt und Gesellschaft zwischen Krise und Hoffnung*. Tübingen: Geographisches Institut der Universität Tübingen.

- . 1998. Das internationale Pilotprogramm zum Schutz der tropischen Regenwälder Brasiliens. Globale, regionale und lokale Akteure auf dem Wege zu einer Strategie der nachhaltigen Entwicklung? In: Gerd Kohlhepp/Martin Coy (Hrsg.). *Mensch/Umwelt-Beziehungen und nachhaltige Entwicklung in der Dritten Welt*. Tübingen: Geographisches Institut der Universität Tübingen, 52ff.
- Lafontaine, Oskar; Christa Müller. 1998. *Keine Angst vor der Globalisierung. Wohlstand und Arbeit für alle*. Bonn: Dietz.
- Larraín, L. et al. 1995. *Ecología de mercado*. Santiago: Instituto Libertad y Desarrollo.
- Laulan, Yves. 1974. *Le Tiers Monde et la crise de l'environnement*. Paris: P.U.F.
- Lava Pérez, Bernardo. 1995. Libre mercado y medio ambiente. In: *Perfiles Liberales* (Bogotá), Jg. 9, Nr. 39: 55.
- Leff, Enrique. 1996. Cultura democrática, gestión ambiental y desarrollo sustentable en América Latina. In: Jorge Barreiro et al. *Democracia y ecología. La política de la gestión ambiental*. Montevideo: Vintén/CLAES/FESUR, 19-35.
- Leroy, Jean-Pierre; Katia Drager Maia; Roberto P. Guimarães. 1997. *Brasil século XXI: os caminhos para a sustentabilidade cinco anos depois da Rio '92*, Rio de Janeiro: Fórum Brasileiro de ONGs/FASE.
- Lévi-Strauss, Claude. 1978. *Taurige Tropen*. Frankfurt: Suhrkamp.
- Libermann, Máximo. 1991. *Situación ambiental de Bolivia*. La Paz: Fundación Konrad Adenauer.
- Libermann Cruz, Kitula; Armando Godínez (Hrsg.). 1992. *Territorio y dignidad. Pueblos indígenas y medio ambiente en Bolivia*. Caracas: Nueva Sociedad/ILDIS.
- . 1995. Información social de áreas protegidas en Bolivia. In: *Habitat* (La Paz), Mai/Juni, Nr. 34: 6-8.
- Liga de Defensa del Medio Ambiente (LIDEMA). 1992. *El estado del medio ambiente en Bolivia. Propuestas políticas y programáticas*. La Paz: s.e.
- . 1996<sup>1</sup>. En la Amazonía la deforestación es de 22.000 kilómetros cuadrados por año. In: *Presencia* (La Paz), 1.5.1996.
- . 1996<sup>2</sup>. Territorio boliviano se desertifica y erosiona. In: *Presencia* (La Paz), 5.7.1996, 2.



- Lins Ribeiro, Gustavo; Paul E. Little. 1998. Neoliberal Recipes, Environmental Cooks: The Transformation of Amazonian Agency. In: Lynne Phillips (Hrsg.). *The Third Wave of Modernization in Latin America. Cultural Perspectives on Neoliberalism*. Wilmington: Scholarly Resources, 175–191.
- López Portillo y Ramos, Manuel (Hrsg.). 1982. *El medio ambiente en México: temas, problemas, alternativas*. México, D.F.: FCE.
- Lüder (Hrsg.). 1996. *Ordnungspolitische Grundfragen einer Politik der Nachhaltigkeit*. Baden-Baden: Nomos.
- Lugo, Ariel E.; Sandra Brown. 1998. Los trópicos pueden revivir. In: *Perfiles Liberales* 62, Sept.: 42f.
- Mahar, Dennis J. 1989. *Government Policies and Deforestation in Brazil's Amazon Region*. Washington: The World Bank.
- Markandya, Anil; Julie Richardson (Hrsg.). 1992. *Environmental Economics*. London: Earthscan.
- Mármora, Leopoldo. 1992. Del Sur explotado al Sur marginado. Justicia económica y justicia ecológica a escala global. In: *Nueva Sociedad* (Caracas) 122, Nov./Dez.: 56–71.
- Martínez, Luciano (Hrsg.). 1997. *El desarrollo sostenible en el medio rural*. Quito: FLACSO.
- Martínez-Alier, Joan. 1995. *De la economía ecológica al ecologismo popular*. Montevideo: Nordan/Icaria.
- Meadows, Dennis L. et al. 1992. *Beyond the Limits: Confronting Global Collaps, Envisioning a Sustainable Future*. Vermont: Chelsea Green.
- Mendoza, Pedro; José Peñaranda. 1993. Con un pie en el desarrollo y otro en la ecología. In: *Presencia* (La Paz), 23.4.1993, Beilage Reportajes, 9.
- Mercado, Alejandro F. 1997. *El posicionamiento de Bolivia post Cumbre de Santa Cruz de la Sierra*. La Paz: Ministerio de Desarrollo Sostenible y Medio Ambiente.
- Meza Aguilar, Leonardo. 1992. Educación ambiental, para qué? In: *Nueva Sociedad* (Caracas) 122, Nov./Dez.: 176–185.
- Ministerio de Desarrollo Sostenible y Medio Ambiente. 1998. El país que tenemos: recursos naturales, medio ambiente y sustentabilidad. In: PNUD et al. *Desarrollo humano en Bolivia*. In: *Presencia* (La Paz), 25.1.1998, 11.
- Mires, Fernando. 1997. Insostenibilidad del desarrollo sostenible: nuevos escenarios y viejos paradigmas de transición. In: *Cuadernos del Cendes*

- (Caracas) 34, Jan./Apr.
- Mirtenbaum, José. 1999. Reflexiones metateóricas alrededor de la idea del desarrollo sostenible. In: *Colegio de Sociólogos de Bolivia* (Hrsg.). *Sociólogos en el umbral del siglo XXI*. La Paz: Plural, 199–210.
- Moore, Thomas Gale. 1998. No se deje asustar por el recalentamiento terrestre. In: *Perfiles Liberales* 62, Sept.: 30f.
- Morán, Alberto (Hrsg.). 1997. *Agenda 21 en el MERCOSUR. Una opción para el medio ambiente?* Buenos Aires: CIEDLA.
- Mumme, Stephen P.; C. Richard Bath; Valerie Assetto. 1990. Political Development and Environmental Policy in Mexico. In: *Latin American Research Review* (Albuquerque) 23, Nr. 1: 7–34.
- . 1992. System Maintenance and Environmental Reform in Mexico: Salinas's Preemptive Strategy. In: *Latin American Perspectives* 19, Nr. 1: 123–143.
- . 1994. Mexican Environmental Reform and NAFTA. In: *North American Outlook* 4, März, Nr. 3: 87–101.
- Murillo Velásquez, Marisol. 1997. Ya no hay bosques vírgenes en Bolivia. In: *Presencia* (La Paz), 8.6.1997, Beilage *Reportajes*, 7.
- Naredo, José Manuel. 1990. La economía y su medio ambiente. In: *Ekonomiaz. Revista de Economía* (Bilbao) 17, Apr./Juni: 15ff.
- Novara, J.J. 1994. *Integración económica, comercio internacional y medio ambiente. Enseñanzas para el MERCOSUR*. Buenos Aires: IEERAL/Fundación Mediterránea/Fundación Konrad Adenauer.
- Novy, Andreas. 1992. Über die Nachhaltigkeit von Herrschaft: eine selbstkritische Analyse eines Entwicklungsprojekts in Acre/Brasilien. In: *Nueva Sociedad* (Caracas) 122, Nov./Dez.: 85.
- ; Werner G. Raza. 1997. Einleitung. In: Werner G. Raza/Andreas Novy. *Nachhaltig reich – nachhaltig arm?* Frankfurt: Brandes & Apsel, 8, 10.
- O'Neill, John. 1993. *Ecology, Policy and Politics. Human Well-being and the Natural World*. London: Routledge.
- Ortega, Adolfo. 1998. Certificados por calidad ambiental: una mala idea. In: *Perfiles Liberales* 62, Sept.: 20–22.
- Ortega Landa, Ramiro. 1997. La visión boliviana del desarrollo sostenible. In: *Bolivia 21. Revista boliviana sobre desarrollo sostenible auspiciada por el programa capacidad 21 del PNUD* (La Paz) 1, Apr., Nr. 1: 7–11.
- Ozorio de Almeida, Miguel A. 1973. El mito del equilibrio ecológico. In: *El*

*Correo de la Unesco* XXVI, Jan.: 22–28.

- Pádua, José Augusto. 1992. Espacio público, intereses privados y política ambiental. In: *Nueva Sociedad* (Caracas) 122, Nov./Dez.: 156–163.
- Painter, Michael D. 1987. *Unequal Exchange. The Dynamics of Settler Impoverishment and Environmental Destruction in Lowland Bolivia*. Boulder: Westview.
- ; W.D. Durham (Hrsg.). 1995. *The Social Causes of Environmental Destruction in Latin America*. Ann Arbor: Michigan U.P.
- Peixoto, Jorge. 1989. La opción por los pobres en la opción por la vida. In: Ingemar Hedström *et al.* *Cultura, ética y religión frente al desafío ecológico*. Montevideo: CIPFE, 53–62.
- Peluso, Daniela. 1993. Conservation and Indigenismo. In: *Hemisphere. A magazine of latin american and caribbean affairs* (Miami) V, Nr. 2.
- Pereira, René. 1989. *Población y medio ambiente: la pobreza, principal devastadora de recursos*. La Paz: CONAPO.
- Programa de Repoblamiento Forestal (PROFOR). 1997. Unas 300.000 hectáreas de bosque destruidas en el Chapare en 10 años. In: *Presencia* (La Paz), 1.8.1997.
- Pusch, Barbara. 1997. Nachhaltige Entwicklung – ein Überblick über den türkischen Diskurs. In: Werner G. Raza/Andreas Novy. *Nachhaltig reich – nachhaltig arm?* Frankfurt: Brandes & Apsel, 45–49.
- Quiroga Martínez, R.; S. van Hauwermeiren. 1996. *Globalización e insustentabilidad. Una mirada desde la economía ecológica*. Santiago: Instituto de Ecología Política.
- Ramos Regidor, José. 1989. Justicia social y justicia ecológica. In: Ingemar Hedström *et al.* *Cultura, ética y religión frente al desafío ecológico*. Montevideo: CIPFE, 95–114.
- Raza, Werner G.; Andreas Novy (Hrsg.). 1997<sup>1</sup>. *Nachhaltig reich – nachhaltig arm?* Frankfurt: Brandes & Apsel.
- . 1997<sup>2</sup>. Entwicklungsdynamik der kapitalistischen Weltwirtschaft, Naturaneignung und ökologische Verteilung. In: Raza/Novy (Hrsg.). *Nachhaltig reich – nachhaltig arm?* Frankfurt: Brandes & Apsel, 117.
- . 1998. *Die Umsetzung eines Konzepts nachhaltiger Entwicklung in der neoliberalen Peripherie: das Beispiel Bolivien 1989–1995* [Dissertation an der Wirtschaftsuniversität Wien]. Wien.

- Redclift, Michael. 1984. *Development and the Environmental Crisis: Red or Green Alternatives?* New York: Methuen.
- . 1987. *Sustainable Development: Exploring the Contradictions*. London/New York: Methuen.
- República de Chile. 1994. *Ley de Bases del Medio Ambiente*. Santiago: Comisión Nacional del Medio Ambiente.
- Rodríguez, F. 1994. *Aspectos ambientales en el MERCOSUR y comparaciones con el NAFTA*. Montevideo: Claes.
- Römpczyk, Elmar. 1983. Internationale Umweltpolitik als Teil der Entwicklungspolitik. In: *Öko-Mitteilungen* (Institut für angewandte Ökologie, Freiburg/Br.), Dez., Nr. 5: 4.
- Romero, Fernando. 1992. Desarrollo sostenible: la visión. In: *Eco-eficiencia*. Santafé de Bogotá: Oveja Negra, 65-75.
- Ros Filho, Luiz Carlos (Hrsg.). 1994. *Financiamentos para o meio ambiente*. Brasília: Instituto de Estudos Amazônicos e Ambientais.
- Schübelin, Jürgen. 1998. Wem nützen Waldbrände? Brandrodung und Brandstiftung haben zu einer Katastrophe geführt. In: *Der Überblick* (Hamburg) 34, Juni, Nr. 2: 33f.
- Schuler, Thomas. 1998. Wie umweltbewusst ist die Weltbank wirklich? In: *Der Überblick*, 34. Jg., Juni, Nr. 2: 73.
- Secretaría de Gobernación. 1988. *Ley General de Equilibrio Ecológico y Protección al Medio Ambiente*. México, D.F.: SG Dirección de Publicaciones.
- Silva, Eduardo. 1997. Democracia, economía de mercado y política del medio ambiente en Chile. In: *Revista Occidental* (Tijuana) 14, Nr. 1 (= 41): 49-80.
- Simonian, Lane. 1995. *Defending the Land of the Jaguar: A History of Conservation in Mexico*. Austin: Texas U.P.
- Simonis, Udo Ernst. 1990<sup>1</sup>. *Beyond Growth. Elements of Sustainable Development*. Berlin: Sigma.
- . 1990<sup>2</sup>. *Ökonomie und Ökologie. Auswege aus einem Konflikt*. Karlsruhe.
- Soto, Hernando de; Stephan Schmidheiny. 1992. *Las nuevas reglas del juego. Hacia un desarrollo sostenible en América Latina*. Santafé de Bogotá: Fundes/Oveja Negra.
- Spehr, Christoph; Armin Stickler. 1997. Morphing Zone - Nachhaltigkeit und postmodernes Ordnungsdenken. In: Werner G. Raza/Andreas Novy (Hrsg.).

- Nachhaltig reich – nachhaltig arm?* Frankfurt: Brandes & Apsel, 13.
- Terrazas Cardona, Reynaldo. 1995. La riqueza de los bosques tropicales. In: *Presencia* (La Paz), 10.7.1995.
- . 1996<sup>1</sup>. ADN: proyecto de ley entregará hasta los pájaros a los madereros. In: *Presencia* (La Paz), 4.3.1996.
- . 1996<sup>2</sup>. El gobierno admite: los bosques son destruidos por falta de nueva ley forestal. In: *Presencia* (La Paz), 14.3.1996.
- The World Bank. 1992–1997. *World Development Report. Development and Environment*. New York: Oxford U.P.
- Thesing, Josef; Wilhelm Hofmeister (Hrsg.). 1997. *La protección del medio ambiente, conceptos y políticas*. Buenos Aires: CIEDLA/Konrad-Adenauer-Stiftung.
- Toledo, Víctor M. 1992<sup>1</sup>. Utopía y naturaleza. El nuevo movimiento ecológico de los campesinos e indígenas de América Latina. In: *Nueva Sociedad* (Caracas) 122, Nov./Dez.: 82.
- . 1992<sup>2</sup>. Los campesinos, la sociedad rural y la cuestión ecológica. In: *Ecología Política* (Barcelona), Nr. 1: 11–18.
- Torres Peñaloza, Diego. 1996. Los bosques, los madereros y la ley. In: *Presencia* (La Paz), 1.8.1996.
- Tudela, Fernando *et al.* El encuentro entre dos mundos: impacto ambiental de la conquista. In: *Ecología Política* (Barcelona), Jg. 1992, Nr. 2: 17ff.
- Vargas Arias, Delfín. 1996. El equilibrio ecológico se encuentra seriamente amenazado en Bolivia. In: *Presencia* (La Paz), 28.7.1996, 2.
- Viola, Eduardo; Héctor Leis. 1992<sup>1</sup>. A evolução das políticas ambientais no Brasil 1971–1991: do bisetorialismo preservacionista para o multisetorialismo orientado para o desenvolvimento sustentável. In: Daniel Hogan; Paulo Vieira (Hrsg.). *Dilemas sócioambientais e desenvolvimento sustentável*. Campinas: Ed. Univ.
- . 1992<sup>2</sup>. El ambientalismo brasileño: de la denuncia y concientización a la institucionalización y el desarrollo sustentable. In: *Nueva Sociedad* (Caracas) 122, Nov./Dez.: 139–155.
- . 1998. El proceso de globalización de actores en la política ambiental brasileña. In: *Nueva Sociedad* (Caracas) 153, Jan./Feb.: 24–32.
- Weizsäcker, Ernst-Ulrich Frhr. von. 1992. *Erdpolitik. Ökologische Realpolitik an der Schwelle zum Jahrhundert der Umwelt*. Darmstadt.

- Wöhlcke, Manfred. 1981. *Global 2000. Der Bericht an den Präsidenten*. Frankfurt: Zweitausendundeins.
- . 1987. *Umweltzerstörung in der Dritten Welt*. München: Beck.
- . 1990. *Umwelt- und Ressourcenschutz in der internationalen Entwicklungspolitik*. Baden-Baden: Nomos.
- . 1996. *Soziale Entropie*. München: dtv.
- World Commission on Environment and Development (Hrsg.). 1987. *Our Common Future* [= Brundtland-Bericht]. Oxford/New York: Oxford U.P.
- World Resources Institute. 1996. Bolivia está entre los países más deforestadores de bosques húmedos. In: *Presencia* (La Paz), 28.7.1996, 2.
- Zukunftskommission der Friedrich-Ebert-Stiftung. 1998. *Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, sozialer Zusammenhalt, ökologische Nachhaltigkeit: drei Ziele – ein Weg*. Bonn: FES.





## MESA REDONDA

Neue Folge/Nueva Serie:

1. GINER, Salvador  
La Modernización de la Europa Meridional. Una Interpretación Sociológica (März 1995)
2. HOFFMANN, Karl-Dieter  
Ökonomischer Fortschritt und soziale Marginalisierung: Die historische Genese des brasilianischen Wachstums- und Entwicklungsmodells. Eine Skizze (November 1995)
3. KOHUT, Karl; Günter MERTINS  
Cuba en 1995. Un diálogo entre investigadores alemanes y cubanos (November 1995)
4. LEWIS, Colin M.  
The Argentine: from economic growth to economic retardation (1850s-1980s). A review of the economic and social history literature (September 1996)
5. ESSER, Klaus  
¿Son competitivos los países latinoamericanos en el mercado mundial? Crecientes desafíos, difíciles respuestas (November 1996)
6. GOETZE, Dieter  
Cambios actuales en las relaciones de género en España (Dezember 1996)
7. PRIES, Ludger; Richard REICHEL; Rüdiger ZOLLER  
Lateinamerikas wirtschaftliche Öffnung. Versuche einer Zwischenbilanz (Februar 1997)
8. BODENMÜLLER, Thomas  
El mundo del hampa a través de Quevedo: Análisis de la jácara "Estábase el padre Ezquerria" (Oktober 1997)
9. BERNECKER, Walther L.  
De la Guerra Civil a la Transición: memoria histórica, cambio de valores y conciencia colectiva (Oktober 1997)

10. HOFFMANN, Karl-Dieter  
"Pugna de poderes" und "ingobernabilidad": Ecuadors politisches Institutio-  
nengefüge im Dauerstreß (Februar 1998)
11. KOHUT, Karl (ed.)  
La recepción de la cultura alemana en América Latina. Cinco visiones  
(Februar 1998)
12. SCHEERER, Thomas M.  
Gramáticas de la memoria. Antonio Muñoz Molina: Beatus Ille (1986) y El  
jinete polaco (1991) (Oktober 1998)
13. STECKBAUER, Sonja M. (ed.)  
La novela latinoamericana entre historia y utopía (September 1999)
14. KOHUT, Karl; María del Carmen BARCIA ZEQUEIRA; Günter MERTINS  
(eds.)  
Cien años de Independencia de Cuba. Vol. I y II (Dezember 1999)
15. MANSILLA, H. C. F.  
Zur Theorie der dauerhaften Entwicklung in Lateinamerika. Eine neue  
Ideologie der Staatsbürokratie und der herrschenden Eliten? (Juni 2000)





... and the ...

... and the ...

... and the ...

... and the ...

... and the ...

... and the ...

... and the ...

... and the ...

... and the ...

... and the ...

... and the ...

... and the ...

... and the ...

... and the ...

... and the ...

... and the ...

... and the ...

... and the ...